



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



„Reduzierung des Flächenverbrauchs in Bayern – Ideen und Strategien“ diskutierten (v. l.): Dr. Jörg Heiler, Mitglied des Vorstandes der Bayerischen Architektenkammer; Erwin Huber, MdL, Staatsminister a. D., Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie; Dr. Martin Huber, MdL, Landesvorsitzender des AKU; Landrat Stefan Rößle, Landesvorsitzender der KPV und Dr. Norbert Schäffer, Vorsitzender des Landesbundes für Vogelschutz in Bayern.

Bild: Matthias Rüb

Diskussionsveranstaltung von AKU und KPV:

Strategien gegen Flächenverbrauch

Da der Boden zu Bayerns wertvollsten Ressourcen zählt, wollen der CSU-Arbeitskreis Umweltsicherung und Landesentwicklung (AKU) und die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU (KPV) das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Schutzes von Böden weiter verbreiten und auf eine effiziente Flächennutzung hinwirken. Zu dieser Thematik fand in der CSU-Landesleitung eine hochinformativ Diskussionsveranstaltung mit zahlreichen Gästen, darunter Bundes- und Landtagsabgeordnete, statt.

Tagtäglich wird in Bayern eine Fläche von 14 Fußballfeldern neu als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesen, was die Grünen dazu veranlasst hat, ein Volksbegehren gegen den „Flächenfraß“ in Bayern zu initiieren. Ziel des Bündnisses „Betonflut eindämmen“ ist es, den Flächenverbrauch im Freistaat gesetzlich zu begrenzen: Pro Tag sollen nur noch 5 Hektar Freiflächen in Siedlungs- oder Verkehrsflächen umgewandelt werden dürfen.

des AKU, Dr. Martin Huber, MdL, eingangs feststellte, gehe es darum, auf eine intelligente Flächennutzung hinzuwirken, die Wertschöpfung und wirtschaftlichen Erfolg ermöglicht, gleichzeitig aber Natur und Landschaft nachhaltig schützt. Hier prallten zwei Ansätze aufeinander. Zur Jahrtausendwende habe der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen im Freistaat noch 10,4 % betragen, heute liege er

(Fortsetzung auf Seite 4)

Eigener Entwurf mit konkreten Lösungen

AKU und KPV wollen nun einen Gegenentwurf erarbeiten, der nicht nur Verbote und Vorschriften beinhaltet, sondern auch Lösungen aufzeigt. Eine fixe Begrenzung ist für die Arbeitsgemeinschaften nicht erstrebenswert, vielmehr gelte es, Anreize zum Flächensparen zu setzen.

Wie der Landesvorsitzende

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Kommunalforum Alpenraum:

Von der analogen zur digitalen Gemeinde

Die Digitalisierung ist allgegenwärtig und macht auch vor den Kommunen nicht halt. Was sind die Trends der Zukunft? Wo liegen die Potenziale von E-Government? Wie verbessert die Digitalisierung das kommunale Infrastrukturmanagement? Diese und viele andere Fragen beleuchten Experten beim 6. Kommunalforum Alpenraum am 15. März 2018 im Lindner-Innovationszentrum in Kundl.

Vorgestellt werden die Ergebnisse des kommunalen Digitalisierungsbarometers. Die Umfrage zeigt, was die Gemeinden in puncto Digitalisierung bereits leisten und wo Nachholbedarf besteht. Ulrike Huemer, CIO der Stadt Wien, skizziert, was neue Technologien wie Blockchain und Big Data für die Gemeinden bedeuten. Prof. Diane Ahrens (TH Deggendorf) gibt Einblicke in das Projekt „Digitales Dorf in Bayern“.

An Thementischen werden kommunales Infrastrukturmanagement, intelligente Verkehrsanalysen, die automatische Winterdienst-Dokumentation, die Digitalisierung von Notfallplänen und moderne Bürgerkommunikation erörtert.

In der traditionellen Talkrunde mit kommunalen Spitzenvertretern diskutieren Alfred Riedl, der neue Präsident des österreichischen Gemeindebundes, Ernst Schöpf, Präsident des Tiroler Gemeindeverbands, Stefan Graf (Direktor des Bayerischen Gemeindetags) und Andreas Schatzer (Präsident Südtiroler Gemeindeverband) über die digitalen Herausforderungen in den Rathäusern.

Über das Kommunalforum Alpenraum

Im Kommunalforum Alpenraum treffen sich die Repräsentanten des Bayerischen Gemeindetags, des Österreichischen Gemeindebunds, des Tiroler Gemeindeverbands, des Südtiroler Gemeindeverbands und Forum Land. Die Veranstaltung ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner. Mitveranstalter sind das Tiroler Entsorgungsunternehmen DAKA. Weitere Kooperationspartner sind Kufem und A1.

Partner nehmen kostenlos teil

Mitglieder und Kunden der Kooperationspartner sowie Vertreter aus bayerischen, österreichischen und italienischen Kommunen und Behörden nehmen kostenlos teil. Weitere Frühbucher (bis 1. März 2018) bezahlen 85 Euro, danach beträgt die Teilnahmegebühr 155 Euro.

Programm und Anmeldung:
www.kommunalforum-alpenraum.eu

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik:

Präzise Signale an den Bund

Der Vorstand der Bundes-SGK hat ein Positionspapier mit Forderungen an die Bundespolitik vorgelegt. Diese muss nach Auffassung der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker in Zukunft die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Städte, Gemeinden und Kreise den Bürgern eine sichere Heimat und eine leistungsfähige Infrastruktur bieten. Hierzu müsse für eine gute Finanzausstattung der Kommunen gesorgt und die öffentliche Daseinsvorsorge gesichert werden.

Mit der demografischen Entwicklung und der Verbesserung sozialer Dienstleistungen sind die von den Kommunen zu tragenden sozialen Kosten ein sich besonders dynamisch entwickelnder Bereich. Dabei handelt es sich laut Bundes-SGK um so wichtige Aufgaben wie die Kinder- und Jugendhilfe, die gesellschaftliche Inklusion von Menschen mit Behinderungen, die Hilfen für Pflegebedürftige oder die Unterstützung bei den Kosten der Unterkunft. „Wir betrachten diese Aufgaben als gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die auch gemeinsam von Bund, Ländern und Gemeinden getragen werden sollten. Mehrkosten, die bei den Kostenträgern wegen neuer Regelungen durch das Bundesteilhabegesetz und die Pflegegeldgesetz ent-

stehen, müssen zwingend vom Bund getragen werden“, heißt es in dem Papier.

Dauerhafte Beteiligung des Bundes

Der Bund müsse auch in der kommenden Legislaturperiode wieder für die Entlastung der kommunalen Haushalte Sorge tragen. Als vorzugswürdigen Weg weiterer Entlastungsschritte sehen die Sozialdemokraten nach wie vor eine Übernahme der Kosten der Unterkunft nach SGB II durch den Bund an.

Um die insbesondere im Jahr 2015 in großer Zahl geflüchteten Menschen mit Bleibeperspektiven nach Abschluss ihrer Anerkennungsverfahren als Asylbewerber oder geduldete Flüchtlinge gut in die bundes-

deutsche Gesellschaft integrieren zu können, benötigen die Kommunen aus Sicht der SGK auch über 2018 hinaus die Unterstützung von Bund und Ländern. Deshalb müsse sich der Bund dauerhaft an den Aufwendungen für die Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern beteiligen. Dies betreffe sowohl die Kosten der Erstaufnahme und Unterbringung, als auch die den Kommunen zu erstattenden Kosten der Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge.

Erhalt der Gewerbesteuer

„Die Gewerbesteuer muss erhalten bleiben und keine weiteren Ausnahmeregelungen bei der Frage der Hinzurechnung von Mieten, Pachten und Leasingraten zugelassen werden. Die ab 2019 stattfindende Absenkung der Gewerbesteuerumlage darf nicht in Frage gestellt werden“, lautet eine weitere Forderung.

Um bestehende Instandhaltungs- und Erneuerungsbedarfe (Fortsetzung auf Seite 4)



Von links: Wolfgang Wittmann; Geschäftsführer des EMM e.V., Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags; Staatsministerin Ulrike Scharf, MdL; Landrat Christoph Göbel, 1. stv. Vorsitzender des EMM e.V. und Oberbürgermeister Dieter Reiter, Vorsitzender des EMM e.V.

Klimaschutz auf der Agenda ganz oben

Finissage „Metropolregion München – Macht Mehr Miteinander“ im Haus der bayerischen Landkreise

„Die Beitrittserklärung zum Bündnis für den Klimaschutz wurde im Rahmen der Finissage der Ausstellung „Metropolregion München – Macht Mehr Miteinander“ im Haus der Bayerischen Landkreise unterzeichnet.

Der EMM e.V. will sich mit seinen Akteuren für dieses Thema stark machen, denn Klimaschutz in Bayern ist nur möglich, wenn die einzelnen Regionen Bayerns ihren Beitrag dazu leisten.

Umweltministerin Ulrike Scharf, Oberbürgermeister Dieter Reiter und der Geschäftsführer des EMM e.V., Wolfgang Wittmann, sehen den Beitritt als einen weiteren gemeinsamen Schritt hin zu einer klimasicheren Entwicklung Bayerns. „Mit dem Europäischen Metropolregion München e.V. gewinnen wir einen bedeutenden Wirtschaftsraum als neuen Partner“, so die Ministerin.

Teamarbeit. Die Landkreise setzen deswegen auf eine enge Zusammenarbeit aller Akteure“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter.

Peter Keller von der Green City Projekt GmbH wies in seinem Impulsvortrag auf das Thema Klimafolgenanpassung hin und zeigte Handlungsmöglichkeiten für die Kommunen auf.



Ein NATO-Gefühl (No action, talk only) befällt den Bürgermeister, wenn er die Debatten zu Digitalisierung und informationstechnischer Ausrüstung unseres Landes verfolgt. Da sieht's in Afrika doch schon viel besser aus. Seite 15

Landkreise sensibilisieren

„Klimaschutz steht in unseren Landkreisen weit oben auf der Agenda. Wir wollen uns in Sachen Klimaschutz als Kompetenzzentrum verstehen. D. h., wir übernehmen Beratungsfunktion für Bürger, Unternehmen und Kommunen, steuern und koordinieren Projekte und wir sensibilisieren. Die aktuellen CO2-Ausstoß-Zahlen zeigen, dass wir auch neue Wege finden müssen, die Emissionen zu reduzieren. Das funktioniert nur gemeinsam. Klimaschutz ist

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Wahlkampf dominierendes Thema.	2
Bayerisches Handwerk in Topform	2
Impulse für den Wohnungsbau.	3
GZ-Kolumne Josef Mederer:	
Arbeit ist das halbe Leben.	3
Bayerischer Gemeindetag: Anreize statt Verbote.	3
Zukunftsforum Ländliche Entwicklung	4
Kommunale Finanzthemen	5 - 8
Wasser • Abwasser	9 - 11
Kommunale Bauthemen.	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Winterklausur der Landtagsfraktionen:

Wahlkampf dominierendes Thema

CSU-Spitzenkandidat Markus Söder legt Zehn-Punkte-Plan vor
Opposition setzt unterschiedliche Themenschwerpunkte

Auch in diesem Jahr haben sich die bayerischen Landtagsfraktionen Mitte Januar zu ihren Winterklausuren in verschiedenen Landesteilen des Freistaats versammelt. Für die CSU-Regierungsfraktion ging es zum zweiten Mal ins oberfränkische Kloster Banz bei Bad Staffelstein, die SPD traf sich schon traditionsgemäß im Allgäuer Kloster Irsee. Die Freien Wähler hatten Neuburg an der Donau in Oberbayern, die Grünen Bayreuth in Oberfranken für ihre Tagungen ausgewählt. Für alle vier Fraktionen stand der bevorstehende Wahlkampf für die am 14. Oktober geplante Landtagswahl im Mittelpunkt, den sie mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten angehen wollen.

Die CSU wird Finanzminister Dr. Markus Söder als designierter Ministerpräsident anführen, bei der SPD ist die Landeschefin Natascha Kohnen Spitzenkandidatin. Für die Grünen und Freien Wähler geht es neben den Sachthemen vor allem auch um eine künftige Regierungsbeteiligung.

Söders 10-Punkte Plan

Auf der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz hat Söder in einer Grundsatzrede in zehn Punkten seine künftigen Regierungspläne für Bayern vorgestellt. Zunächst nannte er die Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit. Hierfür will er 1.000 zusätzliche Polizisten einstellen, die verteilt auf die Inspektionen im Freistaat die Präsenz erhöhen sollen. Als Konsequenz aus dem Flüchtlingszustrom beabsichtigt Söder, die 1998 abgeschaffte Grenzpolizei wieder einzuführen. Diese soll keine Kontrollen an Grenzübergängen übernehmen aber im Grenzraum für mehr Sicherheit sorgen. Für die neue Einheit sind 500 Beamte vorgesehen, zusammengesetzt aus Schleierfahndern und regulären Einsatzkräften, die bereits für den Dienst in Grenznähe abgezogen waren

Bayern-Bamf

Zu diesem Paket gehört auch die Gründung einer bayerischen Zentralbehörde für Asyl und Abschiebung, die in Anlehnung an die entsprechende Bundesbehörde „Bayern-Bamf“ heißen soll. Sie habe dafür zu sorgen, dass anerkannte Asylbewerber alle Chancen für eine Integration erhielten und abgelehnte ohne Aufenthaltsrecht zügiger abgeschoben werden könnten, erläuterte Söder. Um Wider-

sprüche gegen abgelehnte Asylanträge schneller bearbeiten zu können, möchte er noch in diesem Jahr 50 zusätzliche Verwaltungsrichter einstellen.

Wohnungsbau vorantreiben

Im Bereich Soziales will der künftige Ministerpräsident den geförderten Wohnungsbau weiter vorantreiben. Dafür beabsichtigt er die Gründung einer staatlichen Wohnungsgesellschaft, die „Bayern-Heim“ heißen soll. Bis 2020 soll diese vorwiegend in den Ballungsräumen 4.000 mietgünstige Wohnungen für Staatsbedienstete und Beschäftigte in sozialen Berufen schaffen.

Perspektiven für Familien in jeder Lebensphase

Des weiteren kündigte Söder eine bayerische Eigenheimzulage und ein Baukindergeld in Höhe von 1.200 Euro pro Jahr und Kind für zehn Jahre an. Außerdem verspricht er den Familien eine verlässliche Perspektive für die Betreuung ihrer Kinder bis zum 10. Lebensjahr. Auch soll es in den Kitas mehr Plätze und Erzieher geben, jedoch keine komplette Kostenfreiheit.

Ein wichtiges Thema sind die Perspektiven für alte Menschen im Freistaat. Ihnen stehe ein würdiges Leben im Alter zu. Um dies zu ermöglichen, will Söder zur finanziellen Unterstützung betreuender Angehöriger ein Landespflegegeld einführen. Ergänzend dazu sollen ein neues Landesamt für Pflege installiert und die ca. 600 staatlichen Hospiz- und Palliativplätze verdoppelt werden. Die ersten 100 sollen bis 2020 fertig sein.

Im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs will der künftige Regierungschef den „Tarif-

dschungel“ beseitigen und die Fahrpläne landesweit digitalisieren. Dazu dient der „ÖPNV-Plan 50“, der bis 2050 laufen soll. Im Interesse des Naturschutzes beabsichtigt Söder, den Ausstieg aus dem umstrittenen Pflanzenschutzmittel Glyphosat schnellstmöglich zu vollziehen. Und statt strikter Vorgaben zum Flächensparen will er durch finanzielle Anreize zur Revitalisierung von Ortskernen und versiegelter Flächen anregen. Hinsichtlich der Kosten seiner Pläne von mehreren 100 Millionen Euro in den nächsten Jahren gebe es keine haushalterischen Probleme, sagte der Finanzminister. Die Steuereinnahmen seien weiter gut und bis Ende 2018 werde der Freistaat ca. fünf Milliarden Euro Rücklagen haben

Für Aufsehen sorgte der Vorschlag Söders, die Amtszeit des Ministerpräsidenten auf zehn Jahre zu begrenzen. Über eine entsprechende Verfassungsänderung sollen Bayerns Bürger in einem Volksentscheid am geplanten Wahltag, dem 14. Oktober, abstimmen.

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

Ein heikles und in der Landtagsfraktion sehr umstrittenes Thema war die seit 43 Jahren geltende Straßenausbaubeitragsatzung. Nach längerer leidenschaftlicher Diskussion stimmte die Mehrheit der Abgeordneten — es gab nur drei Gegenstimmen — für eine schnellstmögliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Fraktionschef Thomas Kreuzer, der ursprünglich für die Beibehaltung der Beiträge war, erklärte, für ihn sei wichtig, dass die Bürger zufrieden sind. Einzelheiten wie Übergangsregelungen oder die finanzielle Unterstützung der Kommunen werde man in enger Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden erarbeiten.

Der Kommunalausschussvorsitzende, Dr. Florian Herrmann, sagte, Ziel sei die „nachhaltige Befriedung“ dieses im ganzen Land hochemotional diskutierten komplexen Themas. Um die Probleme vernünftig zu lösen sei zunächst eine Evaluierung erforderlich. Danach werde seine Fraktion in Zusammenarbeit mit dem Innen- und Finanzministerium sowie den kommunalen Spitzenverbänden eine sinnvolle Lösung erarbeiten.

Söder sieht in der Entscheidung ein „gutes Signal“. Die CSU werde ein sehr wichtiges Thema zeitnah lösen und klären, um welche Summen es gehen werde, welche Standards für die Straßen und welche Übergangsregelungen für Altfälle gelten sollen.

Politik für alle Bürger Bayerns

Zum Abschluss der Winterklausur sagte der künftige Ministerpräsident mit Blick auf die Landtagswahlen im Herbst, Ziel sei es, eine Zersplitterung des bürgerlichen Lagers zu verhindern. Konservative Wähler müssten besonders an die CSU gebunden werden. Er wolle eine Politik für alle Bürger Bayerns machen. Dazu gehörten auch die Installierung eines Bürgerbeauftragten in der Staatsregierung sowie Bürgersprechstunden, die er künftig regelmäßig abhalten werde. Zudem gehe es um effizientes Regierungshandeln und einen konservativen geistigen Überbau. Langfristige Verlässlichkeit und ständige Erneuerung seien die Grundlage für den politischen Erfolg.

Kohnen: „Klare Alternative“

Für die SPD-Landtagsfraktion ging es auf ihrer dreitägigen Klausurtagung in Kloster Irsee um eine klare Positionierung und den Willen, zweitstärkste Kraft in Bayern zu bleiben. Die Landeschefin Natascha Kohnen will sich und ihre Partei als „klare Alternative“ zur CSU und deren Spitzenkandidat Markus Söder in Stil und Inhalt präsentieren. Als zentrale Themen für den Wahlkampf nannte Kohnen die Wohnungs- und Familienpolitik. Hier fordert die SPD einerseits Maßnahmen, um die Spekulationen mit unbebauten Grundstücken in den Städten zu beenden. Andererseits geht es auch um die nicht mehr erträglichen Bodenpreise und die stetig gestiegenen Wohnungsmieten. Es müssten vor allem in den Ballungszentren dringend neue Mietwohnungen gebaut werden, damit sich die Menschen ihr Dach über dem Kopf weiterhin leisten könnten, erklärte die SPD-Spitzenkandidatin. In diesem Zusammenhang forderte sie erneut die Gründung einer staatlichen bayerischen Wohnungsbauengesellschaft.

Gute Ganztagsbetreuung

In der Familienpolitik setzt die SPD auf eine gute Ganztagsbetreuung an Schulen sowie die stufenweise Einführung kostenfreier Kitas. Des weiteren will sie

bei der Pflege verbindliche Personalstärken vorschreiben. Und schließlich soll der öffentliche Nahverkehr verbessert werden. Unterstützung für ihren Wahlkampf erhält Kohnen von den drei sozialdemokratischen Oberbürgermeistern Dieter Reiter (München), Dr. Ulrich Maly (Nürnberg) und Dr. Thomas Jung (Fürth), die am Schlusstag der Klausurtagung in Kloster Irsee anwesend waren. Die SPD-Spitzenkandidatin will den Wahlkampf mit Sachlichkeit, Ernsthaftigkeit und Ruhe angehen. Eine Koalitionsaussage werde es von ihr nicht geben.

Aiwanger: Regierungspartner

Der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, bekräftigte auf der Klausurtagung in Neuburg a.d. Donau die Absicht, bei der Landtagswahl im Oktober die absolute Mehrheit der CSU zu brechen und künftig als deren Regierungspartner zu fungieren. Er sieht sich als ihren idealen Partner, zumal auch schon viele CSU-Politiker signalisiert hätten, sich eine Zusammenarbeit mit den Freien Wählern am ehesten vorstellen zu können. Als Hauptforderungen seiner Partei nannte Aiwanger kostenfreie Kitas und die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Darüber hinaus stehe weiterhin das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Fokus.

Auch Grünen-Fraktionschef Ludwig Hartmann hat auf der Winterklausur in Bayreuth den Willen seiner Partei zum Mitregieren nach der Landtagswahl bekundet.

Hartmann: Digitalisierung

Zentrales Thema der dreitägigen Veranstaltung war die fortschreitende Digitalisierung aller Lebensbereiche. Dabei ging es vor allem um den Umgang mit Hasskommentaren und Hetze im Internet. Nach Ansicht der Co-Fraktionsvorsitzenden Katharina Schulze sei vielen Nutzern sozialer Netzwerke der Unterschied zwischen grundsätzlich geschützter Meinungsäußerung und strafbarer Hetze oder Aufrufen zur Gewalt nicht bewusst. Hier seien vor allem rechte und flüchtlingsfeindliche Hetzer aktiv. Rechtswidriges Verhalten müsse auch im Netz Konsequenzen für die Verfasser von Hasskommentaren haben, fordern die Grünen in einem Strategiepapier. Darüber hinaus sieht Schulze die Notwendigkeit eines eigenen Ministeriums, das die Digitalisierung im Freistaat vorantreiben soll. Denn der digitale Wandel verändere nahezu alle Lebensbereiche grundlegend. Weiterhin wichtige Themen bleiben für die Grünen der Kampf gegen die Versiegelung von Freiflächen, der Klimaschutz sowie eine giftfreie Landwirtschaft. Sie wurden jedoch nur am Rande behandelt. **rm**

Bayerisches Handwerk in Topform

Peteranderl: „Zeichen stehen weiter auf Wachstum“

„Nach einem starken 2017 stehen die Zeichen im bayerischen Handwerk weiter auf Wachstum. Die Betriebe blicken äußerst optimistisch auf die nächsten Wochen und Monate. Niedrige Zinsen, steigende Einkommen und die stabile gesamtwirtschaftliche Lage geben der Handwerkskonjunktur Rückenwind“, erklärte Franz Xaver Peteranderl, Präsident des Bayerischen Handwerkstages (BHT), bei der Präsentation der neuesten Konjunkturzahlen. 91 Prozent der bayerischen Betriebe rechnen im 1. Quartal 2018 mit einer guten oder befriedigenden Geschäftsentwicklung. Das ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eine Verbesserung um einen Punkt.

Im 4. Quartal 2017 bewerteten 92 Prozent der Betriebe die eigene Lage als gut oder befriedigend, zwei Punkte mehr als noch vor Jahresfrist. Auch die Auftragsbücher der bayerischen Handwerksbetriebe sind im 4. Quartal 2017 noch etwas dicker geworden. Die Betriebe haben durchschnittlich Arbeit für 8,0 Wochen. Die Auslastung der Betriebe lag im 4. Quartal mit 82 Prozent einen Punkt über dem hohen Niveau des Vorjahres.

Trotz zwei Arbeitstagen weniger konnten die Betriebe laut ersten Schätzungen im 4. Quartal mindestens 3,5 Prozent höhere Umsätze einfahren. Bereinigt um die Inflation bleiben real 1,3 Prozent mehr Umsatz. In Summe haben die bayerischen Handwerksbetriebe im 4. Quartal 2017 gut 32 Milliarden Euro umgesetzt. Im Gesamtjahr 2017 erwirtschafteten sie im Freistaat etwa 111,5 Milliarden Euro. Das entspricht einem Umsatzplus von 4,5 Prozent. Abzüglich der Preissteigerung verbleibt ein reales Plus von 2,3 Prozent.

Die Beschäftigung im bayerischen Handwerk legte 2017 um 1 Prozent zu: 928.000 Menschen waren zum Jahresende in den Betrieben im Freistaat beschäftigt. Die positive Grundstimmung zeigte sich auch in den getätigten Investitionen: Etwa 960 Millionen Euro gaben die Handwerksbetriebe im 4. Quartal für neue Gebäude, Maschinen oder Fahrzeuge aus. Das ist ein Zuwachs um 5,4 Prozent. Im Gesamtjahr 2017 beliefen sich die Investitionsausgaben im bayerischen Handwerk auf etwa 3,5 Milliarden Euro (+ 5 Prozent). Zum Jahresende 2017 verzeichnete das bayerische Handwerk 203.000 Betriebe (+ 0,3 Prozent).

Für 2018 rechnet das Handwerk im Freistaat mit einer wei-

terhin guten Konjunkturentwicklung: Der Umsatz dürfte um drei bis vier Prozent zulegen, die Zahl der Beschäftigten um bis zu ein Prozent steigen.

Koalitionsverhandlungen

Erleichtert äußerte sich der BHT-Präsident über die Zustimmung der SPD für Koalitionsverhandlungen mit der Union: „Damit ist man einer GroKo-Neuaufgabe schon ein ganzes Stück näher als Jamaika.“ Die in den Sondierungen erzielten Vereinbarungen hält Peteranderl allerdings noch nicht für ausreichend, sondern bedürfe vielmehr noch einiger Korrekturen.

Steuerliche Entlastungen gefordert

Für negativ hält das bayerische Handwerk beispielsweise, dass es keinerlei steuerliche Entlastungen für Bürger und Unternehmen geben soll. „Die diskutierte Abschaffung des Solidaritätszuschlags, den alle bezahlt haben, wäre eine Mogelpackung, wenn er nicht auch für alle entfällt. Die Staatskassen sind voll, finanzieller Spielraum ist vorhanden. Jetzt hätte eine neue Bundesregierung außerdem die Chance, die kalte Progression abzuschaffen und den Mittelstandsbauch zu begradi- gen“, erklärte Peteranderl. Man sehe aktuell in den USA, wie einfach der Staat mit Steuersenkungen Investitionen im Inland erreichen könne. Kostensteigernd würde sich für die Handwerksbetriebe die Wiedereinführung der Parität bei den Beiträgen zur Krankenversicherung auswirken, so Peteranderl: „Die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge darf in der Summe 40 Prozent keinesfalls überschreiten. Das ist unverhandelbar!“

Für richtig hält das Handwerk im Freistaat die Überlegungen zu einem „Fachkräftezukunftsgesetz“. Der BHT-Präsident: „Wichtig ist, dass ein solches Gesetz auch beruflich qualifizierte einschließt.“ Wohlwollend wird im Handwerk auch das Bekenntnis von Union und SPD zur beruflichen Bildung aufgenommen. Auch die angekündigte Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung findet die Zustimmung des bayerischen Handwerks.

Skepsis gegen Grünen-Volksbegehren

Das von den Grünen in Bayern initiierte Volksbegehren gegen Flächenverbrauch müsse „sehr differenziert“ betrachtet werden, sagte Peteranderl: „Auch das Handwerk hält unsere bayerische Heimat für besonders schützenswert. Die Bewahrung der Schöpfung ist unseren Betrieben ein Herzensanliegen. Ebenso haben wir im Zuge der Novellierung des Landesentwicklungsprogramm (LEP) klargemacht, dass eine Lockerung des Anbindegebots überhaupt nicht im Interesse des Handwerks ist. Dies führt zu noch mehr großflächigen Handelseinrichtungen auf der grünen Wiese. Mit der Folge, dass Ortszentren veröden und Kaufkraft aus den Innenstädten abgezogen wird.“

Pauschal eine Obergrenze für den Flächenverbrauch zu fordern, greife zu kurz. Um den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu bekämpfen, müssten zusätzliche Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, sagte der BHT-Präsident: „Bezahlbarer Wohnraum in den Metropolregionen kann auch als Mittel gegen Nachwuchs- und Fachkräftemangel dienen.“ Eine künstliche Verknappung von Wohn- und Gewerbeflächen hätte dagegen zusätzliche Verkehrsströme zur Folge, da die Menschen immer weiter zu ihren Arbeitsplätzen pendeln müssten. Vor dem Hintergrund der Diskussion um Dieselfahrverbote in Bayerns Städten kann das nicht im Interesse von Politik und Wirtschaft sein.“ **□**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Landrat Gerhard Wägemann
91781 Weißenburg
am 2.2.

Bürgermeister Felix Schwallier
83043 Bad Aibling
am 4.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Dietz
96190 Untermerzbach
am 4.2.

Bürgermeister Manfred Schuster
91793 Alesheim
am 8.2.

Bürgermeister Dieter Springmann
91465 Ergersheim
am 10:2:

Bürgermeister Peter Imminger
82496 Oberau
am 11.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Stadelmann
97475 Zeil am Main
am 2:2:

Bürgermeisterin
Gabriele Wohlhöfler
86488 Breitenthal
am 3.2.

Bürgermeister
Claus Schwarzmann
91330 Eggolsheim
am 10.2.

Bürgermeister Thomas Totzauer
82296 Schöngesing
am 12.2.

Bürgermeister Willy Lehmeier
86637 Wertingen
am 13.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Anna Meier
84565 Oberneukirchen
am 5.2.

Bürgermeister Christian Kiendl
84069 Schierling
am 9.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Landrat Thorsten Freudenberger
89231 Neu-Ulm
am 2.2.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Timo Ehrhardt
96337 Ludwigstadt
am 8.2.

Bürgermeister
Martin Bernreuther
95349 Thurnau
am 11.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerische Spitzenverbände der Bau- und Immobilienwirtschaft:

Impulse für den Wohnungsbau

Ein breites Bündnis von Spitzenverbänden der Bau- und Immobilienwirtschaft – unter ihnen Bayerischer Bauindustrieverband, Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden, Bayerische Ingenieurekammer-Bau, Landesverband Bayerischer Bauinnungen und Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern – hat mit einem neuen gemeinsamen Positionspapier ein Maßnahmenbündel für eine bessere Wohnungsbaupolitik vorgestellt. Bund und Länder stünden in der Pflicht vor allem auch angesichts der Flüchtlingskrise, schnell zusätzliche Investitionsanreize und bessere Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau zu schaffen.

Hierzu schlagen die Verbände zunächst eine Erhöhung der steuerlichen Normalabschreibung beim Mietwohnungsbau von 2 % (seit 1964) auf 3 % in Anpassung an die realistische Nutzungsdauer moderner Wohngebäude sowie die Einführung einer zeitlich befristeten und räumlich begrenzten Sonderabschreibung als Anreiz für den Neubau bezahlbarer Mietwohnungen vor. Diese sollte verbunden mit regionalen Mietobergrenzen eingeführt werden.

Neustart des sozialen Wohnungsbaus

Ein wirksamer Neustart des sozialen Wohnungsbaus sei möglich durch Sicherstellung der zweckgebundenen Verwendung der jährlichen Kompensationszahlungen zur sozialen Wohnraumförderung und einer Verdopplung der Etatmittel in marktgerechten Länderförderprogrammen zum Bau von jährlich mindestens 80.000 zusätzlichen Sozialmietwohnungen im Bund. So stünden in Bayern im Rahmen des Wohnungspakts Bayern 2016 bis 2019 insgesamt ca. 2,6 Mrd. Euro zur Verfügung, davon für das Jahr 2017 ca. 618 Mio. Euro.

Langfristig zinsgünstige Baufinanzierung

Da die Baugenehmigungen von Einfamilienhäusern in Bayern seit 2011 stagnieren, soll aus Sicht der Spitzenverbände „eine Anpassung der Freigrenze in der Grunderwerbsteuer und der KfW und LfA-Förderprogramme bezüglich der Bereitstellung einer langfristig zinsgünstigen Baufinanzierung“ erfolgen. Da die Förderprogramme zur Modernisierung von Wohngebäuden nur in geringem Umfang angenommen werden, sei eine Verbesserung steuerlicher Anreize und der Bezuschussung für die energetische und altersgerechte Sanierung von Wohngebäuden, des Wohnumfeldes und ganzer Quartiere notwendig. Außerdem bedürfe es einer deutlichen Erhöhung und Vereinfachung der KfW-Förderung zur Gebäudesanierung einschließlich des Ersatzes nicht wirtschaftlich sanierungsfähiger, nicht das Ortsbild prägender und leerstehender Gebäude.

„Auch in Bayern bleiben die Aufwendungen für die geforderten Modernisierungen trotz Steigerung weit hinter den Erwartungen zurück und erreichen auch in 2016 mit 2.285 Modernisierungen nicht einmal die Hälfte der Anzahl von 2005 mit rund 5.700“, heißt es in dem Positionspapier.

Schnelle und verbilligte Bereitstellung von Bauland

Als wesentliche Voraussetzung für bezahlbares Wohnen und Bauen wird zudem eine schnelle und verbilligte Bereitstellung von Bauland durch Bund, Länder und Kommunen gefordert. Konkret habe die Vergabe öffentlicher Grundstücke nicht mehr im Höchstpreisverfahren zu erfolgen und es müsse eine Grundstücksverpachtung über Erbbaurecht in Betracht gezogen werden.

Der Fokus sei zu richten auf die

Aufstellung von Bebauungsplänen mit Förderkontingenten für preisgebundene Wohnungen, die Gestaltung der Baunutzungsverordnung (BauNVO) als Instrument einer integrierten strategischen Stadtentwicklung, die Ausnutzung der Obergrenzen städtebaulicher Dichte und die Aktivierung von Nachverdichtungspotenzialen durch Aufstockung und Hinterlandbebauung.

Urbane Gebiete stärken

Darüber hinaus müsse die neue Baurechtskategorie „Urbane Gebiete“ zur Nutzung bereits stark verdichteter Stadtgebiete oder Gewerbegebiete für mehr Wohnungsbau gestärkt werden. Auch müssten flächendeckend stadtnahe Lagen durch verstärkte Investitionen in moderne intermodale Verkehrsinfrastruktur angebunden und gefördert werden.

Um den kommunalen Wohnungsbau bei der Schaffung kostengünstigen Wohnraums zu unterstützen, sei die Bauherrenkompetenz auch kleiner Kommunen zu stärken. Ferner müssten Anreize für private Grundstückseigentümer geschaffen werden, schlecht genutztes oder unbebautes Bauland für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. In Zeiten von niedrigen Zinsen biete es sich auch im privaten Bereich an, über Erbbaurecht angemessene Renditen zu erzielen.

Wie die Verbände weiter darlegen, müsse bedarfsgerechter und sozialer Wohnungsbau auch nach 2019 in der Zuständigkeit von Bund und Ländern verbleiben. Dazu seien die erforderlichen Gesetzesanpassungen vorzunehmen. Durch die breite Zuständigkeit im heutigen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit entstünden fachliche Konflikte, die das Erreichen von Bauzielen blo-

Bayerischer Gemeindetag:

Aus Sicht des Bayerischen Gemeindetags muss der Wohnungsbau auch im ländlichen Raum angesprochen werden. Wie Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl mitteilte, begrüßten Bayerns Gemeinden und Städte die Ankündigung des designierten Ministerpräsidenten Markus Söder, einen Schwerpunkt seiner künftigen Regierungspolitik auf den Wohnungsbau zu setzen.

Brandl zufolge hat Markus Söder „die Zeichen der Zeit erkannt“. Es fehle allenthalben an bezahlbarem Wohnraum. Daher sei es gut und richtig, wenn die künftige Regierungspolitik darauf ausgerichtet wird.

Der Präsident bezeichnete es als konsequent, „wenn der Freistaat, wie angekündigt, eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft gründen will“. Dies habe sein Verband schon vor Monaten gefordert. Bayerns Gemeinden gerade im ländlichen Raum seien bereit, sich hier konstruktiv und tatkräftig einzubringen, denn: „Nicht nur im Ballungsraum, sondern auch in ländlichen Gegenden fehlen Wohnungen. Da helfen wir gerne mit.“

Contra staatlichen Dirigismus

Ebenso begrüßt der Bayerische Gemeindetag die Ankündigung der CSU-Landtagsfraktion, dem Volksbegehren gegen Flächenverbrauch ein Programm entgegen zu setzen, das auf Anrei-

kiert haben. Der Wohnungsbau müsse wieder einem umfassend kompetenten und umsetzungsstarken Bundesbauministerium zugeordnet werden.

Sozial verträgliche Energiewende

In punkto Klimaschutz und Naturschutzpolitik wird eine „sozial verträgliche Ausgestaltung der Energiewende und Umsetzung der Klimaschutzziele bei gleichmäßiger Belastung aller Sektoren“ angemahnt. Die im Klimaschutzplan 2050 ausgewiesenen Zielsetzungen bis 2030 dürften den Gebäudereich nicht ungleich stärker belasten als andere volkswirtschaftliche Sektoren wie Verkehr oder Landwirtschaft. Konkret bedeute dies: „Keine weitere Verschärfung der energetischen Anforderungen über das aktuelle Niveau der EnEV 2016 hinaus.“

Kompensationsmaßnahmen, die durch Begrünungen in den Stadtquartieren nur zu deutlich höheren Kosten durchgeführt werden können, müssten bei der Kompensationsberechnung höher bewertet werden. Dazu müssten bei der gesetzlichen Ausgleichsregelung Begrünungs- und Naturschutzgestaltungsmaßnahmen vor Ort und unmittelbar am Investitionsobjekt deutlich bessergestellt werden. Begrünungsmaßnahmen in Stadtquartieren wirkten sich zudem positiv auf die biologische Vielfalt und das Mikroklima in urbanen Räumen aus und seien deshalb Ausgleichsmaßnahmen am Ortsrand oder in der freien Landschaft vorzuziehen.

Grünflächenversorgung

Bei der Gestaltung innerstädtischer Quartiere ist aus Verbändesicht der Grünflächenbedarf mit dem Flächenverbrauch sinnvoll abzuwägen. Eine ausreichende Grünflächenversorgung könne bei intelligenter Planung und Anlage auch mit weniger Flächenverbrauch gewährleistet werden. Kurzfristig seien die Maßnahmen zur Gebäuderbegrünung in der Erstellung und Pflege kostenintensiver, „helfen aber langfristig den Menschen vor Ort und dem Mik-

Anreize statt Verbote

roklima im Quartier unmittelbar“.

Zudem sorgten hochwertige und gepflegte Außenanlagen für eine Wertsteigerung der Immobilie und trügen zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität bei. Die Begrünung der Gebäude oder Außenanlagen sei somit kein Kostentreiber, sondern ein nachhaltige Investition in die Immobilie. **DK**

rungsquelle der Kommunen geschaffen werden. Das Eine geht nicht ohne das Andere. Wer A wie Abschaffen sagt, muss auch B wie Bezahlen sagen“, erläuterte der Gemeindetagschef.

Brandl wies darauf hin, dass mehr als 40 Jahre lang der Großteil der bayerischen Gemeinden und Städte auf klarer und eindeutiger Rechtsgrundlage Gemeindestraßen unter finanzieller Beteiligung der davon profitierenden Bürger saniert haben. „Wenn nun diese Einnahmequelle wegfallen soll, muss der Gesetzgeber einen vollständigen Ausgleich schaffen. Das ist nur recht und billig. Dabei muss klar sein, dass die bereits beim letzten Finanzausgleichsgespräch vom Staat zugesagte Erhöhung des Kommunalanteils am Kfz-Steueraufkommen nicht für die geplante Kompensation eingesetzt werden darf.“

Für den Übergang seien noch zahlreiche Rechtsfragen zu klären wie: Was geschieht mit Beiträgen, die in den vergangenen Jahren gezahlt wurden? Müssen laufende Ausbaumaßnahmen noch nach geltendem Recht abgewickelt werden? Was passiert mit sog. wiederkehrenden Beiträgen? **DK**

GZ

KOLUMNE Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,

seien Sie ehrlich: Wie wichtig ist Arbeit in Ihrem Leben? Die Bertelsmann-Stiftung hat herausgefunden, dass sich mehr als die Hälfte aller Beschäftigten bei einem Lottogewinn zwar über das Geld freuen, aber weiter zur Arbeit gehen würde. Das zeigt: Arbeit hat in unserer Gesellschaft für das Selbstwertgefühl jedes Einzelnen wirklich einen enorm hohen Stellenwert. Die Meisten von uns können ohne ihre Arbeit nicht leben.

Nicht ohne Grund heißt es, Arbeit ist das halbe Leben. Viele Menschen sind stolz auf ihren Job und auf das, was sie tagtäglich leisten. Menschen mit Behinderungen geht es nicht anders: Sie möchten sich beweisen und dafür selbstverständlich die gleiche Anerkennung erhalten wie Sie und ich.

Davon sind wir noch weit entfernt. Obwohl Inklusion in aller Munde ist, stehen auf dem

Arbeit ist das halbe Leben

Weg in eine inklusive Arbeitswelt viele Hürden. In ganz Bayern ist die Arbeitslosenquote auf einem historischen Tiefstand. Menschen mit Behinderungen profitieren bisher von dieser Entwicklung kaum. Der Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt ist für sie auch wegen des enormen Leistungsdrucks in vielen Betrieben unheimlich schwer.

In Bayern haben Werkstätten für behinderte Menschen rund 36.000 Beschäftigte. Die sieben Bezirke geben für diesen Bereich der Sozialhilfe fast 569 Millionen Euro pro Jahr aus. Dank dieser Mittel werden die Arbeitnehmer in den Werkstätten ausgebildet, intensiv gefördert und unterstützt. Jetzt könnte man sagen: Gut so, dann passt doch alles. Aber so einfach ist es nicht. Viele Werkstattbeschäftigte wollen in einem Betrieb auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig sein. Das höre ich immer wieder, wenn ich mich mit den Betroffenen unterhalte.



Der Weg auf den allgemeinen Arbeitsmarkt darf niemandem gesetzlich verbaut sein. Denn Teilhabe am Arbeitsleben und Inklusion gehen Hand in Hand. Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) verlangt deshalb mehr Selbstbestimmung, mehr Chancengerechtigkeit und mehr Alternativen zu den bewährten Pfaden der Behindertenhilfe. Eine zentrale Forderung des BTHG ist auch, das Wunsch- und Wahlrecht der betroffenen Menschen zu achten und weiter zu stärken.

Diese Gedanken greift das neue Budget für Arbeit auf. Es ist als Alternative zur Beschäftigung im Arbeitsbereich einer Werkstatt gedacht. Damit sind für Arbeitgeber künftig Zuschüsse zu den Lohnkosten von maximal 1.460 Euro möglich, wenn sie Menschen mit Behinderungen sozialversicherungspflichtig anstellen und Mindestlohn zahlen. Auch für eine Assistenz am Arbeitsplatz werden die Kosten übernommen. Darüber hinaus hat das BTHG hat noch weitere vielversprechende Instrumente für die Teilhabe am Arbeitsleben neu geschaffen, die die Bezirke künftig ebenfalls fördern.

Ich sehe das Budget für Arbeit als einen Schritt hin zu einer flexibleren Arbeitswelt und bin gespannt, wie es sich in der Praxis bewährt. Für mehr Inklusion im Arbeitsleben brauchen wir aber vor allem einen gesellschaftlichen Konsens, dass wir die Rechte und Wünsche von Menschen mit Behinderungen respektieren und nicht mehr über deren Köpfe hinweg entscheiden, was gut für sie sein könnte.

In diesem Kontext sehe ich die kommunale Familie in einer besonderen Verantwortung. Ich möchte Sie, liebe Leserinnen und Leser, nicht nur ermuntern, sich bei Arbeitgebern in Ihrem Umfeld für Menschen mit Behinderungen einzusetzen. Die Verwaltungen der Gemeinden, Landkreise und Städte sind natürlich genauso wie die Bezirke selbst ideale Arbeitgeber für Werkstattbeschäftigte, die einen Job in der Mitte der Gemeinschaft anstreben.

Herzlichst Ihr Josef Mederer

*Bezirkstagspräsident von Oberbayern
Präsident des Bayerischen Bezirkstags*



Von links: Jiří Buriánek, Generalsekretär des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR), Landrat Thomas Habermann (Rhön-Grabfeld), Landrat Christian Bernreiter (Deggendorf), Präsident des Bayerischen Landkreistags, beim 25-jährigen Jubiläum des Europabüros der bayerischen Kommunen im November 2017 in Brüssel. **□**

Landrat Habermann Vertreter aller Landkreise in Brüssel

Der Rhön-Grabfelder Landrat Thomas Habermann vertritt den Deutschen Landkreistag und damit die Interessen von 294 Landkreisen zukünftig im Ausschuss der Regionen (AdR) in Brüssel.

Der AdR ist eine EU-eigene Einrichtung. Deren Ziel ist es, die Bürgernähe der Europäischen Union zu stärken und gleichzeitig die kommunale Ebene verstärkt an Gesetzgebungsverfahren zu beteiligen. Die Europäische Kommission, der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament müssen den Ausschuss anhören, wenn sie Rechtsvorschriften in Bereichen formulieren, die lokale und regionale Gebietskörperschaften betreffen. Hierzu zählen die Themenbereiche Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Sozialpolitik, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, Verkehr, Energie und Klimawandel.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian

Bernreiter, gratuliert seinem Kollegen im Namen seines Verbands und freut sich: „Brüssel spricht heute überall mit. Wasserversorgung, Rettungsdienste, die Gewährung von Beihilfen oder auch der ÖPNV – in irgendeiner Form berührt das europäische Recht immer unsere kommunalen Interessen. Als ausgesprochen erfahrener kommunaler Fachmann und gewiefter Jurist mit einem untrüglichen Blick fürs praktisch Mögliche wird Thomas Habermann in den kommenden drei Jahren Sprachrohr für die Kommunen in Deutschland sein.“

Landrat Habermann erhält einen Sitz in der Fachkommission für Wirtschafts- und Währungspolitik (ECON). **□**

Seit dem Jahr 2009 bayerischen, baden-württembergischen und saarländischen Kommunen in Brüssel ein Europabüro.



Strategien gegen Flächenverbrauch ...

(Fortsetzung von Seite 1)

bei knapp 12 %, wobei zu konstatieren sei, dass die bayerische Bevölkerung in den vergangenen Jahren um 2 Mio. Einwohner gewachsen ist.

Huber stellte die Frage nach der Praktikabilität der Höchstgrenze des Volksbegehrens in den Raum: „Jeder Kindergarten, jede Schule, jedes Einfamilienhaus müsste abgelehnt werden, wenn die Gemeinde ihr Limit überschritten hat.“ Andererseits habe die Außenentwicklung Vorrang genommen vor der Innenentwicklung. Innenstädte würden veröden, Flächen brach liegen und hässliche Discounter die Ortsränder verschandeln sowie versiegelte Flächen Hochwasserprobleme verschärfen.

Jeder Bayer braucht 330 qm

„Verständnis für die Sorgen der Bürger“ zeigte der KPV-Landesvorsitzende, Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries). Das Ziel des derzeit laufenden Volksbegehrens sei nachvollziehbar. Man müsse sich mit offensichtlichen Fakten wie Artensterben, Veränderungen des Landschaftsbildes durch Logistikcenter, verkehrliche Maßnahmen und Ausweisung von immer mehr Gewerbeflächen auseinandersetzen. „Aktuell braucht jeder Einwohner in Bayern 330 qm versiegelte Fläche“, so Rößle.

Gleichwohl wäre die Annahme des Volksbegehrens aus seiner Sicht geradezu „fatal“, käme sie doch einer Bevormundung der Kommunen gleich. „In der Verfassung ist das Recht der kommunalen Selbstverwaltung verankert. Dieses gilt es beizubehalten. Deshalb brauchen wir einen Alternativvorschlag zum Volksbegehren“, erklärte der KPV-Vorsitzende.

In diesem Zusammenhang informierte er über die Einrichtung eines Konversionsmanagements in seinem Heimatlandkreis, das sich in den vergangenen Jahren bereits sehr gut entwickelt habe. Das Konversionsmanagement fungiert als Ansprechpartner für alle Bürger, Vereine und Unternehmen im Landkreis Donau-Ries, die von der Schließung des Bundeswehrstandortes in Donauwörth betroffen sind.

Projekt Flächenmanagement

Rößle zufolge werden Maßnahmen entwickelt, die das bestehende Potenzial des Landkreises als attraktive Region zum Wohnen und Arbeiten aufgreifen. Am Projekt Flächenmanagement wirke mittlerweile über die Hälfte der Landkreiskommunen mit. Dabei würden die Gemeindebürger von sog. Innerortsloten beraten. Die Erfahrung zeige, „dass es erfreulich viele Rückmeldungen und eine hohe Verkaufsbereitschaft gibt“, erklärte Rößle. Zwar liege die Erfolgsquote nur im einstelligen Prozentbereich, jedoch komme man mit jedem Bauplatz, den man einspart, um innerorts Möglichkeiten zu nutzen, dem Ziel des Flächensparens näher.

In seinem Impulsreferat wies Erwin Huber, MdL, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bayerischen Landtag, darauf hin, dass für Zwecke wie Wohnen, Wirtschaft und Verkehr insgesamt 12 Prozent der Landesfläche im Freistaat bebaut sind. Wirklich versiegelt seien aber lediglich ca. 6 Prozent, da auch Gärten, Parks oder Spielplätze als bebaute Fläche gelten. Tag für Tag werde in Bayern eine Fläche von 10 Hektar neu beansprucht, die Hälfte davon für Wohnraum, ein weiteres Viertel für Gewerbe und Industrie. Weitere 10 Prozent würden für den Verkehr beansprucht, meist für Kommunalstraßen, die restlichen 15 Prozent für Freiflächen, Grünflächen, Spiel-

plätze usw. „Es geht hier also in erster Linie um Wohnraum und Arbeitsplätze“, unterstrich Huber. „Das müssen wir den Menschen klarmachen.“

Denkansatz der Grünen ist verfassungswidrig

Die im Volksbegehren geforderte Beschränkung von 5 Hektar pro Tag für Bayern sind nach Hubers Rechnung für 2.100 Gemeinden rund 1.800 Hektar pro Jahr, „bleibt also weniger als ein Hektar pro Gemeinde“. Nach seiner Auffassung ist dies auch ungerrecht, da sich Bayern viel dynamischer entwickle, als etwa die neuen Bundesländer. Zudem hätten die Gemeinden je nach Größe und Lage unterschiedliche Bedürfnisse, die bei einer derart schematischen Flächenzuteilung überhaupt nicht erfasst würden.

Aus Hubers Sicht ist der Denkansatz der Grünen „verfassungswidrig, weil er die Entscheidungshoheit der Kommunen aufhebt, eine völlige Ungleichbehandlung im Land herbeiführen würde und es letztlich zu einer totalen Erstarrung des Grundstücksmarkts in Bayern käme.“ Ob dafür ein Flächen-Zertifika-tehandel funktioniere, bezweifelte Huber. Dafür gebe es keine Rechtsgrundlage.

Phantasie ist gefordert

Da es das einzig sinnvolle Instrument nicht gebe, führte der Abgeordnete u. a. folgende Maßnahmen für eine Reduzierung des Flächenverbrauchs auf: Flächenmanagement in den Kommunen, Entsiegelung nicht mehr genutzter Flächen, Innenentwicklung vor Außenentwicklung, landschaftsverträglicher und nicht zu kostspieliger Bau in die Höhe, Städtebauförderung weg von „Musealisierung“ hin zu wirtschaftlicher Entwicklung, finanzielle Anreize beim Flächensparen.

Hubers abschließender Appell: „Wir brauchen die Phantasie der Kommunalpolitiker, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Die schematische Bevormundung und Reglementierung der Kommunen, wie es das Volkbegehren vorsieht, ist jedenfalls kein geeigneter Weg, das Problem zu bewältigen.“

Betrachtet man sich beispielsweise das Donautal oder Teile der nördlichen Oberpfalz, so hat die bayerische Landschaft in den vergangenen Jahrzehnten nach Auffassung von Dr. Norbert Schäffer, Vorsitzender des Landesbundes für Vogelschutz in Bayern (LBV) und AKU-Mitglied, „viel an Wert verloren“. Bereits 2003 habe Bayern ein Bündnis zum Flächensparen gegründet, dem der LVB damals auch beigetreten sei.

LBV: Bittere Bilanz

Ergebnisse seien dabei allerdings nicht erzielt worden. „Wir haben auf Freiwilligkeit gesetzt, das hat sich nicht ausgezahlt“, bemerkte Schäffer. Er bezeichnete die Mitwirkung am Bündnis als „reine Zeitverschwendung“, weshalb sich der LBV nun dem Volksbegehren angeschlossen habe.

Schäffers „bittere Bilanz“: In der Landwirtschaft ging Fläche verloren, durch Bebauung ist die Artenvielfalt massiv bedroht. So ging bei den Vögeln in den vergangenen 40 Jahren die Hälfte der biologischen Vielfalt verloren.

Da man Lebensräume nicht einfach verpflanzen könne, seien Ausgleichsflächen oft nicht zielführend, kritisierte der LBV-Vorsitzende. Weiter mahnte er an, dass sich die Landwirtschaft mangels Flächen intensiviere und Freizeitaktivitäten sich auf die wenigen erhaltenen und deshalb attraktiven Naturräume konzentrierten.

„Wir wollen eine bundesweite Reduzierung des Flächenverbrauchs auf 30 Hektar pro Tag“, erläuterte Schäffer. Diese Forderung gebe es seit langem. Das Bayern betreffende 5-Hektar-Ziel des Volksbegehrens stehe auch in den Sondierungsvereinbarungen der Großen Koalition. Das Bündnis wolle keinen Stillstand, sondern die Entwicklung lenken.

In diesem Zusammenhang wies der LBV-Chef darauf hin, dass die Lockerung des Anbindegebots „verheerend für unsere Landschaft“ sei. Dies rückgängig zu machen, wäre ein gutes Signal. Außerdem gelte: Finger weg vom Alpenplan! Und: „Wir sind gegen die Donut-Entwicklung unserer Dörfer – innen leer und außen ringsum bebaut.“ Möglicherweise komme man aber auch um den Handel mit Flächenzertifikaten nicht herum.

Werkzeugkasten

Dr. Jörg Heiler, Mitglied des Vorstandes der Bayerischen Architektenkammer, hatte seinerseits einen pragmatischen Werkzeugkasten mit Planungsinstrumenten sowie Handlungsstrategien zur optimierten Umsetzung vor Ort im Gepäck. Er plädierte zunächst dafür, „Flächenverbrauch qualitativ und quantitativ zu denken“, d.h. „Ökologie und Ökonomie, Wohnen und Arbeiten zusammenzudenken“. Auf dieser Basis beruhten folgende Anregungen und Beispiele:

- Einfamilienhäuser oder Gewerbe (siehe Hucklepackbahnhof in Hamburg) sinnvoll stapeln
- Vorhandene Infrastruktur nutzen (Beispiel: Kindergarten in einer alten Scheune)
- Kombination von Nutzung und gebauter Landschaft
- Behutsame Nachverdichtung (Beispiel: Gemeinde Werneck mit gut funktionierendem Baulückenkaster)
- Ortskernrevitalisierung
- Interkommunale Zusammenarbeit und regionale Planungen: Mehrere Gemeinden teilen sich infrastrukturelle Einrichtungen. Nicht jede Gemeinde braucht ein eigenes Gewerbegebiet.
- Wirkungsvolles Material: Viele unansehnliche Bauten könnten durch den Einsatz von Baustoffen wie Holz oder durch ortsübliche Fassaden besser aussehen.
- Flächenverbrauch reduzieren und Land gestalten ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Bürger müssen vor Ort mitwirken (Beispiel: „Landluft“ – Verein zur Förderung der Baukultur in ländlichen Räumen, Österreich).

Präzise Signale an den Bund ...

(Fortsetzung von Seite 1)

in der kommunalen Infrastruktur abzubauen, müsse neben der Verbesserung der allgemeinen Finanzausstattung der Kommunen die vom Bund begonnene Unterstützung insbesondere finanzschwacher Städte, Gemeinden und Kreise bei Investitionen fortgeführt werden. Dazu soll der Kommunalinvestitionsförderungsfonds weiter aufgestockt und langfristig gestreckt werden.

Die aktuelle Niedrigzinsphase biete die Chance, die Altschulden von Kommunen umzuschulden und sich den bestehenden Zinsvorteil zunutze zu machen. Was Investitionen in die Bildung anbelangt, so erwartet die Sozialdemokratische Gemeinschaft vom Bund, dass der weitere Ausbau und die Schaffung von Ganztageseinrichtungen für Kinderbetreuung, Qualitätsverbesserungen durch mehr Personal, die Schaffung von Eltern-Kind-Zentren und die schrittweise Abschaffung der Kita-Gebühren durch den Bund mitfinanziert werden.

Bund und Länder sollten eine Ganztagschuloffensive verab-

Ideen und Strategien

In einer sich anschließenden, intensiven Debatte wurden weitere Ideen und Strategien gesammelt, darunter:

- Die Digitalisierung könnte Arbeitsplätze aufs Land zurückverlagern, wenn Unternehmen flexibler würden. Dies hätte auch soziale Effekte.
- Den Flächenverbrauch als Faktor in die Gewerbesteuer einfügen.
- Barrierefreiheit nicht aus den Augen verlieren.

Kategorie „Urbanes Gebiet“

Nach den Worten der stellvertretenden AKU-Landesvorsitzenden, Anja Weisgerber MdB, hat der Bund das Baugesetzbuch zur Innenverdichtung um die Kategorie „Urbanes Gebiet“ erweitert. Hier stehe die Mischnutzung im Vordergrund: Gewerbe und Wohnen sollen wieder mehr zueinander gebracht werden. Kommunen könnten diese Möglichkeiten nutzen, das Potenzial sei enorm: Bundesweit existierten in den Städten 120.000 Hektar Brachflächen/Baulücken, die einer Verwendung zugeführt werden könnten.

Darüber hinaus, so Weisgerber, fördere der Bund Entsiegelungsmaßnahmen, das Flächenmanagement, die Ortskern-Revitalisierung und die Konversion von Kasernen. Bei der Städtebauförderung seien die Mittel bundesweit auf fast eine Milliarde Euro verdoppelt worden. Auch gebe es attraktive bayerische Förderprogramme zur Wiederbelebung von Ortszentren wie „Soziale Stadt“ oder „Ortschaft Mitte“.

Grüne Freiräume erhalten

AKU-Ehrenvorsitzender Dr. Josef Göppel machte deutlich, dass es ihm ein großes Anliegen sei, „Flächen wie Talauen, Hangkanten und grüne Freiräume zwischen Ortschaften nicht zu bebauen“. Das Flächensparen könnte aus seiner Sicht im kommunalen Finanzausgleich belohnt werden. Mit Blick auf den Zertifikatehandel wies Göppel darauf hin, dass man diesen bereits vier Jahre lang in einigen Städten wie Aschaffenburg, Deggendorf, Kelheim oder Nördlingen erprobt habe und dieser entscheidungsreif sei.

Als „kleine Anregung für jeden kommunalpolitisch Engagierten“ wurde auf ein Praxishandbuch zur Ortsbildpflege hingewiesen. Dabei handelt es sich um einen „Werkzeugkasten für die Gemeinden im Ostallgäu und Unterallgäu“, abrufbar unter www.dorffkerne-dorfraender.de **DK**

den und sich an dem Ausbau von Schulsozialarbeit beteiligen. Die Finanzierung eines Rechtsanspruchs auf Horteplätze müsse im Rahmen der Bildungsfinanzierung als Bestandteil der Ganztagschule abgesichert werden.

Stichwort öffentlich geförderter Beschäftigung: Wie dem Positionspapier zu entnehmen ist, „darf sich das SGB II nicht zu einem Verwahrsystem für Bedürftige entwickeln. Es ist von Ausgaben zu entlasten und instrumentell so zu ertüchtigen, dass auch Menschen mit schwerwiegenden Leistungshemmnissen zur Teilhabe am Erwerbsleben befähigt werden können. Dazu bedarf es mehr Mittel für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser.

Neben den Leistungen der Pflegeversicherung wird ein Mix an Unterstützungsleistungen gefordert, die durch Familien, im Ehrenamt oder als professionelle Dienstleistungen erbracht werden könnten. Die Kommunen müssten gestärkt werden, damit sie die notwendigen Pflegestrukturen planen und gemeinsam mit der Pflegeversicherung entwickeln können.

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung in Berlin:

Dynamik und Vielfalt

Gestaltungs- und Entwicklungsprozesse sowie die Potenziale des ländlichen Raums hinsichtlich sozialer und digitaler Innovationen diskutierte das 11. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung in Berlin, das begleitend zur Internationalen Grünen Woche stattfand. Unter dem Motto „Dynamik und Vielfalt – Potenziale der ländlichen Räume nutzen“ kamen mehr als 1.000 Multiplikatoren aus Politik, Wissenschaft und ländlicher Entwicklung zusammen.

„Das Leben auf dem Land muss attraktiv für Jung und Alt bleiben“, erklärte der geschäftsführende Landwirtschaftsminister Christian Schmidt. Die ländlichen Räume sollen Zukunftswerkstätte für die Entwicklung der Gesellschaft werden.

24 Begleitveranstaltungen griffen das Generalthema auf. Das Spektrum reichte von der zukunftsorientierten Dorfentwicklung und der generationenge-rechten Gemeinde über gemeinwesenorientiertes Lernen und Kommunikation als Instrument der Dorf- und Regionalentwicklung bis hin zur Biodiversität in der Agrarlandschaft, der Bewahrung von baukulturellem Erbe sowie Fragen der Digitalisierung und den sich hieraus ergebenden Möglichkeiten.

Die Gemeinschaftsschau machte die Ländliche Entwicklung für alle Messebesucher interaktiv erlebbar. Unter dem Motto „Lust aufs Land“ mit den Bereichen „Multitalent Holz“, „Nachwachsende Rohstoffe“, einem Ausstellungs- und Biotopbereich des Deutschen Jagdverbandes und der Gemeinschaftsschau zur ländlichen Entwicklung erfuhren die Besucher was das Leben und Arbeiten in ländlichen Regionen heute und morgen ausmacht.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft lud dazu ein, die Möglichkeiten und Herausforderungen der Digitalisierung für ländliche Regionen zu entdecken. Mehrere Mitmach-Elemente animierten Erwachsene und Kinder, mögliche Zukunftsszenarien für das Leben und Arbeiten auf dem Land zu erforschen. Wie könnten On-

line-Plattformen in Zukunft zum Beispiel die Versorgung auf dem Land verbessern? Auf interaktiven Landkarten des Thünen-Institutes konnten Besucher Zahlen und Fakten zu Deutschlands ländlichen Regionen erfahren.

Während des Abendempfangs des 11. Zukunftsforums Ländliche Entwicklung fand die Preisverleihung im Wettbewerb „Kerniges Dorf!“ 2017 des BMEL statt. Die Sieger wurden aus 22 Finalisten ausgewählt. Jedes der Sieger-Dörfer erhielt 2.000 Euro Preisgeld. In der Kategorie „Kernig und stabil: große Dörfer“ behielt das Kernige Dorf Weyarn (Landkreis Miesbach) die Oberhand. Die Gemeinde im Einzugsgebiet von München setzt trotz Zugzugsdruck auf Innenentwicklung. Dazu wurden Flächen in Ortslage für die Schaffung von Wohnraum für Familien und seniorenerechte Wohnangebote genutzt und so das Wachstum nach innen gelenkt. Die Maßnahmenentwicklung und -umsetzung basiert auf einer institutionalisierten und strukturierten Bürgerbeteiligung.

Sonderpreise gingen an den Markt Wiesenttal (LK Forchheim) für die gelungene Innenentwicklung kombiniert mit der Anpassung an einen zeitgemäßen Tourismus sowie nach Schweinsdorf (LK Ansbach) für die langfristige Umsetzung von Innenentwicklungskonzepten mit dem Leitsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“.

Anlässlich der Grünen Woche legte der Deutsche Städte- und Gemeindebund ein Positionspapier zur Entwicklung ländlicher Räume vor. **DK**

Verstetigt werden müsse zudem das finanzielle Engagement des Bundes für die soziale Wohnraumförderung. Neben der Förderung preis- und belegungsgebundenen Wohnraums sollte gemeinsam mit den Ländern auch eine gezielte Förderung bei der Gründung von Genossenschaften erfolgen. Für Regionen mit erhöhtem Leerstand seien Ansiedlungsprämien zu schaffen. Die eingeleitete Mietenbegrenzungs-politik müsse der Bund konsequent fortführen, u.a. mit einer Begrenzung der Modernisierungsumlage. Das Wohngeld sei an gestiegene Mietniveaus anzupassen.

„Die Liegenschaftspolitik des Bundes muss sich an den Erfordernissen in den Kommunen ausrichten“, betont die Bundes-SGK. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben müsse ihre Veräußerungspolitik auch an lokalen Wohnungsbaumöglichkeiten für preiswerten Wohnraum orientieren. Durch eine Stärkung kommunaler Vorkaufsrechte könnte die Liegenschaftspolitik der Kommunen verbessert werden. Die Städtebauförderung sollte u. a. dazu genützt werden, systematische quartiersbezogene Energieeffizienzstrategien aufzubauen und ein Sonderprogramm „Stadtumbau – nachhaltige Mobilität“ aufzulegen.

Mit Blick auf den ÖPNV gelte es, das GVFG-Bundesprogramm fortzuführen und noch einmal deutlich zu erhöhen. Die an die Länder gefallenen Mittel aus den ehemaligen Länderprogrammen GVFG bedürften einer langfristigen Zweckbindung. Um den Einsatz neuer schadstofffreier Antriebstechnologien zu unterstützen, wird zur Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs ein Förderpro-

gramm zur Modernisierung der Fahrzeugflotten der öffentlichen Nahverkehrsunternehmen gefordert. Gleiches gelte für kommunale Nutzfahrzeuge.

Was die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen betrifft, seien Regionen, die strukturschwach sind oder sich im Wandel befinden, zielgenau zu fördern. Nach Auslaufen des Solidarpaktes brauche es ein gesamtdeutsches Fördersystem, das alle strukturschwachen Regionen in den Blick nimmt.

Zentrale Bedeutung komme der verkehrlichen und kommunikationstechnischen Erreichbarkeit zu. Notwendig seien deshalb eine verlässliche Förderung von Infrastruktur und leistungsfähigen Mobilitätskonzepten wie auch der zügige Ausbau einer flächendeckend hochleistungsfähigen grundsätzlich glasfaserbasierten Breitbandversorgung bis ins Gebäude.

„Voraussetzung für ein international erfolgreiches Deutschland sind qualitativ hochwertige öffentliche Güter und eine leistungsfähige Infrastruktur. Dazu zählt auch der Bestand an öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind sie die Basis der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Bundes-SGK wendet sich deshalb gegen jede Privatisierungs-ideologie. Einen Zwang zur Vermögensveräußerung lehnen wir ab“, heißt es weiter.

Auch künftig, so die Sozialdemokraten, müsse sich der Bund für die Absicherung und Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge im Europäischen Binnenmarkt, bei Freihandelsabkommen und der Chancengleichheit gegenüber privaten Unternehmen in den Märkten zur Infrastrukturbereitstellung einsetzen. **DK**

GVB-Positionen:

Von Anlageberatung bis Verbraucherschutz

Mit dem Inkrafttreten der neuen EU-Finanzmarktrichtlinie MiFID II zu Beginn des Jahres wurde eine Zeitenwende in der Anlageberatung markiert. Zur Umsetzung der europäischen Regeln überarbeitet die Finanzaufsicht BaFin derzeit ihre „Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion“ (MaComp). Wie der Genossenschaftsverband Bayern in seinem aktuellen Politiknewsletter darlegt, „gehen die Vorschläge der BaFin jedoch weit über die neuen EU-Vorschriften hinaus. So werden Dokumentationspflichten und Bürokratie bei der Annahme von Provisionszahlungen deutlich ausgeweitet.“

Geht es nach dem Willen der BaFin, müssen Wertpapierfirmen ein Zuwendungsverzeichnis, ein Verwendungsverzeichnis sowie ein Maßnahmenverzeichnis führen. Provisionszahlungen sowie deren Verwendung sollen darin „fortlaufend“ erfasst werden. Außerdem sei stets ein Bezug zum „betroffenen Kunden“ herzustellen. Eine übersichtliche Zusammenfassung reicht künftig nicht mehr aus.

Wie das den Kunden nutzen soll, ist nach Auffassung des GVB nicht ersichtlich. Bereits heute seien die in Deutschland geltenden Dokumentationsvorschriften beispielhaft in Europa. Würden die Pläne der Aufsicht umgesetzt, drohe eine Einschränkung der abschlussbasierten Anlageberatung „durch die Hintertür“.

Die nun vorgelegten Vorschläge der BaFin konterkarieren den gesetzgeberischen Willen und seien nachteilig für die Kunden. Schließlich ermögliche der zielgerichtete Einsatz der Provisionen eine kompetente Finanzberatung, die allen Bevölkerungsgruppen flächendeckend zugänglich ist. Ei-

ner Übererfüllung von EU-Recht müsse deshalb vorgebeugt werden. Entsprechend sollte die BaFin ihre Pläne zu den Aufzeichnungspflichten korrigieren: Ausreichend sei eine zusammenfassende Dokumentation im Rahmen des Jahresabschlusses.

Auf höchster Ebene wird laut GVB auch die Diskussion geführt, wie der Finanzsektor zum ökologischen Umbau der Wirtschaft beitragen kann. Als Investoren und Kreditgeber sollen sich vor allem Banken engagieren. Das Europäische Parlament diskutiert bereits über Ideen, wie man Kreditinstitute durch Anpassungen im Bankaufsichtsrecht stärker in die Pflicht nehmen könnte.

Ökologischer Umbau der Wirtschaft

Zwei Vorschläge liegen auf dem Tisch: Für klimafreundliche Finanzierungen – etwa den Bau einer Windkraftanlage – sollen Banken weniger Eigenkapital zurücklegen müssen als für konventionelle Finanzierungen mit vergleichbarem Risikoprofil. Mit

dem „Green Supporting Factor“ sollen die Eigenmittelanforderungen für „grüne“ Kredite um fast ein Viertel gesenkt werden – in der Hoffnung, dadurch die Finanzierungskosten für ökologisch nachhaltige Projekte verringern zu können.

Aus Sicht des GVB und seines Präsidenten Jürgen Gros „läuft dieser Vorstoß auf eine Instrumentalisierung der Bankenregulierung für Zwecke des Klimawandels hinaus“. Regulierung und Aufsicht hätten jedoch zur Aufgabe, die Funktionsfähigkeit und Stabilität einzelner Banken und des Finanzsystems als Ganzes zu sichern. Dazu müssen sie weiterhin allein am Risiko eines Instituts ausgerichtet sein.“

Daneben sollen Finanzinstitute verstärkt Risiken berücksichtigen, die durch den Klimawandel entstehen. Ein besonderes Augenmerk soll auf Finanzierungen liegen, die mit CO2-intensiven Aktivitäten in Verbindung stehen. Perspektivisch, so der Bayerische Genossenschaftsverband, drohe damit ein massiver Aufbau von Bürokratie.

Ohnehin seien politische Eingriffe in die Bankenregulierung und -aufsicht der falsche Weg, um den ökologischen Umbau der Wirtschaft voranzutreiben. Dafür stünden im Arsenal der Fiskal-, Wirtschafts- oder Industriepolitik sinnvollere Instrumente zur Verfügung; zum Beispiel die Bepreisung von CO2-Emissio-

nen. Zudem gebe es in Deutschland und Europa zahlreiche öffentliche Institute und Förderbanken, die staatliche und private Mittel für klimafreundliche Finanzierungen mobilisieren. Diese Modelle hätten sich bewährt, weshalb Bankenaufsicht und Klimapolitik getrennt bleiben sollten.

Finanzieller Verbraucherschutz

Stichwort finanzieller Verbraucherschutz: Seit der Finanzkrise haben Politik und Finanzaufsicht eine Flut an neuen Vorschriften erlassen, die Verbraucher in Finanzfragen besser schützen sollen. So wurden beispielsweise die Anforderungen an die Anlage- und Versicherungsberatung überarbeitet und die Aufklärungs- und Dokumentationspflichten für Bankgeschäfte umfassend ausgeweitet.

„Ursprünglich zur Stärkung der Verbraucherrechte gedacht, zeigt sich in der Praxis oftmals, dass die neuen Vorschriften den Bankkunden in Teilen sogar schaden“, so der GVB. So berichteten etliche Volksbanken und Raiffeisenbanken, dass sich immer mehr Kunden über die schiere Flut an Dokumenten beschwerten und deren Sinnhaftigkeit in Frage stellten. Jüngstes Beispiel: die neue europäische Finanzmarktrichtlinie MiFID II.

Tatsache sei, dass die gestiegenen Anforderungen die Wertpapierberatung für etliche Regionalbanken zum Draufzahlgeschäft machen. Dies liegt nach Meinung des GVB an den hohen Fixkosten, die aus den umfangreichen Regulierungsanforderungen resultieren. Berech-

nungen zufolge beliefen sie sich allein für die Genossenschaftsbanken in Deutschland auf rund 100 Millionen Euro pro Jahr.

Die Konsequenz: Insbesondere kleinere Kreditinstitute könnten sich aus der Wertpapierberatung zurückziehen. Die Kunden müssten dann auf den Rat eines qualifizierten und erfahrenen Bankberaters verzichten und ihre Geldanlage in Eigenregie tätigen.

„Notwendig ist deshalb ei-

ne systematische Überprüfung, was die Vorschriften der vergangenen Jahre tatsächlich gebracht haben und wo nachgebessert werden muss. Dafür plädiert auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem jüngsten Jahresgutachten“, betont der GVB. Die nächste Bundesregierung sollte diesem Ratschlag folgen und den finanziellen Verbraucherschutz endlich auf den Prüfstand stellen.

DK

GVB-Präsident Jürgen Gros:

Centeno soll Pläne zur Einlagensicherung auf Eis legen

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken lehnen die Einführung einer länderübergreifenden europäischen Einlagensicherung weiterhin ab. „Die Forderungen nach einer Zentralisierung des Sparererschutzes sind verfehlt. Angesichts des nach wie vor enormen Volumens an notleidenden Krediten in Südeuropa ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt, eine Haftungsgemeinschaft zu gründen“, stellte der Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), Jürgen Gros, im Vorfeld des jüngsten Euro-Gruppen-Treffens fest.

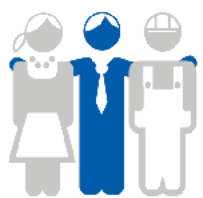
Gros reagierte damit auf die jüngsten Aussagen des neuen Euro-Gruppen-Präsidenten Mário Centeno, der in Brüssel erstmals eine Sitzung des Gremiums leitete. Der Portugiese machte zuletzt deutlich, dass er das von der EU-Kommission verfolgte Ziel unterstützt, die nationalen Einlagensicherungssysteme schrittweise zu vergemeinschaften. Das hätte zur Folge, dass Sparer und Banken in Deutschland für Risiken in anderen Staaten haftbar gemacht werden können.

„Centeno sollte seine Pläne auf Eis legen und sich um den Abbau von Risiken in den Bilanzen südeuropäischer Ban-

ken kümmern“, forderte der GVB-Präsident im Namen der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken.

„Deutschland verfügt über bewährte Einlagensicherungssysteme“, machte Gros deutlich. Bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken basieren sie auf der Institutssicherung, die präventiv wirkt und ein hohes Maß an Einlagenschutz gewährleistet. „Was funktioniert, sollte nicht neu geregelt werden. Die künftige Bundesregierung muss sich im Interesse der Sparer für den Erhalt der etablierten Schutzmechanismen stark machen und das im Koalitionsvertrag festschreiben“, so Gros. □

Was uns auszeichnet:



Als mittelständische Bank verstehen wir das mittelständische Geschäftsmodell. Das macht uns zu einem verlässlichen Partner für den Mittelstand.



Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken fördert soziales und kulturelles Engagement mit jährlich über 130 Mio. Euro durch Spenden, Sponsoring und Stiftungserträge.



Wir bieten über 150.000 Mitarbeitern vielfältige Entwicklungschancen und ermöglichen jährlich rund 4.000 Auszubildenden den Einstieg in die Finanzwelt.



Mit mehr als 11.500 Filialen und über 18.500 Geldautomaten sind wir dort, wo Sie sind: in den Regionen Deutschlands.



Die genossenschaftliche Idee beruht auf Werten wie Fairness, Transparenz und Vertrauen. Allein in Deutschland zählen wir Genossenschaftsbanken über 18 Mio. Mitglieder.



Mit unseren Partnern der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken finden wir jederzeit die passende Finanzlösung.



Die Finanzberatung, die erst zuhört und dann berät: Mit der Genossenschaftlichen Beratung machen wir genau das – ehrlich, verständlich und glaubwürdig.



Jeder fünfte Deutsche ist Mitglied einer Genossenschaftsbank und bestimmt den Kurs seiner Bank demokratisch mit.

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

bayern.vr.de

Volksbanken
Raiffeisenbanken



Rekord bei Schlüsselzuweisungen 2018

Über 3,6 Milliarden Euro für Kommunen – Höchste Steigerung in der Geschichte

„Die Schlüsselzuweisungen steigen 2018 um 9 Prozent auf rund 3,67 Milliarden Euro – ein absoluter Rekord in der Geschichte des kommunalen Finanzausgleichs“, teilte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder anlässlich der Bekanntgabe der Schlüsselzuweisungen an die Kommunen mit. Dies ist eine Steigerung um über 300 Millionen Euro und damit die größte Erhöhung, die es bisher gegeben hat.

Laut Söder sind „starke Kommunen Grundpfeiler der Erfolgsgeschichte Bayerns“. Der Freistaat zeige, dass er als enger und verlässlicher Partner an der Seite seiner Kommunen steht – heute und in Zukunft. 2018 erhalten die kreisfreien Städte insgesamt über 816 Millionen Euro, die kreisangehörigen Gemeinden 1,53 Milliarden Euro und die Landkreise 1,32 Milliarden Euro.

Starke Impulse

Die Schlüsselzuweisungen stellen die größte und wichtigste Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich dar. Über die Verwendung der Gelder können die Gemeinden und Landkreise selbst entscheiden. Die Schlüsselzuweisungen haben die Aufgabe, die Finanzkraft der Kommunen zu stärken und Unterschiede in der Steuerkraft der Kommunen abzumildern. Gemeinden, die über geringere eigene Steuereinnahmen ver-

fügen, erhalten durch höhere Schlüsselzuweisungen eine stärkere finanzielle Unterstützung als finanzstärkere Gemeinden.

„Mit Schlüsselzuweisungen auf Rekordniveau trägt der kommunale Finanzausgleich 2018 kräftiger denn je zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern bei und setzt zudem starke Impulse für kommunale Zukunftsinvestitionen“, stellte der Finanzminister klar.

Schwerpunkte: Krankenhausfinanzierung...

Insgesamt steigt der kommunale Finanzausgleich in 2018 vorbehaltlich der abschließenden Beratungen im Bayerischen Landtag auf den neuen Höchststand von über 9,5 Milliarden Euro.

Ein besonderer Schwerpunkt wird 2018 auf die Krankenhausfinanzierung gelegt. Mit Mitteln in Höhe von rund 643 Millionen

Euro und damit einer Steigerung um rund 28 Prozent kann hier im investiven Bereich viel bewegt werden.

...und Verkehrsinfrastruktur

Ein weiterer Schwerpunkt wird 2018 auf die Verkehrsinfrastruktur gelegt. Hier wird durch eine Erhöhung der Straßenun-

400 Millionen Euro für den Staatshaushalt

SpieltTeilnehmer gewinnen bei LOTTO Bayern 558 Millionen Euro
13 neue Millionäre in Bayern

Rund 558 Millionen Euro Gewinne schüttete im vergangenen Jahr die Staatliche Lotterieverwaltung an ihre SpieltTeilnehmer aus. 13 Millionengewinne gab es 2017 in Bayern durch die von LOTTO Bayern angebotenen Lotterien. „An die Staatskasse flossen rund 400 Millionen Euro an Lotteriesteuer und Gewinnabführung von LOTTO Bayern. „Diese Gelder ermöglichen vielfältige soziale und kulturelle Leistungen für die Bürger“, stellte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder anlässlich der Lotto-Bilanz 2017 fest.

Den höchsten Einzelgewinn im Freistaat erzielte ein SpieltTeilnehmer aus Oberbayern. Für seinen Treffer in Gewinnklasse 1 beim Eurojackpot bekam er knapp 22,57 Millionen Euro auf sein Konto überwiesen.

6aus49

Bei LOTTO 6aus49 haben 2017 insgesamt zwei Spielaufträge, die in bayerischen Annahmestellen abgegeben wurden, die höchste Gewinnklasse (sechs Richtige plus Superzahl) getroffen, 31-mal erzielten bayerische SpieltTeilnehmer „sechs Richtige“. Vier Lottospie-ler aus dem Freistaat gewannen mehr als eine Million Euro. Knapp 19 Millionen Euro fielen auf einen Spielauftrag aus Oberbayern, fast 5,9 Millionen Euro bekam ein SpieltTeilnehmer aus Niederbayern überwiesen. Ebenfalls in Oberbayern wurden zwei Lotto-Spielaufträge abgegeben, deren Besitzer 1,3 Millionen und knapp 1,1 Millionen Euro ausbezahlt bekamen.

Bei Spiel 77 entfiel die höchste Gewinnklasse im Jahr 2017 viermal auf Bayern. Alle diese Treffer waren mehr als eine Milli-

terhaltspauschalen um 23 Millionen Euro (gut +8%) den Kommunen bei der Bewältigung des Straßenunterhalts kräftig unter die Arme gegriffen.

Für den Straßenbau und -unterhalt stehen den Kommunen im kommunalen Finanzausgleich 2018 dann rund 337 Millionen Euro zur Verfügung. Gleichzeitig wird die Investitionspauschale um rund 10 Prozent auf 446 Millionen Euro deutlich erhöht.

Auch die Bezirke können sich 2018 über mehr Geld freuen. Ihre Zuweisungen steigen um 6,6 Prozent auf über 691 Millionen Euro.

on Euro wert. Fast 3,3 Millionen gewann ein SpieltTeilnehmer aus Schwaben. Ein SpieltTeilnehmer aus Oberbayern gewann bei der Zusatzlotterie fast zwei Millionen Euro. Rund 1,7 Millionen Euro fielen auf einen Spielauftrag, der ebenfalls in Oberbayern abgegeben wurde, während der Besitzer eines in Schwaben abgegebenen Spiel 77-Spielauftrags knapp 1,2 Millionen Euro gewann.

Bei der Lotterie GlücksSpirale gab es 2017 in der höchsten Gewinnklasse einen SpieltTeilnehmer aus Oberbayern und einen aus der Oberpfalz, die eine monatliche lebenslange Rente von 7.500 Euro bzw. bei Barabläse einen Einmalbetrag von 2,01 Millionen Euro gewonnen haben. Bei der international koordinierten Lotterie Eurojackpot entfielen neben dem höchsten bayerischen Gewinn des Jahres von 22,57 Millionen rund zehn Millionen Euro auf einen Spielauftrag aus Mittelfranken. Genau eine Million Euro wert war der Tipp eines KENO-Spielers aus Niederbayern.

GlücksSpirale

Bei der Lotterie GlücksSpirale gab es 2017 in der höchsten Gewinnklasse einen SpieltTeilnehmer aus Oberbayern und einen aus der Oberpfalz, die eine monatliche lebenslange Rente von 7.500 Euro bzw. bei Barabläse einen Einmalbetrag von 2,01 Millionen Euro gewonnen haben. Bei der international koordinierten Lotterie Eurojackpot entfielen neben dem höchsten bayerischen Gewinn des Jahres von 22,57 Millionen rund zehn Millionen Euro auf einen Spielauftrag aus Mittelfranken. Genau eine Million Euro wert war der Tipp eines KENO-Spielers aus Niederbayern.

Zahlungsdienste-Richtlinie tritt in Kraft:

Mehr Innovationen und sinkende Preise

„Mehr Wettbewerb, hoher Datenschutz und sinkende Preise im Zahlungsverkehr“, so fasst der Berichterstatter des Europäischen Parlaments, der CSU-Finanzexperte Markus Ferber, die Ziele der Zahlungsdienste-Richtlinie PSD2 zusammen, die kürzlich in Kraft trat.

Waren, Dienstleistungen oder Spenden über die Mobilfunkrechnung bezahlen oder die Kinorechnung online abwickeln: Durch die Digitalisierung verändert sich auch der Markt der Zahlungsdienstleistungen. Neben den klassischen Zahlungen in Bar oder über das Bankkonto drängen neue Anbieter auf den Markt und neue Möglichkeiten, wie Zahlungen getätigt werden können, entstehen.

Um den Verbraucher- und Datenschutz auch bei den neuen Diensten zu sichern, trat Mitte Januar 2018 die EU-Zahlungsrichtlinie PSD in Kraft. „Mit diesem Rechtsakt ändern sich die Rahmenbedingungen im europäischen Zahlungsverkehr umfassend – vor allem zugunsten des Verbrauchers“, erklärte der CSU-Europaabgeordnete und Berichterstatter des Europäischen Parlaments, Markus Ferber.

Datenschutz im Fokus

Das Thema Datenschutz war

Schuldneratlas 2017:

Geringste Überschuldung in Bayern

Zum vierten Mal in Folge leicht angestiegen ist im vergangenen Jahr die Überschuldung von Privatpersonen. Bundesweit sind mehr als 6,9 Millionen Bürger (+ 0,9 Prozent) über 18 Jahren überschuldet, so die aktuelle Analyse des Schuldneratlas (Herausgeber: Creditreform Wirtschaftsforschung.) Die Überschuldungsquote liegt somit bei 10 Prozent.

In den neuen Bundesländern liegt die Überschuldungsquote (10,4 Prozent, - 0,1 Punkte, ohne Berlin) zum sechsten Mal in Folge (wie auch bis 2008) über dem Vergleichswert im Westen (9,97 Prozent; - 0,03 Punkte). Insgesamt sind in diesem Jahr im Westen rund 5,8 Millionen Personen als überschuldet zu betrachten, im Osten Deutschlands sind dies rund 1,1 Millionen Personen.

Insgesamt hat sich 2017 der Anstiegstrend im Vergleich zum Vorjahr sowohl im Osten wie auch im Westen Deutschlands wieder verlangsamt. Die entsprechenden Vergleichswerte zeigen aber, dass sich die Überschuldungsspirale im Westen weiterhin schneller dreht als im Osten. Der (prozentuale) Anstieg der Fälle mit hoher Überschuldungsintensität ist im Westen (+ 1,3 Prozent) weiterhin stärker ausgeprägt als im Osten (+ 0,9 Prozent). Zugleich nimmt auch in diesem Jahr die Zahl der Fälle mit nachhaltigen Zahlungsstörungen im Osten ab, während sie im Westen erstmals seit 2011/2012 wieder zunimmt.

Altersüberschuldung

Das Thema „Altersüberschuldung“ bleibt virulent und zeigt einen weiter ansteigenden Trend. 2017 mussten rund 194.000 Menschen in Deutschland ab 70 Jahren als überschuldet eingestuft werden (+ 12 Prozent). Die entsprechende Überschuldungsquote (1,50 Prozent) liegt weiterhin deutlich unter den Vergleichswerten der anderen Altersgruppen. Der Anstiegstrend ist im Mehrjahresvergleich 2013/2017 mit plus 76 Prozent allerdings überdurchschnittlich. Im Gegensatz dazu ist die Überschuldungszahl und -quote in der jüngsten Altersgruppe 2017 nochmals zurückgegangen. Die Überschuldungsquote beträgt hier 14,1 Prozent.

Milieuzugehörigkeit

Zudem zeigt eine Sonderauswertung nach Milieuzugehörigkeit, dass auch in diesem Jahr fast alle neuen Überschuldungsfälle aus der „Mitte der Gesellschaft“ stammen (4,4 Millionen; + 69.000 Fälle). Die Zahl der Überschuldungsfälle aus den „gehobeneren Schichten“ (1,8 Millionen; - 3.000 Fälle) hat 2017 ebenso wie in den „unteren Schichten“ (Prekä-

re: 0,8 Millionen; – 1.000 Fälle) leicht abgenommen.

Erneut war in Bayern die Überschuldung mit 7,5 Prozent in Bayern am geringsten, aber sie steigt. Fast 790.000 Menschen waren 2017 im Freistaat überschuldet – knapp acht Prozent mehr als vier Jahre zuvor.

Niedrigste Verschuldung im Landkreis Eichstätt

Die niedrigste Verschuldung bundesweit haben laut Schuldneratlas die Menschen im Landkreis Eichstätt. Dort sind lediglich 3,8 Prozent der Privatpersonen verschuldet. Auf den weiteren Plätzen folgen die Landkreise Erlangen-Höchstadt (4,6 Prozent), Schweinfurt (4,9 Prozent), Straubing-Bogen, Würzburg, Neuburg-Schrobenhausen, Neumarkt i.d. OPf., Main-Spessart, Aichach-Friedberg und der Landkreis Landshut. Auf den ersten 17 Plätzen befinden sich ausschließlich Landkreise und kreisfreie Städte aus dem Freistaat.

„Es ist eine gute Nachricht, dass die Schuldnerquote im Landkreis Schweinfurt entgegen der bundesweiten Entwicklung diesmal nicht angestiegen, sondern zumindest gleich geblieben ist. Das Ranking zeigt erneut, dass wir im deutschlandweiten Vergleich hier einen sehr soliden Arbeitsmarkt haben und dass das Leben und die Lebensqualität bei uns bezahlbar sind“, betonte Landrat Florian Töpfer in einer ersten Stellungnahme.

Seiner Ansicht nach trägt auch die Schuldnerberatung einen wichtigen Teil zu dem guten Ergebnis des aktuellen Rankings bei. Der Landkreis Schweinfurt unterstützte die vom Kolping-Bildungszentrum Schweinfurt GmbH betriebene Schuldnerberatungsstelle in Schweinfurt im Jahr 2017 wieder mit rund 81.000 Euro.

Überschuldete Stadtbewohner

Die meisten überschuldeten Menschen in Bayern lebten vergangenes Jahr in den Städten Hof, Nürnberg, Fürth, Weiden in der Oberpfalz, Straubing, Augsburg, Straubing, Aschaffenburg und Kaufbeuren. Bundesweit war die Stadt mit der höchsten Überschuldungsquote erneut Bremerhaven. Auch im Ruhrgebiet waren viele Menschen überschuldet. DK

Neue Lernlandschaft macht müde Köpfe munter

Lernen soll Spaß machen, dann klappt's auch mit... so oder so ähnlich waren die Gedanken bei der Stadtparkasse Augsburg als es darum ging, wie Lernverhalten und Zusammenarbeit verbessert werden können.

Ausgehend von Forschungsergebnissen der Ludwig-Maximilian-Universität München, die einen Zusammenhang zwischen Raumgestaltung und Lernerfolg herstellen, entstand die Idee, im hauseigenen Bildungszentrum in der Halderstraße eine innovative Lernlandschaft zu schaffen. Mitarbeiter und Auszubildende sollen in einer ansprechend gestalteten Umgebung erfolgreich und effektiv Lernen und Arbeiten.

Ein „Kreativ-Team“ aus Auszubildenden, Mitarbeitern der

Personalabteilung-Ausbildung, Deko- und anderen Abteilungen befasste sich mit dieser Aufgabenstellung und machte sich dann gemeinsam an die Gestaltung.

Inspiration für alle Beteiligten

Das Ergebnis ist eine neu gestaltete Lernlandschaft, die bei Mitarbeitern, Azubis und auch externen Referenten sehr gut ankommt und inspirierend auf alle, Teilnehmer und Dozenten, wirkt. DK

Helmut Schleweis ist neuer DSGVO-Präsident

Helmut Schleweis ist neuer Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV). Die Mitgliederversammlung des DSGV hat den 63-Jährigen einstimmig für eine sechsjährige Amtszeit gewählt. Schleweis folgt auf Thomas Mang, der das Amt Ende November 2017 interimistisch von Georg Fahrenschon übernommen hatte.

Schleweis führt seit Januar 2018 den Spitzenverband der Sparkassen-Finanzgruppe, des größten und führenden Finanzverbundes in Deutschland. Zu ihm gehören 390 Sparkassen, sieben Landesbank-Konzerne, acht Landesbausparkassen, elf Erstversicherergruppen sowie zahlreiche weitere Finanzdienstleistungs- und andere Verbundunternehmen mit über 320.000 Mitarbeitern. „Ich übernehme die mit diesem Amt verbundene Verantwortung gerne, mit voller Überzeugung und Entschlossenheit“ sagte Schleweis.

DLT begrüßt einstimmige Wahl

Der Deutsche Landkreistag hat die einstimmige Wahl von Helmut Schleweis zum neuen Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) begrüßt. Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, der zugleich dienstältestes DSGVO-Gremienmitglied ist, gehörte zu den

ersten Gratulanten. Er kommentierte die Wahl wie folgt: „Wir freuen uns, dass der neu gewählte Präsident ein eindrucksvolles Bekenntnis zur kommunalen Trägerschaft der Sparkassen und zur Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden abgegeben hat. Dabei hat er betont, dass die besonderen Herausforderungen für die Sparkassenorganisation durch die Digitalisierung sowie die Konzentration der Zusammenarbeit im Verbund erfolgen kann, ohne gegen die bewährten Strukturprinzipien der kommunalen Trägerschaft, des Regionalprinzips, der Erfüllung des öffentlichen Auftrags und der demokratischen Legitimation über die kommunalen Träger zu verstoßen. Wir nehmen Herrn Schleweis gern beim Wort und wünschen eine erfolgreiche Amtszeit mit Durchsetzungskraft und politischem Gestaltungswillen, Seite an Seite mit den kommunalen Spitzenverbänden.“

Henneke wies in diesem Zu-

sammenhang darauf hin, dass die Sparkassen aus kommunaler Sicht ein großes Pfund und ein Standortfaktor seien: „Sie sind in der Lage, lokale und überört-

Sparkasse Niederbayern-Mitte:

Sparkassenstiftung fördert kulturelles Erbe

Mit Spenden der Sparkassenstiftung der Sparkasse Niederbayern-Mitte in Höhe von insgesamt 10.000 Euro wurden im vergangenen Jahr ausschließlich Projekte in Straubing bedacht. Vorstandsvorsitzender Walter Strohmaier übergab jeweils die symbolischen Schecks.

Über 1.000 Euro aus der Sparkassenstiftung der Sparkasse Niederbayern-Mitte freute sich der Paul-Theater e.V. Bei der symbolischen Scheckübergabe stellte Strohmaier in seiner Begrüßung heraus, dass die gemeinwohlorientierte Sparkasse mit diesem Beitrag die hervorragende Arbeit des Vereins fördere. „Das Paul-Theater prägt die kulturelle Vielfalt in Straubing“, so der Sparkassendirektor.

OB Pannermayr hob die Bedeutung des kulturellen Engagements des Vereins hervor. Das Paul-Theater, das mittlerweile über eine breit gefächerte Programmvietelfalt verfügt, sei ein Aushängeschild für die Lebensfreude und Offenheit der Stadt Straubing, so der Rathauschef. Er bedankte sich für die herausragende ehrenamtliche Arbeit bei den Vereinsmitgliedern. „Sie haben innerhalb eines Jahres eine verlässliche Infrastruktur geschaffen“, hob der Rathauschef hervor.

„Café Malta“

Mit 3.000 Euro unterstützt die Sparkassenstiftung die Begegnungsstätte „Café Malta“. Damit vergrößert der Malteser Hilfsdienst seine Unterstützung bei der Pflege von Menschen mit Demenz. Dazu wurde 2013 das ehemalige Pfarrhaus der evangelischen Kirche erworben und zu einer Begegnungsstätte umgebaut.

„Menschen, die an Demenz erkrankt sind zu pflegen, ist für viele Menschen eine große Herausforderung. Den pflegenden Angehörigen bleibt dabei oft nur wenig Zeit für sich selbst“, erklärte Dr. Frank Becker, Diözesangeschäftsführer in Regensburg. Die Idee hinter der Begegnungsstätte sei deshalb, beide Seiten zu unterstützen. Das Café Malta ermöglicht Menschen mit Demenz einen Nachmittag mit geselligem Austausch und sozialen Kontakten. Dabei werden sie von geschulten Demenzbegleitern betreut. Für die pflegenden Angehörigen bedeute das gleichzeitig, wieder Zeit für sich zu haben. Sie können in Ruhe ein Buch lesen, einkaufen gehen und Energie tanken.

„Wir möchten den Senioren eine schöne Zeit schenken. Sie können bei einer Tasse Kaffee in alten Zeiten schwelgen oder an gemeinsamen Aktivitäten wie Singen oder Gedächtnistraining teilnehmen“, unterstrich Karin Fischer, Leiterin des Café Malta. Alle Angebote orientierten sich dabei an der Tagesform der Besucher.

„Es ist sehr wichtig, Menschen in dieser schwierigen Lebenssituation zu unterstützen“, betonte Vorstandsvorsitzender Strohmaier. Er freute sich deshalb, dieses Projekt durch die Sparkassenstiftung finanziell fördern zu können. „Sie erfüllen einen wichtigen Beitrag für die gesellschaftliche Entwicklung in unserer Region“, so der Vorstandsvorsitzende. Auch Oberbürgermeister Pannermayr freute sich über die Begegnungsstätte des Malteser Hilfsdienstes. „Sie ist eine großartige Bereicherung für das soziale Angebot un-

liche Gegebenheiten sowie die Marktsituation zu beurteilen. Die kreditwirtschaftliche Versorgung der Wirtschaft ist dabei ein Entwicklungsauftrag, der durch die Bindung des Kapitals im Trägergebiet auf Grundlage der Markt- und Wettbewerbsanforderungen die eigendynamischen Gestaltungskräfte vor Ort stärken. □

Walter Strohmaier:

Neuer Bundesobmann der Sparkassen

Mit sofortiger Wirkung wurde Walter Strohmaier (52), Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Niederbayern-Mitte und Landesobmann der bayerischen Sparkassen, zum neuen Bundesobmann der deutschen Sparkassen bestimmt. Der Beschluss wurde einstimmig im Kreis der Landesobleute der Regionalverbände der Sparkassen gefasst.

Der bayerische Landesobmann übernimmt somit künftig eine noch größere Rolle für die deutsche Sparkassenorganisation. Er folgt in dieser Position auf Helmut Schleweis, der seit Jahresbeginn Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes ist.

Walter Strohmaier ist bereits seit 2017 stellvertretender Bundesobmann, seit 2013 bayerischer Landesobmann und seit 2009 Bezirksobmann der niederbayerischen Sparkassen. Die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern vertritt er außerdem als Mitglied im Verbandsverwaltungsrat und weiteren Gremien, wie z. B. als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der BayernLB und als Mitglied im Verwaltungsrat der Versicherungskammer Bayern.

Als Bundesobmann vertritt Strohmaier die Interessen aller Sparkassen in den Gremien des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Er wirkt bei den geschäftspolitischen sowie strategischen Entscheidungen der Sparkassen-Finanzgruppe in einflussreichen Positionen mit.

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, gratulierte Walter Strohmaier zur Wahl: „In einer Zeit der Veränderung braucht die Sparkassen-Finanzgruppe gestandene und gleichzeitig innovative Führungsleute, um die Weichen richtig zu stellen und die Sparkassen erfolgreich zu begleiten. Mit Walter Strohmaier wissen wir einen mutigen und vorausschauenden Sparkassenmanager in der vordersten Reihe der Entscheidungsträger.“ □

Euro-Gruppe diskutiert EDIS

Netzer warnt vor Zentralisierung der Einlagensicherung

„Wenn die Euro-Gruppe erstmals unter ihrem neuen Chef Mário Centeno über den Sparererschutz in Europa debattiert, sollte nicht die Zentralisierung per se im Mittelpunkt stehen, sondern die Koppelung von Haftung und Risiko“, stellte Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, in München fest.

„Die Europäische Kommission forciert aber derzeit die Vergemeinschaftung der Sicherungssysteme und damit die Vergemeinschaftung der internationalen Risiken auf Kosten nationaler Sparer, v.a. der deutschen Sparer. Das kann nicht gut gehen. Ein starkes Europa baut auf der Übernahme von Verantwortung bei allen Mitgliedern.“

Der Portugiese Centeno hatte die schrittweise Vergemeinschaftung der nationalen Einlagensicherungssysteme, wie sie die EU-Kommission verfolgt, zuletzt begrüßt. Netzer dringt jedoch erneut darauf, dass nicht die Verteilung der Risiken auf mehrere Schultern, sondern vielmehr der Abbau der Risiken im Vordergrund stehen müsse. Es müsse weiterhin breite Überzeugungsarbeit bei allen Entscheidungsgremien in Europa und in der Öffentlichkeit geleistet werden. „Vom Sparer über die Wirtschaft bis zu den Kreditinstituten darf der Argumentationsstrom nicht abreißen, damit wir Brüssel doch noch zum Umdenken bewegen“, so Netzer.

Auch in den Verhandlungen um eine Große Koalition in Deutschland dürfe diese Haltung nicht aufgegeben werden. Netzer dazu: „Der Koalitionsvertrag muss festschreiben, dass die neue Bundesregierung im Interesse der Sparer für die bewährten Schutzmechanismen eintritt. Denn Sparkassen und Genossenschaftsbanken arbeiten innerhalb ihrer eigenen Sicherungssysteme wirtschaftlich stark, organisatorisch klar und vorausschauend. Das ist auch das Modell für die Zukunft.“ □

Konzern Versicherungskammer:

Beitritt zur Charta der Vielfalt

Der Konzern Versicherungskammer sieht in der aktiven Förderung von Diversity einen bedeutenden Beitrag, um die Zukunft seines Unternehmens erfolgreich nachhaltig zu sichern. Bereits seit 2012 setzt der Konzern auf freiwilliges Engagement seiner Mitarbeiter in speziellen Diversity-Arbeitsgruppen und fördert so das Miteinander von Kulturen über alle Standorte hinweg. Nun unterstreicht das Unternehmen sein Engagement mit dem Beitritt zur Charta der Vielfalt.

Diversity definiert der Konzern Versicherungskammer bewusst vieldimensional: „Wir legen besonderes Augenmerk auf Demografie, Umgang mit technischer Entwicklung, Wert-

vorstellungen und Offenheit für Neues“, erläutert Barbara Schick, im Konzernvorstand für Diversity verantwortlich. „Diversity ist ein Wert unseres Konzerns.“

Als roter Faden durch alle Projekte ziehen sich die konzernweite Zusammenarbeit und der Dialog. Schick: „Wir wollen Diversity stärker ins Bewusstsein aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf allen Hierarchieebenen, rücken und die Vielfalt von Perspektiven, Kompetenzen und Meinungen fördern.“

Alle Projekte drehen sich im Kern um gegenseitigen Respekt und den bewussteren Umgang mit den vielfältigen Talenten im Unternehmen. □



Wir machen uns stark für die Kommunen.

Intelligente Lösungen für Kommunkunden

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir Kommunkunden in Bayern ein lückenloses Leistungsspektrum – von der Finanzierung bis zur Energieberatung. Die BayernLabo ergänzt diese Leistungen durch zinsgünstige Kommunkredite und spezielle kommunale Förderprogramme. ► www.bayernlb.de/oeffentliche_hand

Konzern Versicherungskammer:

Erstmals über 8 Milliarden Euro Umsatz erzielt

Beitragswachstum über Markt / Klares Bekenntnis zur Lebensversicherung

Der Konzern Versicherungskammer blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2017 zurück. Nach den vorläufigen Geschäftszahlen liegt das Beitragsvolumen im gesamten Versicherungsgeschäft sowie im selbstabgeschlossenen Geschäft erstmals über 8 Mrd. Euro; das entspricht einer Umsatzsteigerung von 3,9 Prozent bzw. 3,8 Prozent (s.a.G) gegenüber dem Vorjahr.

„Mit unserem Beitragswachstum übertreffen wir den Branchendurchschnitt und haben Marktchancen stärker als erwartet für uns nutzen können. Das zeigt, dass wir unseren Kunden die richtigen Produkte und intelligente Versicherungslösungen anbieten“, sagt Dr. Frank Walther, Vorsitzender des Vorstands des Konzerns Versicherungskammer. „Dank stringenter Kundenorientierung und er-

folgreichem Multikanalvertrieb konnten wir die führende Position in unseren Geschäftsgebieten ausbauen.“

Der Kapitalanlagenbestand des Konzerns Versicherungskammer steigt auf rund 50,50 (48,54) Mrd. Euro.

Schaden- und Unfallversicherung

In der Schaden- und Unfallver-

sicherung steigen die Beiträge der Versicherungskammer um 5,2 Prozent auf über 2,5 Mrd. Euro. Die Kompositversicherer des Konzerns wachen im Privatkunden- und im Firmenkundengeschäft. Insbesondere in der Wohngebäudeversicherung wurde ein deutlicher Zuwachs im privaten Bereich erzielt; die Sach- und Haftpflichtversicherungen entwickelten sich im gewerblichen Bereich besonders erfreulich.

Ihre Leistungsfähigkeit hat die Versicherungskammer bei der Bearbeitung und Auszahlung von über 500.000 Schäden unter Beweis gestellt. Die Bruttoschadenquote liegt bei etwa 71

Prozent; die kombinierte Schaden-Kosten-Quote brutto bei voraussichtlich 95 Prozent. „Damit liegen wir zwar leicht über Vorjahr, sind aber angesichts der gestiegenen Frequenz von Unwetterschäden sehr zufrieden“, so Walther weiter.

Krankenversicherung

Die Krankenversicherer der Sparkassen-Finanzgruppe, die Bayerische Beamtenkrankenkasse und die Union Krankenversicherung, steigern die Beiträge um 5,4 Prozent auf über 2,4 Mrd. Euro. Besonders gut hat sich das Geschäft in der Zusatzvorsorge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung im privaten und betrieblichen Bereich entwickelt.

Mit über drei Millionen Versicherten bilden die beiden Krankenversicherer die drittgrößte private Krankenversicherungsgruppe in Deutschland. Bei der Pflege- und Krankenzusatzversicherung belegen sie eine führende Position im Markt. Forderungen nach einer Bürgerversicherung entgegnet Walther: „Wir verdanken es der Dualität von PKV und GKV, dass unser Gesundheitssystem eines der besten weltweit ist. Gerade ihr Wettbewerb garantiert das hohe Versorgungsniveau – auch und gerade für gesetzlich Versicherte.“

Lebensversicherung

Die Lebensversicherer der Versicherungskammer steigern ihre Beitragseinnahmen mit rund 3 Mrd. Euro gegen den Markttrend und bauen dabei ihre Marktposition aus: „Vor dem Hintergrund der Niedrigzinsphase haben wir früh auf kapitalmarktorientierte, moderne Produkte gesetzt, die dem Kunden dort Garantien bieten, wo er sie braucht, nämlich im Alter“, so Walther.

Die Versicherungskammer habe die Voraussetzungen geschaffen, um auch in Zukunft im Lebensversicherungsgeschäft erfolgreich zu sein: „Einen Verkauf der Bestände schließe ich definitiv aus. Wir stehen zu unseren lebenslangen Zusagen“, sagt der Vorsitzende des Vorstands. Für die Versicherungskammer sei die Lebensversicherung Kerngeschäft, private wie betriebliche Altersvorsorge in Ergänzung zur gesetzlichen wichtiger denn je. „Das Betriebsrentenstärkungsgesetz begreifen wir als Chance. Es hat für unsere Kunden eine große Relevanz.“

Stabile Gesamtverzinsung

Die Bayern-Versicherung, größter Lebensversicherer des Konzerns Versicherungskammer, hält ihre Gesamtverzinsung 2018 stabil. Für Neuverträge gegen laufenden Beitrag nach dem Tarif Private-Rente Garant beträgt sie unverändert 2,95 Prozent. Sie setzt sich aus der laufenden Verzinsung in Höhe von 2,35 Prozent sowie den nicht garantierten Schlussüberschüssen inklusive Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von 0,6 Prozent zusammen.

Digitalisierung

Für die Umsetzung ihrer Digitalisierungsstrategie, insbesondere im Bereich Big Data, erhielt die Versicherungskammer im vergangenen Jahr mehrere nationale und internationale Auszeichnungen. Walther: „Mit der Digitalisierung entwickeln wir unsere gesamte Wertschöpfungskette weiter. Wir gehen bewusst neue Wege und setzen auf kundenorientierte Ökosysteme.“ Zudem geben Kooperationen mit Startups und die Gründung des InsurTech Hub Munich neue Impulse.

PSD II - Datenschnittstellen unter Finanzdienstleistern:

Mehr Freiheit heißt auch mehr Verantwortung

„Zwei Seiten der Medaille“ sieht Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, beim Blick auf das Inkrafttreten der europäischen Zahlungsdiensterichtlinie PSD II (Payment Services Directive II) zum 13. Januar 2018. „Mit der Öffnung einer Schnittstelle zu Drittanbietern werden die Bankkunden künftig mehr Datensouveränität erhalten – sie können selbst entscheiden, welchen Drittanbietern sie Zugriffsrechte auf ihr Konto erteilen. Im Umkehrschluss müssen sie aber auch sehr genau abschätzen, welchen Dritten sie wofür eine Zugriffsberechtigung auf ihre Daten geben. Die Kunden haben es allein in der Hand festzulegen, wer ihre Daten nutzen kann und tragen damit mehr Verantwortung für sich selbst.“

Mit den Regelungen der PSD II sollen Innovationen und Wettbewerb unter den Finanzdienstleistern gefördert und zugleich der Verbraucherschutz gestärkt werden. Perspektivisch wird damit eine Vielzahl von neuen Dienstleistungsangeboten auf die Bankkunden zukommen. Nach den Vorgaben der PSD II erhalten sie u.a. die Möglichkeit, Zahlungsauslöse- und Kontoinformationsdienste (Drittdienstleister) für einen Zugriff auf ihr Zahlungskonto zu ermächtigen. Damit werden die Zugriffsmöglichkeiten für Drittunternehmen auf Kundendaten erweitert, aber auch klar geregelt.

Ein Zugriff ist nur mit dem Einverständnis des Kunden möglich. Die entsprechenden Dienstleister, d.h. auch FinTechs, müssen sich bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) registrieren.

Kreditinstitute müssen dafür ihre Schnittstelleninfrastruktur für elektronische Kontozugriffe durch Drittdienstleister bis zum

dritten Quartal 2019 anpassen. Zugriffe sollen grundsätzlich über eine neu zu schaffende Schnittstelle erfolgen. Dies ist im Sinne des Kunden und stärkt sowohl die Sicherheit des Onlinebanking als auch die Transparenz über die Weitergabe von Daten.

Mehrwerte bieten

Der Markt für Finanzdienstleistungen wird mit der Umsetzung der PSD II neue Entwicklungen nehmen. „Auch die bayerischen Sparkassen werden ihr Angebot mit Blick auf die PSD II noch individueller auf ihre Kunden ausrichten, z. B. über unsere bald multibankenfähige Internetfiliale. Wir prüfen die neuen Möglichkeiten, um sie rasch in unserer sowohl bereits langjährig erprobten als auch technisch hochmodernes Onlinebanking und in die Beratung zu integrieren“, so Netzer. „Letztlich geht es uns immer darum, unseren Kunden klare Mehrwerte bei bewährten Sicherheitsstandards zu bieten.“

Elektronische Patientenverfügung einfach für alle

Der Konzern Versicherungskammer startet eine Kooperation mit „Meine Patientenverfügung“. Kunden erstellen so einfach und kostengünstig ihre persönliche Patientenverfügung, die auch elektronisch hinterlegt ist. Dies hat für sie und ihre Angehörigen zahlreiche Vorteile.

Der Konzern Versicherungskammer baut seine Expertise als führender Pflegeversicherer mit einem neuen Angebot weiter aus: Künftig können Kunden und Interessenten zu vergünstigten Konditionen und mit wenig Aufwand ihre Patientenverfügung anfertigen und elektronisch hinterlegen. Möglich macht dies die jüngste Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Vorsorge mbH: Im Rahmen eines Online-Interviews werden alle relevanten Aspekte hinterfragt und wichtige Hinweise und Infos gegeben. In wenigen Schritten entstehen so eine Patientenverfügung, eine Vorsorgevollmacht sowie eine Betreuungsvollmacht. Eine Notfallkarte in Scheckkartengröße ermöglicht im Fall der Fälle jederzeit den Online-Zugriff. Vom Kunden benannte Vertrauenspersonen erhalten einen eigenen Zugang, damit sie die Wünsche kennen und für deren Durchsetzung sorgen können, falls eine selbstbestimmte Entscheidung nicht möglich ist.

Einfach, sicher, eindeutig

Die Dokumente lassen sich in einer Voransicht prüfen. Zum Besprechen mit vertrauten Personen oder dem Hausarzt ist ein Ausdruck möglich. Korrekturen und Anpassungen können danach jederzeit vorgenommen werden. Nach der Freigabe werden die Dokumente im Original inklusive aller Mehrfachausfertigungen unterschrittsreif per Post zugesandt. Ein unterschriebenes Exemplar wird zurückgeschickt und archiviert. Die persönliche Notfallkarte samt Notfallzugriff stellt sicher, dass bei schwerer Erkrankung, unfallbedingten Verletzungen oder Hirnschäden die Behandlung der

eigenen Wahl so umgesetzt wird wie in der Patientenverfügung festgelegt. Eine Erinnerung alle zwei Jahre stößt automatisch eine Prüfung und Bestätigung der Aktualität der Patientenverfügung an.

„Bis zuletzt über das Leben entscheiden können“

„Wir wollen, dass unsere Kunden nicht nur die beste Pflege erhalten, sondern auch bis zuletzt selbst über ihr Leben entscheiden können“, erläutert Vorstandsmitglied Manuela Kiechle. „Da unsere Kunden in der Pflegeversicherung uns häufig um Rat bei der Abfassung einer Patientenverfügung gebeten haben, sind wir diesem Wunsch nun gefolgt und haben eine entsprechende Kooperation auf den Weg gebracht.“

Um das Thema möglichst breit zu verankern, unterstützt der Konzern Versicherungskammer alle Kunden und Interessenten durch einen 10-Euro-Rabatt für den Abschluss einer Patientenverfügung bei der Deutschen Gesellschaft für Vorsorge mbH. Der entsprechende Gutschein ist in allen Agenturen, Sparkassen und teilnehmenden Genossenschaftsbanken in Bayern und der Pfalz erhältlich. Mit dem Gutschein gilt dann ein Vorzugspreis von 29,50 Euro (statt 39,50 Euro) und auch die Archivierung samt Notfall- und Erinnerungsservice ist mit 15 Euro statt 17,50 Euro pro Jahr vergünstigt. Außerdem werden rund 40 dezentrale Pflegetreffs mit Experten wie der Bestseller-Autorin Martina Rosenberg stattfinden, bei dem sich Kunden und Interessenten zu den Themen Pflege und Patientenverfügung informieren können.



Ein Kühlfahrzeug für die Tafel: Unser Bild zeigt die Repräsentanten der Tafel Landesverband Bayern gemeinsam mit zahlreichen Vertretern der bayerischen Sparkassen.

Bayerische Sparkassen unterstützen den neuen Verband Tafel Bayern e.V.:

Kühlfahrzeug zur Unterstützung der Tafeln vor Ort

Mit fast 120.000 Euro, zum größten Teil aus dem Reinertrag der bayerischen Gewinnspartlotterie „Sparkassen-PS-Sparen und Gewinnen“, unterstützen die bayerischen Sparkassen den Tafel Bayern e.V. beim Aufbau von fünf Logistikstandorten und seiner Fahrzeugflotte. Im ersten Schritt überreichte der Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Dr. Ulrich Netzer, gemeinsam mit Vertretern der bayerischen Sparkassenbezirke, eine Fahrzeugspende (Kühlfahrzeug mit Anhänger) im Gesamtwert von fast 45.000 Euro an den Vorstandsvorsitzenden des Bayerischen Landesverbands, Reiner Haupka. „Die neue Logistikstruktur steigert die Effizienz der Arbeit vor Ort und kommt Hilfe suchenden Menschen, freiwilligen Helfern und der Umwelt zugute“, so Netzer anerkennend im Gespräch mit Haupka.

Weitere Schritte der gemeinsamen Unterstützung durch die bayerische Sparkassen-Finanzgruppe folgen in den kommenden Monaten mit dem Aufbau der Logistikzentren in ganz Bayern. Sie werden aus den sieben

bayerischen Sparkassenbezirksverbänden gefördert. Als erstes Logistikzentrum wird demnächst der Standort Feucht in Betrieb gehen.

Der 2016 gegründete Dachverband der bayerischen Tafeln

unterstützt 170 Einrichtungen bei ihrer Arbeit vor Ort. Etwa 7.000 Ehrenamtliche sammeln dort jährlich rund 34 Tonnen überschüssige Lebensmittel und verteilen sie an eine steigende Zahl sozial und wirtschaftlich Benachteiligter, darunter auch viele Kinder und Jugendliche. Mit zusätzlichen Kühl-, Gefrier-, Lager- und Transportkapazitäten kann der Landesverband noch mehr Lebensmittelspenden annehmen. Er kann so lokale Angebotschwankungen ausgleichen, die Ehrenamtlichen entlasten und die Abfallmenge im Bereich Nahrungsmittel durch Schutz vor Verderb und rechtzeitige Nutzung erheblich reduzieren.

Unkomplizierte Soforthilfe

„Wir wissen, dass etwa 200.000 Menschen in Bayern derzeit mehr oder weniger regelmäßig auf die Leistungen einer Tafel angewiesen sind“, so Präsident Netzer anlässlich der Spendenübergabe. „Die unkomplizierte Soforthilfe für benachteiligte Menschen, der vernünftige Umgang mit überzähligen Ressourcen und das große ehrenamtliche Engagement in den Einrichtungen sind drei gute Gründe für unsere Förderung.“

2016 stellten die bayerischen Sparkassen und ihre Stiftungen insgesamt fast 46 Millionen Euro für gemeinnützige Vorhaben zur Verfügung, davon stammten mehr als 7 Millionen Euro aus den Reinerträgen des PS-Losverkaufs. Förderschwerpunkte bildeten Projekte in Kultur und Sport sowie soziale Maßnahmen wie Bildung und die Unterstützung von Menschen, die besondere Herausforderungen zu meistern haben.

Konzern Versicherungskammer stärkt Pflege

Der Konzern Versicherungskammer erweitert als führender Pflegeversicherer in Deutschland seine Produktpalette erneut: Ab Januar geht die PflegeRente VermögensSchutz als Pflegerentenversicherung gegen Einmalbeitrag an den Start. Neben einem entsprechenden Schwerpunkt in der Beratung soll dazu auch eine neue Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Vorsorge mbH beitragen, die ganz unkompliziert die Erstellung einer Patientenverfügung erlaubt.

Ab sofort bietet der Konzern Versicherungskammer eine Pflegerente gegen Einmalbeitrag an. Diese ergänzt das bestehende Angebot bestehender Pflegezusatzversicherungen und Produkten der Förderpflege: „Unsere neue Pflegerente spricht Kunden an, die sowohl Vermögensschutz als auch Pflegevorsorge in einem Produkt wünschen“, sagt Dr. Jutta Krienke, Leiterin Produkte Leben. Die PflegeRente kann der Kunde frei verwenden, zum Beispiel für die Finanzierung einer professionellen Haushaltshilfe oder eines Pflegeheims. Bei bestimmten Ereignissen – wie etwa der Pflege-

bedürftigkeit des Ehepartners – hat der Kunde die Möglichkeit, den Versicherungsschutz ohne erneute Gesundheitsprüfung an seine neue Lebenssituation anzupassen. Auch Teilkapitalentnahmen für eventuelle Umbaumaßnahmen am eigenen Haus sind dann möglich. „Sollte der Kunde die Pflegeleistung nicht in Anspruch nehmen, geht das Vermögen nicht verloren und bleibt im Todesfall für die Hinterbliebenen erhalten“, erläutert Krienke.

Weitere Info: www.vkb.de/pflegerente bzw. www.vkb.de/patientenverfuegung

IFAT 2018:

Wasserwirtschaft im Digitalisierungstrend

Effizientere Kommunikation zwischen Anlagenteilen

Die Bereitstellung von bezahlbarem Trinkwasser bester Qualität zählt zu den wichtigsten Aufgaben der Wasserwirtschaft. Eine Voraussetzung dafür sind kontinuierliche Neuerungen, die den hohen Standard der Branche dauerhaft sichern. Die aktuellen Entwicklungen aus dem Bereich Trinkwassererzeugung und -verteilung werden auf der kommenden IFAT gezeigt. Die Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft findet von 14. bis 18. Mai 2018 auf dem Messegelände in München statt.

Nach den Beobachtungen von Silvia Fritscher, Projektleiterin der IFAT bei der Messe München, lassen sich bereits seit einigen Jahren immer mehr der auf der IFAT präsentierten Innovationen mit den Schlagwörtern Digitalisierung, Automatisierung und Wasser 4.0 in Verbindung bringen. Ein Trend, der sich 2018 verstärken wird.

Analytik-Sensoren als Teile des Netzwerks

„Den größten Fortschritt in der Digitalisierung der Trinkwasserwirtschaft verzeichnen wir derzeit in den Bereichen Pumpensteuerung, Messtechnik und Trinkwasseranalytik“, sagt Julia Braune. Die Geschäftsführerin des Unternehmens- und Forschungsnetzwerks German Water Partnership (GWP) fährt fort: „Während die Vernetzung zur Steuerung von Pumpen bereits weit fortgeschritten ist, bietet die umfängliche Vernetzung von Anlagenteilen mittels Sensoren, beispielsweise zur Analytik, ein weiterhin großes Potenzial. Die immer bessere Kommunikati-

on zwischen wasserwirtschaftlichen Anlagen, wie zum Beispiel Brunnen, Wasserwerk und Trinkwassernetz, kann sowohl die Versorgungssicherheit wie auch die Energie- und Ressourceneffizienz optimieren.“

Chancen durch den „digitalen Zwilling“

Ein noch umfangreicheres Spielfeld für die Digitalisierung ist der Aufbau eines „digitalen Zwillings“. Darunter versteht man ein Datenmodell, das eine Maschine, eine Anlage oder sogar eine komplexe Infrastruktur mit all ihren Informationen und Abhängigkeiten abbildet. „Mit einem digitalen Zwilling können in realitätsnahen Simulationen vollkommen gefahrlos diverse Fahrweisen erprobt und optimiert werden“, schildert Christian Ziemer, Siemens AG und Leiter des GWP-Arbeitskreises Wasser 4.0, ein mögliches Einsatzfeld im Trink- und Abwasserbereich.

Die Bedeutung des digitalen Wandels ist in der kommunalen Wasserwirtschaft angekom-



Wassergewinnung und -aufbereitung zählt zu den Kernthemen der IFAT.

men – das geht aus einer Umfrage des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) unter seinen Mitgliedern hervor: Mehr als zwei Drittel der Unternehmen misst der Digitalisierung eine hohe bis sehr hohe Relevanz bei. Dabei plant oder implementiert bereits jedes zweite Unternehmen eine Digitalisierungsstrategie.

Kundenbedürfnisse noch besser erkennen

„Die Digitalisierung unterstreicht den Kunden- und Bürgernutzen als zentrale Motivation von Veränderungen“, betont Michael Beckereit. Der VKU-Vizepräsident fährt fort: „Durch die Auswertungen großer Datenmengen lassen sich die Kundenbedürfnisse noch besser erkennen und Prozesse besser verstehen. Dies wiederum bildet eine gute Basis, um in der Trinkwasserwirtschaft neue, noch passgenauere Produkte

und Strategien zu entwickeln.“

Reifegradmodell Wasserversorgung 4.0 in Arbeit

Um den Wasserversorgungsunternehmen in Zukunft eine Hilfestellung im weiten Feld der Digitalisierung geben zu können, hat der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) in diesem Herbst die Entwicklung eines „Reifegradmodells Wasserversorgung 4.0“ beim IWW Rheinisch-Westfälischen Institut für Wasserforschung in Auftrag gegeben.

„Wir hoffen, mit dem Modell einen validen Überblick über die derzeitigen Praktiken der Digitalisierung in der Wasserwirtschaft zu bekommen. Im Idealfall lassen sich daraus Verbesserungsmaßnahmen ableiten und diese in eine sinnvolle Reihenfolge bringen“, erläutert Dr. Dirk Waider, Vizepräsident Wasser des DVGW.

IFAT rückt nachhaltigen Straßenbau in den Fokus

Sonderausstellungsfläche und Fachvorträge
Themen: Ressourcenschonende Verfahren und effiziente Prozesse

Die IFAT setzt auf Zukunftsthemen: Zur 2018er Ausgabe berücksichtigt die Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft erstmals das Thema „Nachhaltigkeit im Straßenbau“. Eine Sonderschau widmet sich von 14. bis 18. Mai 2018 auf dem Messegelände in München ressourcenschonenden Verfahren und Maschinen sowie langlebigen Materialien für den Straßenbau.

Zusätzlicher Mehrwert für Kommunen

Für Silvia Fritscher, Projektleiterin der IFAT bei der Messe München, ist die Neuerung ein Zugewinn: „Damit stärken wir aktuelle und zukünftige Trendthemen der Branche – als Weltleitmesse ist das unser Anspruch.“ Das Produktportfolio der Sonderschau deckt die gesamte Prozesskette des Straßenbaus ab – vom Straßenrückbau über die Aufbereitung und Verwertung der Baustoffe bis hin zu deren Einbau – und konzentriert sich dabei auf den Aspekt der Nachhaltigkeit. Fritscher weiter: „Die Sonderschau schafft einen zusätzlichen Mehrwert für unsere kommunalen Teilnehmer. Aber auch Bauunternehmen, Ingenieurbüros und Straßenbauämter sprechen wir an.“

VDBUM als konzeptioneller Partner

Konzeptioneller Partner ist der Verband der Baubranche, Umwelt- und Maschinentechnik e.V. (VDBUM), der begleitend zur Sonderausstellung Fachvorträge organisiert. Zu den Kernthemen des Programms zählen unter anderem der aktuelle Stand der Technik beim Straßenrückbau, der Abbruch und die Aufbereitung von Materialien zur Wiederverwertung, die Optimierung von Logistik-Prozessen sowie der Qualitätssicherung und die Ausschreibungs-Anforderungen der Zukunft.

Auch die Digitalisierung spielt eine große Rolle, so Dieter Schnittjer, Geschäftsführer des VDBUM: „Für die Bauwirtschaft kommt die Digitalisierung mit großer Wucht. Speziell im Straßenbau gibt es Bauprozesse, die durch digitale Technik wirtschaftlicher, planbarer und dokumentationsicher gestaltet werden können. Genau diese Lösungen wollen wir zusammen mit den Fachexperten auf der IFAT 2018 vorstellen.“

Connecting Global Competence

Messe München

Ressourcen. Innovationen. Lösungen.

14.–18. Mai 2018 • Messe München

Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft

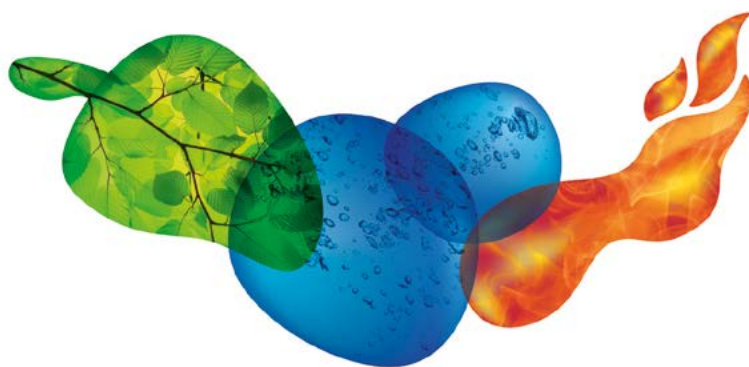
- Wie lässt sich die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung nachhaltig gestalten?
- Wie können Abfall- und Recyclingprozesse effizient umgesetzt werden?
- Und wie lassen sich die Herausforderungen im Winter und bei der Straßenreinigung innovativ bewältigen?

Erleben Sie in spektakulären Live-Demonstrationen das gesamte Potenzial der Innovationen praxisnah und anschaulich im Einsatz. Aktuelle Themen- und Länderspecials sowie zahlreiche Vorträge und Podiumsdiskussionen präsentieren Strategien und Konzepte für die Herausforderungen der Zukunft.

Auf der Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-, Abfall- und Rohstoffwirtschaft finden Sie neue Lösungen und Innovationen.

Neue Verteilung der Ausstellungsbereiche: www.ifat.de/hallenverteilung

Jetzt Online-Ticket sichern.
www.ifat.de/tickets



IFAT

www.ifat.de



Wasserwirtschaftliche BDEW-Jahrestagung in Berlin:

Verursacherprinzip stärken

Welche wasserwirtschaftlichen Herausforderungen muss die Politik in den nächsten vier Jahren dringend angehen? Auf der Wasserwirtschaftlichen Jahrestagung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) in Berlin diskutierten Unternehmensvertreter mit Entscheidern aus Politik und Wirtschaft die zentralen ordnungspolitischen Fragen der Wasserwirtschaft.

Angesichts der anstehenden Koalitionsverhandlungen im Bund müssen laut Martin Weyand, Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser des BDEW, wichtige Aspekte des Gewässerschutzes wie die Themen Arzneimittel, Nitratbelastung, die Digitalisierung, eine nachhaltige Finanzierung der Wasserwirtschaft sowie die Kommunikation mit Kunden in die Vorhabenliste der neuen Bundesregierung verankert werden.

Für ganzheitliche Arzneimittelstrategie

Vor dem Hintergrund, dass sich der Arzneimittelverbrauch in den vergangenen Jahren pro Jahr um 2,6 Prozent erhöht hat – Tendenz steigend – ist Weyand zufolge klar, dass damit der Druck auf den Gewässerschutz zunimmt. Da Wasserwerke und Abwasserentsorger freilich nicht die Reparaturbetriebe einer fehlenden Arzneimittelstrategie sind, sei stattdessen „eine ganzheitliche Arzneimittelstrategie zur Vermeidung von Einträgen, die unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips ein breites Maßnahmenpaket umsetzt“, erforderlich.

Dies beinhalte beispielsweise

bei den Arzneimittelherstellern die Entwicklung von zielgenaueren und biologisch abbaubaren Arzneimitteln sowie Entsorgungshinweise auf Arzneimittelverpackungen, bei Ärzten und Apothekern die Wiedereinführung eines flächendeckenden Rücknahmesystems für Altmedikamente in Apotheken und auf der Ebene der Verbraucher eine sachgerechte Entsorgung über den Haus- oder Sondermüll sowie ein verantwortungsbewusstes Maß der Selbstmedikation.

Verantwortungsbewusste Vorsorgepolitik

Das Umweltbundesamt habe klargestellt, dass es keine Beeinträchtigungen für die Trinkwasserqualität gibt. „Aber wir müssen heute eine verantwortungsbewusste Vorsorgepolitik betreiben, um zukünftigen Entwicklungen entgegenwirken zu können. Die Wasserwirtschaft will sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen, sondern eine breite Diskussion fördern“, unterstrich Weyand.

Mit Blick auf die vieldiskutierte Verminderung von Nitratreinträgen verwies der Hauptgeschäftsführer darauf, dass die

vorliegenden Regelungen nicht ausreichen, um eine nachhaltige Reduzierung der Gülleverseuchung zu erzielen. Gemeinsam mit den Umweltverbänden und ver.di werbe der BDEW deshalb in einer Initiative für Verschärfungen des geltenden Düngerechts und eine Kehrtwende in der Agrarpolitik.

„Es kann nicht sein, dass jedes Jahr umgerechnet 66.000 LKW-Ladungen mit Wirtschaftsdünger von den Niederlanden nach Deutschland fahren und wir quasi als Entsorgungsland dienen. In vielen Regionen Deutschlands ist auch nicht nur der Grenzwert von 50 mg/l das Problem. Das Technologiezentrum Wasser in Karlsruhe hat im Rahmen der Nitratdatenbank der Verbände analysiert, dass in Vorfeldmessungen Belastungen von bis zu 400 mg/l auf einige Brunnen zufließen“, erläuterte Weyand.

Verursacherprinzip

Aus seiner Sicht muss hier konsequent das Verursacherprinzip gelten. Beispiele hierfür seien die Nitratreinträge durch die Landwirtschaft, die Anwendung von Pestiziden sowie die Antibiotikanutzung in der Tierhaltung.

Grundsätzlich sollte geprüft werden, ob die Bundesressorts zukünftig nicht verpflichtet werden, Gesetzesvorhaben dem Umweltbundesamt zur Prüfung vorlegen zu müssen, sofern was-

serwirtschaftliche Fragen tangiert sind. Dies betreffe auch Fragen der Wirtschaftlichkeit des Kuppelproduktes Klärgas. Es müsse damit aufhören, dass ständig neue Steuervorschläge oder Regelungen im Rahmen des EEG auf den Tisch kommen, die eine Wirtschaftlichkeit der umweltschonenden Klärgasnutzung in Blockheizkraftwerken in Frage stellen.

Was die Sicherung zukünftiger Investitionen in der Wasserwirtschaft anbelangt, so stehen die Unternehmen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Deutschland nach Weyands Ansicht heute für eine hervorragende Wasserqualität, Versorgungssicherheit und einen hohen technischen Standard. Regelmäßige Kundenbefragungen belegten dies.

BDEW-Kundenbarometer

So bewerteten im jüngsten „BDEW-Kundenbarometer“ mehr als zwei Drittel der Befragten ihren Wasserversorger wie auch Abwasserentsorger positiv oder sehr positiv. Die Qualität des Trinkwassers erzielt noch höhere Werte. Über 80 Prozent der Befragten gaben dem Lebensmittel Nummer 1 gute bis sehr gute Noten. Diese Umfragewerte sind seit Jahren weitgehend stabil.

Um diese hohe Qualität der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auch in Zukunft aufrechterhalten zu können, sind nach Weyands Worten nachhaltige Investitionen erforderlich. Notwendig sei deshalb eine sichere Finanzierung unter anderem durch entsprechend kalkulierte Wasserpreise und Abwassergebühren. „Wir brauchen aber auch eine gemeinsame Investitionspolitik mit den Städten und Gemeinden, die nicht nur rein ausschüttungsorientiert ist“, bemerkte der Hauptgeschäftsführer.

Liquiditätsausstattung

Aufgrund der Diversifizierung habe sich der Bankenmarkt in Deutschland verändert, stellte Dr. Hans-Georg Napp von der Landesbank Hessen-Thüringen fest. Heute sei die Liquiditätsausstattung der Wasserversorger und Abwasserentsorger für die Banken viel wichtiger als früher. Wolfgang Müller, Stadtwerke Saarlouis, zeigte an einem realen Beispiel auf, dass ein Wasserversorger plötzlich keinen Kredit mehr bekam, da die Cash-Flow-Betrachtung stärker ins Blickfeld gerückt sei. Laut Marc Elxnat vom Deutschen Städte- und Gemeindebund sind die politischen Akteure in einer Gemeinde durchaus interessiert an diesem Thema, wenn man deren Sprache spricht. Sebastian Freier, PricewaterhouseCoopers, verwies seinerseits auf eine aktuelle Studie, wonach 25 bis 30 Prozent der Stadtwerke Finanzierungsprobleme hätten.

Chancen und Vorteile

Dass die Digitalisierung Chancen und Vorteile für die Wasserwirtschaft bringt, darüber waren sich alle Referenten einig. Ob es um smarte Wasserzähler geht, digitales Messwesen oder die Digitalisierung als Mittel für mehr Effizienz – die Palette der Möglichkeiten ist groß. Auf der Tagung wurden exemplarisch einige Möglichkeiten vorgestellt.

Die Arbeitswelt in den Unternehmen und die Anforderungen an Qualifikationen werden sich ändern, so die einhellige Bewertung. Sobald digitale Neuerungen einen Nutzen für die Wasserversorger und Abwasserentsorger haben, würden diese auch angewendet. Die Chancen lägen vor allem in verbesserten Beziehungen zu den Kunden. **DK**

Regelwerk – Aufruf zur Mitarbeit:

Sedimentdurchgängigkeit an Querbauwerken

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) richtet eine neue Arbeitsgruppe WW-2.8 „Sedimentdurchgängigkeit an Querbauwerken“ ein. Sie soll sich schwerpunktmäßig mit den Themen Sedimenthaushalt, Morphodynamik und Morphologie der Gewässer befassen.

Entsprechend der Aktualität und Bedeutung des Themas sollen unter anderem folgende Inhalte behandelt werden:

- Beschreibung der im Zusammenhang mit einer eingeschränkten Durchgängigkeit für Sedimente stehenden Phänomene und Prozesse
- Bedeutung der Sedimentdurchgängigkeit für den Sedimenthaushalt, die Morphodynamik und die Morphologie in Flusssystemen
- Anforderungen an die Sedimentdurchgängigkeit aus Sicht unterschiedlicher Ansprüche an ein Gewässer. Ein zentraler Fokus liegt auf dem Sedimenthaushalt und der morphologischen Entwicklung von Gewässerstrecken
- Wechselwirkungsbetrachtungen zwischen einer Erhöhung der Sedimentdurchgängigkeit und der Vielzahl potenzieller Betroffenheiten
- Überblick über strategische, technische und betriebliche Lösungsansätze zur Verbesserung der Sedimentdurchgängigkeit bzw. zur Verminderung negativer Folgen einer eingeschränkten Sedimentdurchgängigkeit
- Beispiele aus der Praxis zu den Auswirkungen einer eingeschränkten Sedimentdurchgängigkeit und dem Umgang mit diesen bzw. deren Minderung
- Empfehlungen bezüglich einer Erhöhung der Sedimentdurchgängigkeit an Querbauwerken.

Ausgangssituation

Maßnahmen der Landeskultur und eine intensive forstwirtschaftliche Nutzung, die Industrialisierung und der Ausbau der Energiegewinnung aus Wasserkraft, die Verbesserung des Hochwasserschutzes und die Entwicklung der Schifffahrt prägen die Entwicklung der mitteleuropäischen Flussgebiete insbesondere seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Als direkte Folge veränderten sich auch die Einträge von Sedimenten in die Gewässer. Zusätzlich führte die Regulierung von Flüssen zum Wandel von Verlauf und Gestalt dieser Fließgewässer.

Teil dieser Regulierungsmaßnahmen war auch der Bau von Querbauwerken. Die Anzahl an Querbauwerken nahm seit dem 19. Jahrhundert stark zu. Mit Stand 2005 waren in Deutschland etwa 55.000 Querbauwerke erfasst. Die mit ihnen einhergehende verminderte Durchgängigkeit für Sedimente drückt sich unter anderem in dem zu beobachtenden fortschreitenden Verlust an Stauraumvolumen aus. So beträgt beispielsweise die jährliche Abnahme des in Stauräumen verfügbaren Speichervolumens weltweit etwa 0,7 bis 2 Prozent.

Der veränderte Eintrag und die Einschränkung des Transports von Sedimenten wirken sich maßgeblich auf den Sedimenthaushalt, das verfügbare Sohlsubstrat (Habitat) und die morphologische Entwicklung der Fließgewässer nicht nur lokal sondern in ganzen Flussgebieten aus.

Herausforderungen

Die heute vielfach verminderte Sedimentdurchgängigkeit in Flusssystemen beeinflusst die Nutzung und Bewirtschaftung von Fließgewässern in bedeutendem Maße. Beispielhaft genannt seien Auswirkungen auf

den Betrieb von Stauanlagen für die Wasserkraftnutzung, die Trink- und Nutzwasserspeicherung, den Hochwasserrückhalt und die Schifffahrtsverhältnisse. An die Unterhaltung von Gewässerstrecken, die sich unterstrom an Querbauwerken anschließen, werden besondere Anforderungen gestellt. Zur Erreichung der Ziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) werden im Zusammenhang mit der Durchgängigkeit von Flüssen Bedingungen vorausgesetzt, unter welchen erforderliche Werte der biologischen Qualitätskomponenten erreicht werden können. Die Sedimentdurchgängigkeit ist daher eine wesentliche Komponente von integralen Sedimentmanagementstrategien, welche für europäische Flussgebiete erarbeitet werden.

Ein Blick auf staugeregelte Fließgewässer in Deutschland erlaubt es, Rückschlüsse auf eine Vielzahl an Herausforderungen zu ziehen, die mit der eingeschränkten Sedimentdurchgängigkeit einhergehen. Mit Blick auf den Sedimenthaushalt stellt sich unterstrom von Stauanlagen als Folge des Sedimentrückhalts ein Sedimentdefizit und damit häufig Sohlerosion ein. Sedimentologisch zeigt sich unterhalb von Stauanlagen zusätzlich die Tendenz zur Substratvergrößerung der Gewässersohle, während im Stauraum Anlandungen feinerer Sedimente sowie mögliche Kolmatationen des Sedimentporenkörpers auftreten. Im Zusammenhang mit Hochwasserereignissen stehen die Austräge von feineren Sedimenten aus Stauräumen können dieses Ungleichgewicht in der Regel nicht ausgleichen. Unerwünschte Folgen einer fortschreitenden Sohlerosion im Unterwasser sind Wasserspiegelabsenkungen in Oberflächengewässern und im Grundwasser, Ufererosion und Uferabbrüche oder auch Sohl durchschläge.

Den aus der verminderten Sedimentdurchgängigkeit resultierenden Folgen wird oftmals mit teilweise hohem Aufwand begegnet, wie z. B. die Maßnahmen in Form von Geschiebezugaben unterhalb der Rheinstaustufe Iffezheim oder auch an der Isar zeigen. Derartige Schritte und Eingriffe zu planen, abzustimmen, regelmäßig durchzuführen und einem zielgerichteten Monitoring zu unterziehen sind mit maßnahmensseitigen Herausforderungen und oft hohen Zusatzkosten verknüpft.

Zielsetzung und Aufgaben

Die Ergebnisse der Arbeiten dieser Arbeitsgruppe sollen helfen, aktuellen und kommenden Herausforderungen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Gewässerunterhaltung sowie der Errichtung neuer oder der Anpassung bestehender Querbauwerke, fachkundig und mit Blick auf den Sedimenthaushalt und die Morphodynamik zu begegnen.

Vertreter von wissenschaftlichen Einrichtungen, Planungsbüros, Betreibern wasserwirtschaftlicher Anlagen, Mitarbeiter von Gewässerunterhaltungspflichtigen und Behörden oder sonstige an einer Mitarbeit Interessierte können sich mit einer themenbezogenen Beschreibung ihres beruflichen Werdegangs bei der DWA melden: schrenk@dwa.de **□**

Regelwerk – Neuerscheinung:

Ölbeseitigung auf Verkehrsflächen

Veröffentlichung des Merkblatts DWA-M 715

Durch Unfälle im öffentlichen Straßenverkehr können wasserföhrrende Stoffe freigesetzt werden, die zu Gefahren für Mensch und Umwelt führen. Mengenmäßig sind Mineralöle und -produkte als Betriebsstoffe und Transportgut von besonderer Bedeutung. Das Merkblatt gibt Empfehlungen und Hinweise zur Abwehr von Verkehrs- bzw. Umweltgefährdungen durch Ölunfälle sowie zur Reinigung överschmutzter Verkehrsflächen. Dabei geht es zum einen um die Wiederherstellung der Verkehrssicherheit, zum anderen darum, Böden, Grundwasser und Oberflächengewässer vor den Folgen von Ölverunreinigungen zu bewahren.

Im Merkblatt DWA-M 715 werden die rechtlichen Grundlagen skizziert und Hinweise zur Zuständigkeit gegeben. Es wird ausführlich auf die Maßnahmen zur Beseitigung von Ölverunreinigungen unter Berücksichtigung der Besonderheiten bei dem Einsatz von Ölbindemitteln und der maschinellen Nassreinigung eingegangen.

Die Vorgehensweise und die Abläufe der Reinigungsverfahren sowie Aussagen zur Handhabung werden beispielhaft an

Schadenerscheinungen dargestellt.

Das vorliegende Merkblatt ist eine Aktualisierung und Verifizierung der 2007 veröffentlichten Fassung des Merkblatts DWA-M 715. Dieses Merkblatt wurde von der DWA-Arbeitsgruppe IG-7.6 „Ölbeseitigung auf Verkehrsflächen“ (Sprecher: Dipl.-Ing. Michael Bernzen) im DWA-Fachausschuss „Gerätschaften und Mittel zur Abwehr von Gewässergefährdungen (GMAG)“ erarbeitet und richtet sich insbesondere an Feuer-

wehrangehörige, Vertreter der Wasserwirtschaft, Angehörige von Autobahnmeistereien und Straßenbetriebsdiensten, Angehörige von Straßenreinigungsfirmen sowie Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes, die mit der Ölbekämpfung betraut sind.

Änderungen

Gegenüber dem Merkblatt DWA-M 715 (06/2007) wurden insbesondere folgende Änderungen vorgenommen:

- Anpassung an zwischenzeitlich eingetretene Veränderungen hinsichtlich Gesetzen und Verordnungen, DIN-Normen und des DWA-Regelwerks etc.;
- weitergehende Ausführungen zu rechtlichen Grundlagen und Schutzzielen;
- Aktualisierung und Neufassung der Ausführungen zu den Maßnahmen zur Beseitigung von Ölverunreinigungen;
- neu aufgenommen: Ablaufmodell zur Entscheidungshilfe; vollständige systematische Überarbeitung.

Das Merkblatt DWA-M 715 (06/2007) wird mit Erscheinen des Merkblatts DWA-M 715 (12/2017) zurückgezogen.

Dezember 2017, 25 Seiten, ISBN 978-3-88721-564-4, Ladenpreis: 43,50 Euro, fördernde DWA-Mitglieder: 34,80 Euro.

Herausgeber und Vertrieb: DWA Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V., Theodor-Heuss-Allee 17, 53773 Hennef, Tel. 02242/872-333, Fax: 02242/872-100, E-Mail: info@dwa.de, DWA-Shop: www.dwa.de/shop

Am 15. März 2018 veranstaltet die DWA das Seminar „Ölsaubereitigung auf Verkehrswegen“ in Münster. Kosten: 470 Euro, DWA-Mitglieder zahlen 390 Euro. Kontakt: Rosemarie Ullmann, 02242/872-119, ullmann@dwa.de **□**



Spezialangebot

Eine Woche inklusive Halbpension ab 370 EUR pro Person im Doppelzimmer. Wir bieten neun Doppelzimmer mit allem Komfort, Bad/Dusche, Telefon, TV, Minibar sowie organisierte Ausflüge mit Kleinbus. Kinder bis fünf Jahre 30 EUR pro Tag, ab sechs Jahren 40 EUR pro Tag. Weitere Informationen: **Casa Mazzoni**
Tel.: +39 05 64 56 74 88 • E-Mail: info@casamazzone.it • www.casamazzone.it
Wir sprechen Deutsch!



Kompetent vor Starkregen schützen!

BMUB fördert Konzeption und Etablierung der DWA-Zusatzqualifikation Fachplaner Starkregenvorsorge

Der Klimawandel steht nicht mehr vor der Tür, er ist bereits eingetreten. Längst reicht es nicht mehr aus, über die Vermeidung von Klimaveränderungen nachzudenken. Stattdessen geht es in der aktuellen Forschung zunehmend um Maßnahmen zur Anpassung an unvermeidliche klimabedingte Veränderungen, um schädliche Folgen zu minimieren.

Im Rahmen der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) fördert das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) die Konzeption des Bildungsmoduls Fachplaner Starkregenvorsorge.

Mit diesem Vorhaben soll mittelfristig das Know-how geschaffen werden, mit Folgen des Klimawandels, die die kommunale Infrastruktur betreffen, qualifiziert umzugehen. Im Rahmen der Zusatzqualifikation Fachplaner Starkregenvorsorge soll das Wissen vermittelt werden, Überflutungsrisiken zu erkennen und

in der wassersensiblen Stadtplanung zu berücksichtigen.

Die erste Schulungsmaßnahme wird vom 9. bis 13. April 2018 in Hennef stattfinden. Die Folgeveranstaltung ist für die Woche vom 26. bis 30. November 2018 geplant.

Objektschutz optimieren

Die Zunahme der Starkregenereignisse und die damit verbundenen Sturzfluten rücken das Thema „Überflutungsvorsorge“ zunehmend in den Fokus der kommunalen Daseinsvorsorge. Vorrangiges Ziel in

diesem Zusammenhang ist es, so genau wie möglich einschätzen zu können, welche Teile der urbanen Infrastruktur (Durchlässe, Brücken, Straßen, Unterführungen, U-Bahn-Tunnel, Gebäude in dicht besiedelten Gebieten) gefährdet sein können. Stadtgebietsbezogene Fließweganalysen sowie daraus abgeleitet systematische Analysen der möglichen Gefährdungen und Schadenspotentiale in Verbindung mit der Entwicklung von Risikokarten können hier Abhilfe schaffen. Auf ihrer Basis können sinnvolle infrastrukturelle Maßnahmen entwickelt, beurteilt

Umweltministerin Ulrike Scharf:

Schutz der Gewässer ist Gemeinschaftsaufgabe

Bewährte Konzepte werden weiterentwickelt

Der Schutz bayerischer Gewässer ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die bewährten Instrumente, um die wichtige Ressource Wasser langfristig zu sichern, sollen daher weiter ausgebaut werden. Das betonte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf im Rahmen einer Veranstaltung in Brüssel.

„Der Grundwasserschutz genießt in Bayern allerhöchste Priorität. Sauberes Wasser ist einer unserer größten Schätze. Gemeinsam mit allen Beteiligten können wir das zentrale Ziel erreichen, den guten Zustand der Flüsse, Seen und des Grundwassers flächendeckend herzustellen. Dabei setzen wir neben den bestehenden gesetzlichen Regelungen auf ein faires Miteinander und zusätzliche Anreize. Unsere Maßnahmen stehen Pate für eine erfolgreiche Kooperation zwischen Landwirtschaft und Umwelt. Darauf wollen wir aufbauen“, so Scharf.

Investitionen von rund 1,2 Mrd. Euro bis 2021

Der Freistaat investiert bis 2021 insgesamt rund 1,2 Milliarden Euro unter anderem in strukturverbessernde Maßnahmen der Gewässer. Hinzu kommt die Förderung von Agrarumweltmaßnahmen im Kulturlandschaftsprogramm der Landwirtschaft. Im Vertragsnaturschutzprogramm stehen aktuell rund 45 Millionen Euro zur Verfügung, um eine naturscho-

und geplant werden. Betroffene Grundstückseigentümer können im Hinblick auf die Optimierung ihres Objektschutzes beraten werden.

Schäden minimieren

Ziel der wassersensiblen Stadtentwicklung ist es, das Wasser ober- oder unterirdisch im urbanen Raum so zu bewirtschaften, dass Schäden minimiert werden. Der Fachplaner Starkregenvorsorge wird die Schnittstelle zwischen den interdisziplinären Aufgaben der Starkregenvorsorge bilden.

Interessenten an der Schulung können sich an die DWA wenden. Kontakt: Ann-Kathrin Bräunig, braeunig@dwa.de, Telefon: 02242/872-240.

Innen- und Bauminister Joachim Herrmann:

Rekordsumme bei geförderten Wohnungen bleibt hoch

Erhöhung der Mittel auf mehr als 680 Millionen Euro geplant

„Im Jahr 2017 haben wir im Rahmen des Bayerischen Wohnungsbauprogramms und des Kommunalen Wohnungsbauprogramms mehr als 7.000 Wohnungen gefördert. Damit können wir das Rekordniveau von 2016 erneut halten. Mit den Wohnplätzen in Studentenwohnheimen und Behindertenwohnheimen sind es mehr als 8.500 Wohnungen, die wir gefördert haben.“ Das hat Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann heute bekannt gegeben. Zu den geförderten Wohnungen (2017: 7.052 Wohnungen, 2016: 7.050 Wohnungen) kamen im Jahr 2017 zusätzlich 376 Wohnheimplätze für Behinderte und 1.136 Plätze für Studierende hinzu.

„Mit diesem erfreulichen Ergebnis leisten wir einen wesentlichen Beitrag für Wohnungssuchende, die dringend eine erschwingliche Wohnung benötigen. Damit geben wir uns aber nicht zufrieden, wir wollen deutlich mehr Wohnungen mit noch mehr Mitteln fördern“, so Herrmann weiter. Für 2017 stand mit insgesamt 618 Millionen Euro ein Bewilligungsrahmen zur Verfügung, wie zuletzt seit Anfang der 1990er. Dennoch sollen die Mittel für die bayerischen Wohnungsbauprogramme ansteigen. Herrmann: „Vorbehaltlich der Zustimmung des Bayerischen Landtags wollen wir, dass die Mittel auf mehr als 680 Millionen Euro weiter ansteigen. Darüber hinaus planen wir, die gesetzlichen Einkommenshöchstgrenzen in diesem Jahr deutlich anzuheben, damit in Bayern zukünftig noch mehr Haushalte von der Wohnraumförderung profitieren können.“

LBS-Verbraucher-Service:

Zinsen: Anstieg zum Jahresbeginn

Was Bauherren und Immobilienkäufer beachten sollten

Zum Jahreswechsel sind die Zinsen deutlich gestiegen. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen hat sich binnen eines Monats etwa verdoppelt. Während sie am 18. Dezember 2017 noch bei 0,3 Prozent lag, beträgt sie derzeit rund 0,6 Prozent. Der Referenzzinssatz für Interbankengeschäfte im Euro-Raum mit zehnjähriger Bindungsfrist (Euro-Mid-Swap) ist im selben Zeitraum von 0,79 Prozent auf 0,96 Prozent angestiegen. Diese Veränderung an den Zinsmärkten dürfte auch die Tendenz zu steigenden Zinsen bei Baufinanzierungen stärken. Ein Zinsanstieg um nur einen halben Prozentpunkt verteuert Finanzierungen spürbar, erklärt die LBS Bayern.

Bei einer Kreditsumme von 100.000 Euro und einem festen Zinssatz von 1,5 Prozent benötigt man mit einer monatlichen Rate von 500 Euro (Anfangstilgung 4,5 Prozent) gut 19 Jahre, um den Kredit vollständig zurückzahlen.

In dieser Zeit werden etwas über 15.000 Euro an Zinsen fällig. Steigt der Zinssatz um einen halben Prozentpunkt auf 2 Prozent, kostet dieselbe Finanzierung bei gleicher Monatsrate (Anfangstilgung 4 Prozent) fast 22.000 Euro – also nahezu 7.000 Euro mehr. Außerdem dauert es etwa ein Jahr länger, schuldenfrei zu werden. Dies trifft Baufinanzierer

dann, wenn die Zinsbindung ihres Darlehens ausläuft und sie – zu einem höheren Zinssatz – eine Anschlussfinanzierung benötigen, die deutlich teurer ist als erwartet.

Deshalb lohnt es für Baufinanzierer, sich gegen steigende Zinsen abzusichern. Wird in die Finanzierung ein Bau-sparvertrag eingebunden, können die Zinsen bis zur letzten Rate festgeschrieben werden – auch wenn diese erst in 20 oder 25 Jahren fällig ist. Für Haushalte, die ihre Finanzierung bei einem deutlichen Zinsanstieg nicht mehr tragen könnten, ist eine langfristige Zinssicherung sogar von existenzieller Bedeutung.

Bundesbauministerium fördert Holzbau-Pilotprojekt

Bundesverband Deutscher Gartenfreunde erhält 6 Millionen Euro

Baustaatssekretär Gunther Adler hat einen symbolischen Scheck für das Pilotprojekt „Multifunktionales Gebäude in Holzbauweise“ des Bundesverbands Deutscher Gartenfreunde e. V. (BDG) in Berlin-Neukölln übergeben. Bei dem Neubau sollen innovative wegweisende Ideen im Holzbau umgesetzt und die Breite der Anwendungsmöglichkeiten des nachwachsenden Rohstoffs Holz aufgezeigt werden. Das Gebäude wird als integriertes Schulungs- und Dokumentationszentrum durch den BDG, die Deutsche Schreberjugend und das Deutsche Kleingärtnermuseum genutzt werden.

Adler: „Das Pilotprojekt dient der Entwicklung neuer Ansätze im Holzbau. Durch die Vorfertigung der einzelnen Holzteile wird die Bauzeit verkürzt. Die Begrünung des Gebäudes hilft bei der Klimatisierung und passt zum Bauherrn. Auch beim Grundstück werden neue Wege im dicht besiedelten Berlin beschritten. Das Gebäude wird auf dem aufgegebenen Teil eines Friedhofs errichtet. Und durch den Planungswettbewerb können Architekten und Ingenieure gemeinsam Innovationen entwickeln.“

Neben der Geschäftsstelle des BDG werden Schulungs- und Ausstellungsflächen für garten- und naturpädagogische Arbeit in dem neuen Holzbau untergebracht. Die Cafeteria soll auch Gästen und Nachbarn offen stehen. Die Gesamtkosten des Projektes liegen bei rund 6,5 Millionen Euro.

Der Deutsche Bundestag hat es dem Bundesbauministerium ermöglicht, das vorbildliche Neubauprojekt wegen seines Pilotcharakters mit knapp 6 Millionen Euro zu unterstützen.

Buchholz im Visier

Mit dem Pilotprojekt soll untersucht werden, inwieweit sich für die Errichtung des Gebäudes Buchenholz als Konstruktionsholz einsetzen lässt. Hintergrund dafür ist, dass durch die Klimaveränderungen immer mehr Buchenholz in Deutschland anfällt, es aber als Baukonstruktionsholz bisher kaum eingesetzt wird. Mit der Förderung des Projektes sollen wichtige Impulse für Innovationen im Holzbau und für zukunftsweisende Holzbaustandards erreicht werden.



Ertüchtigung von Teichkläranlagen



Mit Cleartec®
schnell, einfach, günstig



Jäger Umwelt-Technik GmbH
Lohweg 1
30559 Hannover
Germany

+49 511 646 44419
+49 511 646 44499
info@jaeger-envirotech.com
www.jaeger-envirotech.com

Pressekonferenz im Münchner Rathaus:

Wohnen und Mieterschutz

Münchens Oberbürgermeister Dr. Dieter Reiter hat in einer Pressekonferenz gemeinsam mit Bürgermeisterin Christine Strobl und Sozialreferentin Dorothee Schiwy ein umfassendes Forderungspaket an den Bund für mehr Mieterschutz und für eine Reform des Bodenrechts präsentiert. Außerdem ging es um kommunale Möglichkeiten, den Mieterschutz zu stärken.

Um für Menschen in Städten und Ballungsräumen auch weiterhin bezahlbaren Wohnraum bereitzuhalten, muss aus Reiter Sicht der unaufhaltsame Aufwärtstrend an Neuvermietungen wirksam begrenzt werden. Das in der vergangenen Legislaturperiode eingeführte Instrument der Mietprelsbremse habe in diesem Zusammenhang leider nachweislich keinerlei Wirkung entfaltet. Deshalb seine Forderung an den Bund: „Um nur im Ansatz wirksam zu sein, muss die Mietprelsbremse auf grundsätzlich neue Füße gestellt werden.“

In laufenden Mietverhältnissen birgt die Erhöhung der monatlichen Miete das größte Verdrängungspotenzial. Aus einer repräsentativen Umfrage für den Deutschen Caritasverband von Anfang Januar dieses Jahres geht hervor, dass 74 Prozent der Menschen in Deutschland durch hohe Mieten die Gefahr sehen, die Wohnung zu verlieren. Sogar 79 Prozent sehen das Risiko, wegen der stark steigenden Mieten in Armut zu geraten. Um dieser Aufwärtsspirale Einhalt zu gebieten, sei es zwingend erforderlich, endlich eine nachhaltige Reform des Mietspiegelrechts durchzusetzen.

Die Stadtspitze plädierte dafür, in die Erstellung des Mietspiegels zwingend sämtliche Mietverhältnisse im Umgriff der Kommune einfließen zu lassen (nicht lediglich Mieterhöhungen und Neuvermietungen der vergangenen vier Jahre). Zudem müssten sämtliche Mieten in die Erstellung Eingang finden – auch

solche in Genossenschaftswohnungen und aus gefördertem Wohnraum. Auch sei die Kapungsgrenze für mögliche Mieterhöhungen auf einen Betrachtungszeitraum von fünf Jahren auszuweiten, respektive auf 10 % zu senken.

Wie OB Reiter weiter ausführte, macht die Landeshauptstadt vom Instrument des Erlasses von Erhaltungssatzungen umfangreich Gebrauch, um gesamte Stadtviertel vor Gentrifizierung zu schützen. Von der rechtlichen Systematik her handle es sich jedoch um ein rein städtebauliches Instrument aus dem Baugesetzbuch, das den Mieterschutz in einem Stadtviertel sicherstellen soll. Eine individuell mieterschützende Wirkung sei danach leider weder möglich noch intendiert.

Plädoyer für echtes Mieterschutzinstrument

Dementsprechend brauche die Landeshauptstadt München eine Grundlage, um in wesentlich größerem Umgriff Erhaltungssatzungen erlassen zu können und damit effektiven Mieterschutz zu betreiben. Es bedürfe einer „Fortentwicklung des Instruments vom abstrakten städtebaulichen Instrument hin zu einem echten subjektiv schützenden Mieterschutzinstrument“. Zu prüfen sei, ob die Verortung im BauGB noch angemessen ist oder nicht vielmehr eine Integration in die Mieterschutzvorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) angezeigt wäre.

Zudem sprach sich Reiter dafür aus, Abwendungserklärungen beim kommunalen Verkaufsrecht anzupassen und Regelungen zu zulässigen Höchstmieten, Mieterhöhungen und der zulässigen Umlage von Modernisierungskosten zu fassen. Eine entsprechende Vorlage wird das Kommunalreferat mit dem Sozialreferat dem Stadtrat zur Entscheidung vorlegen.

Umlagefähige Kosten senken

In Bezug auf mögliche Erhöhungen des monatlichen Mietzinses nach Modernisierungen besteht eine Vielzahl von Ausnahmenvorschriften, nach denen der Mieter sich zum Teil immensen Belastungen ausgesetzt sehen kann, die dazu führen können, sich die Wohnung nicht mehr leisten zu können. Deshalb die Forderung an den Bund: „Die umlagefähigen Kosten sind von 11 % auf 8 % zu senken, beziehungsweise auf 3 Euro pro qm zu begrenzen (innerhalb eines Zeitraums von acht Jahren). Eine Umlage kann maximal bis zur Grenze der Amortisierung erfolgen.“

Münchner CSU-Stadtratsantrag:

Mehr große Wohnungen bauen und diese teilbar ausgestalten!

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert, durch die Wohnungsbaugesellschaften im geförderten Wohnungsbau mehr große Wohnungen zu bauen und diese teilbar zu gestalten.

„Angesichts des in München herrschenden äußerst knappen Wohnraumes“, so heißt es in der Begründung, „müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, um zusätzliche Ressourcen zu gewinnen. Aufgrund unseres Antrags vom 28.06.2017 wurde von Seiten des Referats für Stadtplanung und Bauordnung festgestellt, dass

Im Bestand der städtischen Wohnungsgesellschaften gibt es bereits jetzt eine Vielzahl von Wohnungen, die weit unterhalb des Mietspiegels zur Verfügung stehen und abhängig vom Einkommen der Mieter dauerhaft bezahlbaren Wohnraum bieten. Vor diesem Hintergrund werden das Planungsreferat und die städtischen Wohnungsgesellschaften GWG und GEWOFAG beauftragt, Regularien zu entwickeln, die geeignet sind, für einen längerfristigen Zeitraum Mieterhöhungen stärker zu begrenzen und durch ein Zurückbleiben hinter die gesetzlichen Möglichkeiten der Profitmaximierung das Profil der Gesellschaften als sozialer Vermieter noch stärker herauszustellen. Wie Münchens Stadtoberhaupt abschließend bemerkte, werde im Sinne einer sozialgerechten Bodennutzung auch gezielt darüber nachzudenken sein, wie Eigentümer an den Kosten der Erstellung öffentlicher Infrastruktur und bezahlbaren Wohnraums finanziell beteiligt werden, wenn auf privatem Grund derart hohe Steigerungen der Bodenpreise erzielt werden, bzw. wie diese hohen vollständig leistungslosen Gewinne in Teilen der Allgemeinheit zugutekommen können.

DK

18 ehemalige Dorfkerne erhalten Ensembleschutz

Der Landesdenkmalrat bestätigt 18 ehemaligen Dorfkernen in München den Ensembleschutz. Ein Erfolg für die starken Bemühungen der Stadt München, diese historischen Siedlungskerne zu erhalten.

2011 wurde die Entscheidung des Landesdenkmalrats über 14 Münchner Dorfkernensembles aufgeschoben. Die Hausaufgaben der Stadt München: Der Erhalt der historischen Substanz und Vermeidung von Beeinträchtigungen. Bis 2017 sollten außerdem für Aubing Kriterien zum Erhalt des Ensembles aufgezeigt und für Ramersdorf ein Bebauungsvorschlag erstellt werden.

Die Liste der Dorfkernensembles: Allach, Aubing, Daglfing, Engelschalking, Feldmochinger Straße, Forstenried, Großhadern, Johanneskirchen, Langwied, Lochhausen, Moosach, Oberföhring, Obermenzing, Perlach, Pipping,

Ramersdorf, Solln, Untersending. Der Aubinger Dorfkern wird als einziger sogar räumlich erweitert.

„Das Gesicht Münchens ändert sich durch die massiven Bautätigkeiten unaufhörlich. In diesen Zeiten ist es für die Identität der Stadt von hoher Bedeutung, unsere ehemaligen Dorfkerne in den Stadtvierteln zu bewahren. Die kommenden Generationen können so erfahren, wie die Stadt gewachsen ist und wo ihre Wurzeln sind. Der Landesdenkmalrat hat mit dieser Entscheidung gut daran getan, die Bemühungen der Stadt zu unterstützen“, betont Stadtrat Walter Zöllner, planungspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion. □

Gemeinsam gegen Wohnraummangel

Der Erlanger Stadtrat hat einer Beteiligung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAU an der GEWO-Land zugestimmt. Mit der Wohnungsbaugesellschaft GEWO-Land wollen Stadt und Land künftig gemeinsam gegen den Wohnraummangel vorgehen.

OB Florian Janik, der die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden beim Thema Wohnungsbau initiiert hat, zeigt sich erfreut: „Stadt und Umland stehen beim Thema Wohnraum vor den gleichen Herausforderungen. Mit der GEWO-Land können wir das Thema gemeinsam und auf Augenhöhe anpacken.“

Die GEWOBAU versteht sich als Dienstleister und stellt in der GEWO-Land den Umlandgemeinden ihr Know-how beim Bau von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung. Gemeinden im Umland von Erlangen können sich an der Gesellschaft beteiligen und dadurch selbst Wohnbauprojekte auf den Weg bringen. Vor dem Erlanger Stadtrat haben bereits Röttenbach, Spardorf, Uttenreuth,

Buckenhof, Dormitz und Markt Heroldsberg den Beitritt beraten und entsprechende Beschlüsse gefasst. Weitere Gemeinden prüfen eine Beteiligung und bereiten Gremienbeschlüsse vor. Ein erstes konkretes Projekt der GEWO-Land zeichnet sich bereits in der Gemeinde Röttenbach ab. Dort soll ein ehemaliges Bauernhof-Grundstück durch einen modernen Mietwohnungsbau aufgewertet werden.

Dem Beitritt der GEWOBAU zur GEWO-Land muss formell noch die Gesellschafterversammlung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft zustimmen, da neben der Stadt Erlangen auch die Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchststadt Herzogenaurach zu den Gesellschaftern gehört. □

Denkmal- und Ortsbildpflege im Landkreis Dillingen:

26 besonders gelungene Maßnahmen prämiert

Der Neubau eines Einfamilienwohnhauses im schwäbischen Baustil durch die Eheleute Broersen in Oberliezheim sowie die Sanierung und grundlegende Wiederherstellung des Hauptgebäudes und des Maschinenhauses der Donau-Stadtwerke Dillingen-Lauingen haben eines gemeinsam: Beide Maßnahmen wurden vom Landkreis Dillingen im Rahmen des diesjährigen Denkmalwettbewerbs als herausragende Objekte ausgezeichnet.

Landrat Leo Schrell betonte bei der Preisverleihung, dass beide Objekte beispielgebend für vorbildliches Bauen und Gestalten nach historischen Vorbildern einerseits und das Bewahren alter Bausubstanz mit identitätsstiftendem Charakter andererseits seien. Bereits zum 32. Mal seit 1979 hat der Landkreis den Denkmalwettbewerb ausgelobt. Die Liste der insgesamt 26 Preisträger

ge: Mehrzimmerwohnungen stehen Familien nicht zur Verfügung. Abhilfe könnte die Idee schaffen, Wohnungen teilbar auszugestalten. Eine Teilbarkeit ist jedoch erst bei großen Wohnungen sinnvoll und wirtschaftlich. Genau daran mangelt es bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften: Von 70.000 Wohnungen im Portfolio haben knapp 6 % 4 Zimmer, 0,4 % 5 Zimmer und lediglich 0,05 % 6 Zimmer. Dem steht ein überproportionaler Bedarf an Wohnungen dieser Größen gegenüber. Insofern müssen unsere städtischen Wohnungsbaugesellschaften dringend handeln und auch die baulich einfache Teilbarkeit großer Wohnungen von Anfang an einplanen. □

reicht dabei von der Gestaltung einer barocken Gartenanlage über den Neubau von Wohnhäusern im schwäbischen Baustil, die Sanierung historischer und ortsbildprägender Gebäude sowie die Renovierung einer Lourdesgrotte und eines ehemaligen Kuhstalls mit böhmischem Gewölbe bis hin zur Sanierung eines barocken Grabsteins und eines Fachwerkhäuses.

„An der Vielfalt der eingereichten Maßnahmen wird das reiche und vielfältige kulturelle und kulturlandschaftliche Erbe unseres Landkreises mehr als deutlich, das es zu bewahren gilt“, sagte der Landrat. Er dankte deshalb allen Maßnahmenträgern für den hohen persönlichen Einsatz zum Erhalt denkmalgeschützter Objekte, die in hohem Maße die regionale Identität eines Dorfes, einer Stadt oder auch der ganzen Region auszeichnen.

Als sinnvolle Ergänzung zum Denkmalwettbewerb sieht Schrell den vom Kultur- und Sportausschuss in diesem Jahr beschlossenen Wettbewerb „Zeitgemäßes Bauen“ an, der erstmals im Jahr 2018 ausgeschrieben wurde und vor allem die Aspekte Nachhaltigkeit, Ökologie, Gestaltung und Innovation würdigen soll. **Hurler**



Ganz Bayern in 60 Minuten.



Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region








*** Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

Planer und Stadt wollen Marktplatz „wachküssen“

Bürgerinformation zur Neugestaltung der Wallenfeser Ortsmitte

Offener und lebendiger mit einem Akzent auf Wasser und Tradition, so soll der Wallenfeser Marktplatz nach einem Vorentwurf des Münchner Büros bauchplan aussehen. Die Landschaftsarchitekten präsentierten ihre Planungen für das Schlüsselprojekt der Stadtanierung bei einer Informationsveranstaltung im Pfarrheim. Die Ideen kamen bei den 50 anwesenden Bürgerinnen und Bürgern gut an und so fiel das Fazit von Moderator Prof. Gerd Aufmkolk entsprechend aus: „Die Richtung stimmt, sie stehen hinter den Planungen.“

Bürgermeister Jens Korn betonte in seiner Begrüßung die Bedeutung der Bürgerbeteiligung: „Wir werden den Marktplatz auf Jahrzehnte verändern. Das kann nur gelingen, wenn die Planung von der Bevölkerung angenommen wird“, unterstrich Korn. Gerd Aufmkolk meinte mit Blick auf das bisherige Verfahren: „Ohne die vielen Gespräche mit Ihnen bei der Planungswerkstatt im Oktober 2016 würde der Vorentwurf nicht so aussehen, wie er heute präsentiert wird.“

Die Weiterentwicklung des Entwurfs, mit dem das Büro bauchplan den offenen Wettbewerb 2016 gewann, präsentiert Landschaftsarchitekt Tobias Baldauf. Zur besseren Verdeutlichung hatte er ein Modell des Platzes mitgebracht, um das sich die Besucher bereits vor Beginn der Veranstaltung scharten.

„Wir wollen gemeinsam mit Ihnen den Marktplatz wachküssen“, formulierte Baldauf das Ziel seines Teams. Man habe daher die ersten Rückmeldungen aus der Bevölkerung sehr ernst genommen und versucht bei der Weiterentwicklung einzuarbeiten. Es bleibt somit beim Abriss des Gebäudes Marktplatz 6 (ehemals Quelle). Damit werde der Platz geöffnet und die Kirche „ins Dorf geholt“. Der Aufgang in die Frankenwaldstraße soll barrierefrei, also ohne Treppenstufen, möglich sein. Die Grünfläche auf dem Gelände der ehemaligen Stöckersmühle wird zum Spielplatz für Kinder und Aufenthaltsort für Familien umgestaltet. Schaffen wollen die Planer das durch Spielgeräte wie Rutschbahnen entlang der Böschung und Spielmöglichkeiten am Wasser.

Wasser als dominantes Element

Wasser ist überhaupt das dominante Element, „wir wollen den Platz dadurch ein markantes Aussehen verleihen“, erklärte Baldauf. Durch abgestufte Sitzmöglichkeiten soll der Bach erlebbar gemacht werden und zum Verweilen einladen. Ein Wehr mit dem die Wasserhöhe reguliert werden kann, schließt an die Tradition der Flößerei an. Für die Oberflächen ist auf dem gesamten Platz Naturstein vorgesehen. Hier können sich die Architekten von bauchplan vorstellen, heimische Materialien wie Grauwacke oder Basalt zu verwenden.

Da die Bürger in der Planwerkstatt mehr Verweilmöglichkeiten am Platz gefordert hatten, wurde eine Bushaltestelle als Treffpunkt vorgesehen. Die Architekten präsentieren Beispiele von Haltestellen aus Holz in die u.a. auch Bücherschränke integriert werden können. Eher kritisch seien die ersten Rückmeldungen zur Gestaltung des Hauses Marktplatz 4 (Becker-Haus), so Baldauf. Insbesondere die Holzverschalung war umstritten. Deshalb haben sich die Architekten des Büros SRAP, Nürnberg, die eine Wettbewerbsgemeinschaft mit bauchplan bildeten, weitere Gedanken zur Gestaltung gemacht. Dabei soll Holz in der Fassadengestaltung

weiterhin eine Rolle spielen. Denkbar sind aus der Sicht des Nürnberger Büros Schiebeläden aus Holz oder eine patinierte Verblendung.

Auch während der Veranstaltung war das Haus Marktplatz 4 Diskussionsthema. Beim Äußeren gingen die Meinungen auseinander. Das Spektrum reichte von „Bitte keine ‚Schopfn‘ am Marktplatz bis hin zu „mir gefällt die moderne Holzfassade ausgesprochen gut!“. Im Gegensatz dazu wurde die Einrichtung von zwei kleinen Mietwohnungen von mehreren Teilnehmern begrüßt. Im Erdgeschoss kann sich der evangelische Pfarrer Andreas Krauter ein Bürgercafé vorstellen. Ein Teilnehmer sprach sich für eine Kombination mit der Touristinformation aus. Integriert werden soll auch eine öffentliche Toilette, für die sich Sabrina Lutz und Reinhard Stumpf aussprachen.

Sorgen machten sich einige Teilnehmer über die Verkehrssituation. Stadträtin Tina Müller-Gei sprach sich für eine deutlichere Abgrenzung des Aufenthaltsbereichs am Wasser vom Straßenverkehr aus. Sie regte an, den Schwerlastverkehr aus der Ortsmitte herauszuhalten und jeweils über die Ortseinfahrten im Osten und Westen zu lenken. Die Zweifel eines Anliegers, ob Pflaster den Belastungen des Verkehrs standhält, konnte Tobias Baldauf zerstreuen: „Wir haben in Böblingen mit Natursteinpflaster gearbeitet. Dort fließt der Werkverkehr von Daimler, der Belag hält das aus.“

Die positive Grundstimmung unter den Teilnehmern brachte ein Teilnehmer zum Ausdruck: „Auch wenn man über die Fassadengestaltung am Becker-Haus diskutieren kann, die Pläne gefallen mir insgesamt.“

Die Planer nahmen aus der Veranstaltung mehrere Hausaufgaben mit nach München. So baten einige Wortmeldungen darum, neben den Stufen am Wasser auch gezielt Sitzmöglichkeiten für Senioren zu schaffen. Ein Anlieger schlug vor, das Wehr so zu platzieren, dass nicht nur der Mühlgraben, sondern auch der Altarm der Wilden Rodach aufgestaut werden kann. Stadtrat Bernd Stöcker wünschte sich mehr Holz bei der Platzgestaltung. Hier kann sich Tobias Baldauf vorstellen, die Sitzstufen am Wasser mit einer Holzlatte zu versehen. Im Spielbereich fände ein junger Familienvater ein Floß für die Kinder gut.

„Das war nicht die letzte Möglichkeit zur Mitsprache“, versicherte Prof. Aufmkolk am Ende der Diskussion. Im Laufe der weiteren Planungen böten sich auf jeden Fall noch drei weitere Gelegenheiten zur Bürgerbeteiligung. Nach dem Zeitplan von Stadt und Landschaftsarchitekten soll 2018 zur Planung genutzt werden und die Realisierung ab 2019 beginnen. Bürgermeister Jens Korn entgegnete am Schluss Skeptikern: „Die Finanzierung wird sicherlich schwierig für uns. Wenn wir aber wissen, was unser Ziel ist, dann finden wir auch einen Weg dorthin.“



Eifrig diskutiert wurde in Wallenfeser über die Pläne zur Neugestaltung des Marktplatzes. Landschaftsarchitekt Tobias Baldauf (kniend) nahm die Anregungen der Besucher auf, die Erster Bürgermeister Jens Korn (vorne links) umgehend ins Modell einarbeitete. □

Für sozial gerechte Wohnraumversorgung:

Roadmap Bodenpolitik

Eckpunktepapier von Difu und vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung

Vor allem in wachsenden Stadtregionen ist Boden in Deutschland mittlerweile ein knappes Gut. Bürger mit geringen und mittleren Einkommen haben inzwischen zunehmend Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Vor diesem Hintergrund erarbeitete der Expertenkreis „Zukunftsfragen der Bodenpolitik“ unter Federführung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) und dem Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. vhw eine bodenpolitische Agenda für die Jahre 2020 – 2030. Sie zeigt, warum Deutschland auch im Sinne von Klimaanpassung und Klimaschutz dringend eine sozial gerechtere Stadtentwicklungs- und Bodenpolitik benötigt.

In der „Roadmap Bodenpolitik“ werden neun Kernforderungen gestellt, die aus Sicht der Experten aus Forschung, Verwaltung, Politik, Judikative und Planungsbüros dringend aufzugreifen sind, um einen nachhaltigen und sozial verantwortungsvollen Umgang mit dem knappen Gut Boden zu sichern.

So müsse die Liegenschaftspolitik konsequent eingesetzt werden, um eine gemeinwohlorientierte Nutzung von Grund und Boden zu erreichen. Bund, Länder und Kommunen müssten dies bei ihrer Vergabepolitik berücksichtigen. Auch wird für die Einrichtung eines Boden- und Infrastrukturfonds plädiert. Mit Bodenfonds könnten Spielräume der Stadtentwicklung geschaffen und langfristig gesichert werden, indem ein Sondervermögen (Wohnbau-, Gewerbeflächen) aufgebaut wird. Bund und vor allem die Länder seien hier gefordert.

Kommunale Handlungsfähigkeit stärken

Ferner gilt es nach Ansicht des Expertenkreises, die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu stärken: Hierfür seien die planungsrechtlichen Instrumente zu schärfen, z.B. durch die Weiterentwicklung des kommunalen Vorkaufsrechts, die Stärkung der Gemeinwohlziele in der Innenentwicklung, die Erweiterung der bauplanungsrechtlichen Festsetzungsmöglichkeiten sowie die zeitnahe Einführung einer Innenentwicklungsmaßnahme.

Um die Bodenentwicklung besser zu steuern, müssten außerdem neue Modelle der Besteuerung genutzt werden: Die Grundsteuer sollte durch eine Bodenwert- und Bodenflächensteuer ersetzt und die Grunderwerbsteuer auf das Niveau von 2006, d.h. auf 3,5 Prozent gesenkt werden. Die Einnahmeverluste der Länder seien durch Kompensationszahlungen des Bundes auszugleichen. In jedem Fall sollte insbesondere der kommunale Zwischenerwerb steuerbefreit werden, um die erforderliche aktive gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik zu entlasten.

Darüber hinaus wird dazu geraten, die interkommunale Zusammenarbeit zu forcieren. Ho-

VDI Zentrum Ressourceneffizienz:

Kostenfreies Online-Tool

Wer baut oder saniert und auf der Suche nach finanzieller Unterstützung für sein Bauprojekt ist, blickt oft nicht durch im Dschungel der Fördermöglichkeiten. Denn für nachhaltiges Bauen gibt es unterschiedlichste bundesweite und auch regionale Förderprogramme.

Eine neue Übersicht des VDI ZRE sorgt für den nötigen Überblick über das große Förderangebot. Mithilfe mehrerer Filteroptionen können Bauherren auswählen, welche Förderarten und -gegenstände je nach Bauart und Gebäudetyp für sie in die engere Wahl kommen: Von der Energieeffizienz über Gründächer und ökologische Baustoffe bis hin zur Regenwassernutzung können mehr als ein Dutzend Fördergegenstände für das jeweilige Bauvorhaben

in Frage kommen. Entsprechende Programme machen Investitionszuschüsse möglich: Bauherren, die sich zum Beispiel für innovative Brennstoffzellensysteme für die Wärme- und Stromversorgung entscheiden, werden bezuschusst.

Das Online-Tool zu den Fördermöglichkeiten des nachhaltigen Bauens wird kontinuierlich erweitert. Es kann unter www.ressource-deutschland.de/themen/bauwesen/foerderprogramme/ eingesehen werden. □

operation sei nicht erst heute für Wohnungsversorgung, Mobilität und Freiraumqualität unverzichtbar. Freiwillige und informelle Prozesse und Projekte wie z.B. regionale Bündnisse für Wohnungsbau und Mobilität oder regionale Zweckverbände bzw. Entwicklungsgesellschaften seien dazu ebenso erforderlich wie eine Stärkung der formellen Regionalplanung oder eines aktiven Regionalmanagements. Sie könnten eine wichtige Funktion als Anstoßgeber und Moderatoren haben.

Anreize zur interkommunalen Kooperation

Die Länder seien deshalb gehalten, die Instrumente der Landes- und Regionalplanung zu schärfen und die zuständigen Stellen personell und finanziell zu stärken. Anreize zur in-

terkommunalen Kooperation in der Ausgestaltung von Förderprogrammen müssten erhalten und weiterentwickelt werden.

Regionale Boden- und Infrastrukturfonds als Sondervermögen können aus Expertensicht die gezielte Baulandbereitstellung und Erschließung für Wohnungsbau und soziale Infrastruktur (z.B. durch die Nutzung großer Konversionsflächen) auch bei kleinteiligen kommunalen Strukturen gewährleisten. Sie trügen auch zu einem fairen interkommunalen Vorteils- und Lastenausgleich bei.

Zudem sei über eine effektivere Planungsgrundlage nachzudenken. Eine verpflichtende gemeinsame Flächennutzungsplanung von Gemeinden eines engeren Verflechtungsraumes, um ein regionales Rahmenkonzept für die Siedlungsentwicklung zu schaffen, könnte ein geeigneter Ansatz sein. **DK**



Sanieren Sie auch denkmalgeschützte Gebäude mit 0 % Zinsen!

Jetzt aktiv werden mit dem Energiekredit Kommunal Bayern.

Wir unterstützen Sie bei der Finanzierung der energetischen Sanierung von Gebäuden mit und ohne Denkmalschutz und dem energieeffizienten Neubau von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur. Und das zum Teil zinslos für die ersten zehn Jahre plus Tilgungszuschüssen (Stand 24.01.2018).

Informieren Sie sich jetzt unter ► www.bayernlabo.de oder über unsere Hotline für Kommunen +49 89 2171-22004.

Das Förderinstitut der BayernLB

Bayern Labo

Schulterschluss für die duale Ausbildung

Landkreis Donau-Ries, Handwerksorganisationen und Schulamt ziehen bei Aktion in Grundschulen an einem Strang

Der Landkreis, das regionale Handwerk und das Schulamt arbeiten bei der Aktion „Pro duale Ausbildung“ an den Grundschulen im Donau-Ries eng zusammen. Ziel ist es den Eltern von Schülern der 3. Klasse zu zeigen, dass eine duale Ausbildung sehr gute Lebensperspektiven eröffnet und kein Druck vorhanden ist, Kinder in diesem Alter schon in Richtung Gymnasium/Studium zu trimmen. Welche Chancen speziell das Handwerk bietet, soll von Bildungsexperten der Handwerkskammer für Schwaben (HWK) an Elternabenden vorgestellt werden.

Der Landkreis Donau-Ries steht wirtschaftlich hervorragend da, jedoch werden aufgrund der guten Situation die Fachkräfte knapp. Fachkräftesicherung müsse man als gemeinsame Aufgabe verstehen, gab Landrat Stefan Rößle daher vor.

Auf fruchtbaren Boden fiel diese Vorstellung beim Zimmermeister und Verbandspräsident, Erwin Taglieber. Aus seiner Idee ist inzwischen eine Aktion geworden, die zu einer frühzeitigen Berufsorientierung beitragen soll. Oft wissen Eltern, Schüler und auch die Familien der Kinder zu wenig über die duale Ausbildung und die Vielzahl der interessanten Berufe. Das wollen nun der Landkreis, das regionale Handwerk und das Schulamt ändern.

Erwin Taglieber und Landrat Stefan Rößle sind sich einig, dass „wir ein gesellschaftliches und wirtschaftliches Problem bekommen werden, wenn auf Dauer wichtige Fachkräfte in den Betrieben fehlen.“

„Ziel der Aktion ist es, Schülerinnen und Schüler schon früh an das Handwerk heranzuführen und dafür zu begeistern. Im Handwerk gibt es spannende Berufe und Aufgaben, die obendrein gut bezahlt werden. Nach einer Ausbildung stehen jungen

Menschen alle Türen offen.“, erklärt Taglieber. „Das Nachwuchswerbeteam der HWK Schwaben wird daher zusammen mit Handwerksvertretern an den kommenden Elternabenden der Grundschulen mit anschaulichem Infomaterial die Vorzüge des Handwerks darstellen und an Beispielen die vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen“ erläutert Anette Göllner, Hauptabteilungsleiterin Berufsausbildung der HWK Anette Göllner, Landrat Stefan Rößle, Kreishandwerkmeister Werner Luther und Regionalmanager Klemens Heininger.

Eine Lehre ist keine Einbahnstraße

„Eine Lehre in Handwerk oder Handel stellt keine Einbahnstraße dar“, ergänzt Schulamtsdirektor Michael Stocker. „Für eine karriereförderung bietet die gegebene Durchlässigkeit des bayerischen Schulsystems und des beruflichen Bildungssystems vielfältige Möglichkeiten.“ Die Aktion sei den Schulen schon vorgestellt und sehr positiv begrüßt worden.

Auch Kreishandwerkmeister Werner Luther ist von der Aktion überzeugt: „Sie leistet einen wichtigen Beitrag für die Berufsorientierung, die nicht früh genug beginnen kann.“



Schulterschluss für die duale Ausbildung (v.l.n.r.): Zimmermeister und Verbandspräsident Erwin Taglieber, Hauptabteilungsleiterin Berufsausbildung der HWK Anette Goellner, Landrat Stefan Rößle, Kreishandwerkmeister Werner Luther und Regionalmanager Klemens Heininger.

Bild: Nicole Schwenzel (LRA)

Trudering bekommt neues Sozialbürgerhaus

Trudering bekommt ein neues Sozialbürgerhaus am Truderinger Bahnhof. Nach Initiative von CSU und SPD prüft das Kommunalreferat ergänzende Nutzungsvarianten für Stadtteilbibliothek, Münchner Volkshochschule (MVHS) und Freiwillige Feuerwehr Trudering (FFW Trudering).

Das angemietete Dienstgebäude beherbergt das Sozialbürgerhaus für die Stadtbezirke Berg am Laim und Trudering-Riem (SBH BTR). Vor Jahren wurde von der Landeshauptstadt München ein Grundstück am Truderinger Bahnhof erworben mit der Intention, dort ein neues Sozialbürgerhaus zu bauen. Der Stadtrat hat sich nun mit großer Mehrheit für dieses Neubauprojekt ausgesprochen. Neben der Belegung durch das Sozialbürgerhaus wird die Unterbringung ergänzender Nutzungsvarianten für Stadtteilbibliothek, MVHS und FFW Trudering geprüft. Das Gebäude in der Streitfeldstraße könnte anschließend für andere städtische Belange, z.B. als Verwaltungsstandort, genutzt werden.

„Unsere Entscheidung für den Neubau am Truderinger Bahnhof löst das alte Versprechen an die Bürgerschaft in den östlichen Stadtbezirken ein, dort ein optimal angebundenes Sozialbürgerhaus zu bauen. Die Streitfeldstraße ist schwierig öffentlich erreichbar und nicht barrierefrei erschlossen. Außerdem liegt der Standort zu weit am Rand des Einzugsgebiets, wohingegen S-Bahn, U-Bahn und Busse den Truderinger Bahnhof direkt ansteuern. Deshalb macht es Sinn, an dieser Stelle ein neues Gebäude auf eigenem Grund für die Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu bauen“, stellt Stadtrat Hans Podiuk, Ehrenvorsitzender der CSU-Fraktion, fest.

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Gerhard Ecker bleibt Oberbürgermeister von Lindau. Mit 55,1 Prozent der abgegebenen Stimmen behielt der von SPD und Freien Wählern aufgestellte Amtsinhaber die Oberhand über seine beiden Herausforderer Oliver Eschbaumer (FDP/Lindau Initiative) und Daniel Obermayr (Bunte Liste), die 29,3 bzw. 15,6 Prozent der Stimmen auf sich vereinten. Die Wahlbeteiligung lag bei 49,2 Prozent.

Im Landkreis Rhön-Grabfeld wurden außerplanmäßig neue Bürgermeister gewählt: In Wülfershausen wurde Wolfgang Seifert (CSU) zum neuen Bürgermeister bestimmt. Er gewann mit 60,1 Prozent gegen den Bewerber der Freien Wähler Wülfershausen/Eichenhausen, Heiko Sterzinger, der auf 39,9 Prozent kam. Die Wahlbeteiligung betrug 74,9 Prozent.

In Höchheim standen der Kandidat der Unabhängigen Wählergemeinschaft Rothausen, Michael Hey, und die Kandidatin der Wählergemeinschaft Irmelshausen, Ute Lenz-Other, zur Wahl. Hey siegte mit 66,8 Prozent der Stimmen, für seine Herausforderin votierten 33,2 Prozent.

Rüdiger Probst (CSU/Freie Bürger) ist der neue Erste Bürgermeister der Gemeinde Wilhelmsdorf (Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim). Er gewann mit 58,4 Prozent der Stimmen gegen seine Mitbewerberin Jutta Schnapp-auf-Weiß, die 41,6 Prozent erhielt. Die Wahlbeteiligung lag bei 66,7 Prozent.

In Bad Feilnbach (Landkreis Rosenheim) stimmten für den einzigen Kandidaten Anton Wallner (CSU) 95,2 Prozent der Wähler. Die Wahlbeteiligung betrug 34,2 Prozent.

In Grattersdorf (Landkreis Deggendorf) behielt der bisherige Zweite Bürgermeister Alfons Gramalla, von der FWG Grattersdorf nominiert und von der CSU unterstützt, mit 79,6 % der Stimmen die Oberhand. Seine Gegenkandidatin von der FWG Roggersing, Beate Wenzel, bekam 20,4 %. Die Beteiligung lag bei 66,5 Prozent.

Dritte Bürgermeisterin und Schulreferentin Marlene Greinwald (Freie Wähler) siegte in der Stichwahl in Tutzing am Starnberger See mit 58,45 Prozent gegen Florian Schotter (CSU), der auf 41,55 Prozent der Stimmen kam. Die Wahlbeteiligung betrug 55,1 Prozent.

DK

Modellprojekt „Bewegt wohnen“ wird ausgebaut

Ein grundsätzliches Ziel der wbg Nürnberg GmbH ist es, eine zukunftsorientierte und nachhaltige Quartiersentwicklung zu betreiben. Ergänzend zu baulichen Investitionen soll durch das Modellprojekt die Lebensqualität auch im Bestand der wbg in Langwasser Südost verbessert und ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet werden.

Viele Menschen besitzen noch ein eigenes Auto, obwohl sie es nur selten brauchen, andere haben keines und wünschen sich ab und zu eine Möglichkeit, unkompliziert an ein Fahrzeug zu kommen. Dies war für die wbg Motivation, gemeinsam mit der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft und Greenwheels ein Modell zu entwickeln, das diese Situation auflösen kann. Nach Modellphasen in den Wohnanlagen Nordostbahnhof und St. Johannis wird das Modell nun auch Langwasser Südost eingeführt.

Vergünstigtes VGN-Abo

Die drei Kooperationspartner ermöglichen gemeinsam ein vergünstigtes VGN-Abo um monatlich 10 Euro in den Kategorien VGN-JahresAbo, VGN-JahresAbo Plus, VGN-JahresAbo ab 9 Euro. Bereits vorhandene Abos dieser Kategorien können auf den ermäßigten Tarif umgestellt werden. Voraussetzung ist jedoch die Teilnahme am Carsharing. Greenwheels stellt dafür ein Startguthaben von 25 Euro pro Teilnehmer bereit.

Die Anlaufstelle für alle interessierten Bewohner von wbg-Wohnungen in Langwasser Südost ist das KundenCenter Südost der wbg Nürnberg in der Reinerzer Straße 72 a. Dort werden sowohl die Formalitäten für das VGN-Abo als auch für die Teilnahme am Carsharing erledigt.

„Mit diesem Projekt erhalten die Mieter der wbg nun auch in einem Teil von Langwasser eine attraktive Alternative zum eigenen Auto. Die Mobilitätskosten sind mit Sicherheit erheblich niedriger als bei einem eigenen Pkw. Langwasser ist mit der U-Bahn-Linie U1 und einer Vielzahl von Buslinien bestens erschlossen und einer der Stadttei-

le mit den meisten Abo-Kunden der VAG. Insofern sind die Voraussetzungen gut, dass das Modell in Langwasser auf viele potenzielle Interessenten trifft, die künftig eine intelligente Form der Mobilität wählen möchten, um Geld zu sparen und gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten“, stellt Susanne Jerosch, Pressereferentin der VAG, fest.

Projektziele steigern Wohnqualität

„Die Projektziele sind zum einen, unsere Wohnanlagen vom Parkdruck und vom Verkehr zu entlasten, und zum anderen einen positiven Beitrag für die Umwelt zu leisten. Damit erhöhen wir im Erfolgsfall die Wohnqualität für unsere Kunden deutlich. Wir wissen, dass gerade hier im Südost-Teil von Langwasser auch Parkdruck existiert, und hoffen, diesen mit unserem Angebot lindern zu können“, gibt sich Michael Herrmann, Teamleiter Bestandsentwicklung der wbg, hoffnungsvoll.

In das Projekt einsteigen kann man jeweils zum 1. des Monats, also auch im laufenden Jahr. Die Anmeldung sollte jedoch mindestens eine Woche vor dem 1. des Monats erfolgen, damit die erforderlichen Registrierungen noch durchgeführt werden können. Das Abo läuft jeweils bis zum nächsten 31. Mai und verlängert sich dann automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 20. des Vormonats gekündigt wird. Der Preisnachlass für das Abo endet automatisch, wenn die Wohnung gekündigt wird oder der Carsharing-Vertrag erlischt.

In Langwasser steht zu Beginn an der Glogauer Straße 9-13 zunächst ein Fahrzeug. Bei Bedarf kann die Zahl auch aufgestockt werden.



Stellten gemeinsam den Bildungspass für Neuzugewanderte vor (von links): Dr. Hermann Hage, Referent für Bildung, Sport und Freizeit der Stadt Regensburg; Andreas Altmann, Bildungskordinator Stadt Regensburg; Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Landrätin Tanja Schweiger; Maximilian Sedlmaier, Leiter der Sozialabteilung im Landratsamt und Susanne Unger, Bildungskordinatorin Landkreis Regensburg.

Bild: Stadt Regensburg/Peter Ferstl

Stadt und Landkreis Regensburg:

Bildungspass für Neuzugewanderte

Stadt und Landkreis Regensburg führen mit Beginn des neuen Jahres einen „kommunalen Bildungspass für Neuzugewanderte“ ein. Dieser wurde von den Bildungskordinatoren für Neuzugewanderte, Susanne Unger vom Landkreis Regensburg, und Andreas Altmann von der Stadt Regensburg, in Zusammenarbeit mit der Stadt Amberg und dem Landkreis Amberg-Weizbach entwickelt.

Der Bildungspass ist eine Mappe, in der alle bildungs- und berufsrelevanten Dokumente wie Zeugnisse, Qualifikations-, Weiterbildungs- und Praktikumsnachweise gesammelt und strukturiert gebündelt werden. Im Bildungspass sind zudem regional relevante Anlaufstellen für Beratung, Bildung und Arbeitsmarktintegration aufgelistet.

Bei einem Presetermin im Regensburger Landratsamt stellten Landrätin Tanja Schweiger und Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer das Gemeinschaftsprojekt von Stadt und Landkreis Regensburg vor. „Der Bildungspass stellt ein hilfreiches Instrument dar, um die Integration erfolgreicher und den Eintritt in den Arbeitsmarkt einfacher zu gestalten. Wir hoffen, dass dieses kostenlose Angebot gut angenommen wird“, sind sich die beiden Spitzen aus Stadt und Landkreis einig.

Praktische Integrationshilfe

Der Leiter der Sozialabteilung im Landratsamt, Maximilian Sedlmaier, und der Referent für Bildung, Sport und Freizeit der Stadt Regensburg, Dr. Hermann Hage, sind überzeugt, dass mit dem Bildungspass ein niederschwelliges Werkzeug geschaffen wurde, mit dem ein Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit Dokumenten geschult sowie praktische Integrationshilfe für den deutschen Arbeitsmarkt geleistet werden kann.

Zielgruppe des Passes sind alle neuzugewanderten Migrantinnen und Migranten. Die Nutzung des Passes wird ab einem Alter von 16 Jahren empfohlen. Ausgabestelle des Passes sind zunächst die verschiedenen Erstberatungsstellen, die Berufsschulen sowie ausgewählte Bildungsträger. Er hilft beratenden Stellen, einen schnellen und umfassenden Überblick über die Bildungshistorie des Bildungspass-Inhabers zu bekommen. Im Idealfall wird die Bildungshistorie vor und nach der Einreise nach Deutschland vollständig abgebildet.

„Dies kann als gute Grundlage für eine professionelle Vorstellung bei potenziellen Arbeitgebern, Bildungsträgern und Praktikumsbetrieben oder für Beratungsgespräche bei der Agentur für Arbeit und den Jobcentern gesehen werden“, so die Bildungskordinatoren Susanne Unger und Andreas Altmann.

Weitere Infos und Dokumente finden sich künftig zum Download auf den Homepages von Stadt und Landkreis.

Bayrische GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Trägerverein der Europaregion Donau-Moldau:

Erfolgreiche Jahresbilanz

Beim Treffen des Trägervereins der Europaregion Donau-Moldau (EDM) in Regensburg zogen Mitglieder und Mitarbeiter eine positive Bilanz des vergangenen Jahres. Gleichzeitig wurden die Ziele für das kommende Jahr definiert.

Niederbayern hatte 2017 den Vorsitz in der EDM inne, weshalb zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt wurden – darunter etwa die Präsentation des grenzüberschreitenden Rettungsdienstes und des Polizeiwesens in Freyung, ein Treffen der Parlamentarier aus dem Grenzraum sowie ein Sprachgipfel in Bayerisch Eisenstein.

Vernetzung der Hochschulen

Auch die Vernetzung der Hochschulen im EDM-Gebiet war Thema des vergangenen Jahres. Neben Exkursionen über Hochschulworkshops wurden auch ein mittlerweile stark nachgefragter Hochschulführer und eine Studie, die die Willkommens-

garn, der Slowakei, Rumänien und Bulgarien. Im Rahmen des Projekts werden unter anderem Machbarkeitsstudien erstellt, eine innovative Informationsplattform für die Biomasse-Logistik entlang der Donau eingerichtet sowie Business Workshops und Pilotprojekte in Binnenhäfen durchgeführt. Das Projektbudget beträgt 2,3 Mio. Euro.

Laut Verena Pfeffer, EU-Förderberaterin bei der Europaregion, ist es wichtig, „dass von den EU-Fördertöpfen nicht nur die großen Städte profitieren, sondern auch kleine und mittelgroße Städte und Landkreise“. Interreg-Projekte leisteten einen Beitrag zur Behandlung gemeinsamer Herausforderungen, wie demographischer Wandel oder Energiewende, die meh-

rere Staaten betreffen und denen daher besser gemeinsam begegnet werden kann. Im Rahmen solcher Projekte würden Zukunftsthemen angegangen, Experimente und Innovationen durchgeführt, so Pfeffer. Neben einigen bereits bewilligten seien derzeit noch weitere Projekte aus Niederbayern in Vorbereitung. Wie Bezirksstagspräsident Dr. Olaf Heinrich ergänzte, „wären ohne das Engagement der Europaregion weder die bereits bewilligten noch die in Vorbereitung befindlichen Förderprojekte auf den Weg gebracht worden“.

Die Wettbewerbsfähigkeit gemeinsam steigern

Auf die Kooperation zwischen Bayern und Böhmen hat sich Jaroslava Pongratz spezialisiert. Die Veranstaltungen, die sie mitorganisierte (Unternehmerstag, Unternehmensbörse, Mittelstandskongress, Regionalforum), wurden nicht nur von Firmen dies- und jenseits der Grenze sehr gut angenommen. Es gelang auch, konkrete Kontakte zu knüpfen, die die Grundlage für eine künftige Zusammenarbeit vor allem bei den besonders interessierten Branchen Maschinenbau und Elektrotechnik ermöglichen.

Bezirksstagspräsident Heinrich zufolge gibt es noch viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen in Tschechien und Bayern „durch die Arbeitsplätze in unserer Region gesichert werden und die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden kann“.

DK

„Das ist nicht einfach nur eine Behördenverlagerung“

Inbetriebnahme der LfL-Zweigstelle in Ruhstorf

Ruhstorf an der Rott. Die Bedeutung der LfL-Zweigstelle in Ruhstorf an der Rott ist unbestritten, so ist zur offiziellen Inbetriebnahme und dem Startschuss für die ersten fünf Mitarbeiter sogar Landwirtschaftsminister Helmut Brunner angereist.

Was im Frühjahr letzten Jahres angekündigt wurde, mündete nun also in einer ersten Umsetzung. „Mit der Eröffnung der Kopfstelle der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft in Ruhstorf tun sich neue Chancen vor Ort für unsere Region auf – das ist nicht nur eine Behördenverlagerung“, freute sich MdL Walter Taubeneder, auch in seiner Funktion als Mitglied im Landtagsausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, über die bayernweit einmalige Einrichtung. Wie die Wirtschaft, lebe auch die Landwirtschaft von Innovationen – und in diesem Zusammenhang sei die LfL ein wichtiger Wegbegleiter in die Zukunft und eine große Chance für die Entwicklung

der Landwirtschaft in der Region. „Ein erster Meilenstein ist getan – vor allem im Sinne der Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft“, betonte auch Landrat Franz Meyer. Die Mandatsträger begrüßten die Einrichtung einer Zweigstelle mit dem Forschungs- und Innovationszentrum in Ruhstorf außerordentlich – „das wird einzigartig, mit einer Strahlkraft, weit über die bayerischen Grenzen hinaus“, so Taubeneder weiter.

Wegweisende Ansiedlung für die Region

Nach Ansicht des Abgeordneten liegt die Herausforderung auch darin, sich praxisnah den Problemstellungen der landwirtschaftlichen Zukunft anzu-

nehmen. Mit den Schwerpunkten in den Bereichen Ökosystemforschung, Wissenstransfer oder auch Digitalisierung und neue Technologien habe man vor Ort jedoch ein wertvolles Spektrum angesiedelt – „das kommt langfristig unseren Landwirten zu Gute – eine wegweisende Ansiedlung für unsere Region“, ist auch Passaus Landrat überzeugt. Gemeinsam mit Walter Taubeneder dankte er Landwirtschaftsminister Brunner und Ministerpräsident Seehofer für die Einrichtung der Zweigstelle.

Bis 2025 sollen an der LfL-Zweigstelle 200 Beschäftigte angesiedelt und noch in diesem Jahr vor Ort erste Feldversuche durchgeführt werden.



Von links: 2. Bürgermeister des Marktes Ruhstorf a.d. Rott Markus Lindmeier, 3. Bürgermeister des Marktes Ruhstorf a.d. Rott Josef Hopper, Bürgermeister Andreas Jakob, Hochschul-Präsident Prof. Dr. Ralf Stoffel, Landrat Franz Meyer, Kreisrätin Roswitha Nöbauer, MdL Walter Taubeneder, Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner und der Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft Jakob Opperer.

Foto: Hans Nöbauer

GZ

GESTERN
hat mein Chef gesagt ...



den großen Plätzen und Einkaufsstrassen. Das kostet ganz schön was, macht aber nach Befragungen das Stadtzentrum als Lebens- und Aufenthaltsraum attraktiver.

Wir versuchen auch, die Stadtverwaltung so aufzustellen, dass möglichst viel an Behördenkontakten online und von zu Hause aus erledigt werden kann. Da gibt es allerdings zwei große Hürden. Erstens die Leute, die das Angebot nicht annehmen, weil sie aufgrund der deutschen Datenschutzhysterie lieber Amtsstubenluft schnuppern wollen, als einen Antrag online auszufüllen. Zweitens aber auch die Gesetze, die persönliches Vorsprechen anordnen. So muss man beim Kirchenaustritt zwar nicht mit dem Pfarrer reden, aber persönlich im Amt vorbeischaun. Man fragt sich warum.

Kurz, es reicht nicht, die Digitalisierung nur zu beschwören und einen Fördertopf nach dem anderen zu befüllen, der dann für mehr oder weniger Sinnvolles geleert wird. Bevor wir aus Bund und Land mit Geldern für die Computerausstattung der Schulen bombardiert werden, sollten lieber die Lehrkräfte in der Praxis der Mediennutzung, des digitalen Unterrichts und des gezielten Einsatzes von Soft- und Hardware fortgebildet werden, damit die vielen schönen neuen Gerätschaften von Whiteboard bis Beamer auch genutzt werden und nicht der Kampf um den Overheadprojektor entbrennt, auf den man die seit Jahren bewährten Folien auflegen kann.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist bei diesem Thema auf Krawall gebürstet, denn in den letzten Jahren hat ihn immer ein NATO-Gefühl (No action, talk only) befallen, wenn er die Debatte zu Digitalisierung und informationstechnischer Aufrüstung des Landes verfolgt hat. Eine Strategie, ein Masterplan oder wenigstens eine Definition, wohin wir in Zukunft wollen, hat ihm gefehlt. Eine der scharfsinnigsten Sentenzen zum digitalen Zeitalter stammt übrigens vom genialen Umberto Eco, die ich dem Chef jetzt mal traditionell ganz analog auf den Schreibtisch lege: „Der Computer ist keine intelligente Maschine, die dummen Menschen hilft, sondern eine dumme Maschine, die nur funktioniert, wenn sie von intelligenten Menschen bedient wird“.

Ihre
Sabrina

kultur in der Region untersucht, erstellt. Wie Kaspar Sammer, Geschäftsführer des EDM-Trägervereins, betonte, konnten dank der langjährigen Vorarbeit der EDM bis Ende 2017 aus EU-Kooperationsprogrammen und insbesondere aus den Programmen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit knapp 18 Mio. Euro für Hochschulprojekte in der Europaregion Donau-Moldau gebunden werden.

Bewilligte Förderprojekte

Für freudige Gesichter sorgten bewilligte Förderprojekte wie „Energy Barge“ oder „DANUBE-parksCONNECTED“, die Geld in die Region bringen. Bei erstgenanntem Projektsollende Marktakzeptanz von Biomasse erreicht und die logistischen Voraussetzungen für den Transport von Biomasse entlang der Donau verbessert werden. Beteiligt sind beispielsweise der Biocampus Straubing und der Technologiecampus Freyung zusammen mit weiteren Partnern aus Deutschland, Österreich, Un-

Messlatte hochgelegt

Seit kurzem hat nicht mehr Niederbayern den Vorsitz des Präsidiums der Europaregion Donau-Moldau (EDM), sondern der tschechische Kreis Vysočina. Der bisherige Vorsitzende des Zusammenschlusses von sieben Regionen in Bayern, Österreich und Tschechien, Bezirksstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, hat die Aufgabe an Pavel Pacal, stellvertretender Kreishauptmann Vysočina, übergeben. „Sie haben die Messlatte hochgelegt, wir hoffen, dass wir diese Höhe erreichen können“, lobte Pacal seinen Vorgänger.

Der neue Präsidiums vorsitzende hat bereits eine Fülle neuer Ideen präsentiert: „2018 fokussieren wir uns auf die Entwicklung von kleinen Gemeinden, denn ihnen muss unter die Arme gegriffen werden.“ So solle ein Wettbewerb „Gemeinde des Jahres der EDM“ ins Leben gerufen werden, der besondere kommunale Aktivitäten im Rahmen des Zusammenschlusses fördert. Zudem könnten in dem Projekt „Eine saubere Europaregion“ Erfahrungen aus erfolgreichen Umweltprojekten aus Vysočina einfließen. Auch sollen Pacal zufolge bestimmte Jahrestage genutzt werden: „Wir werden uns zum Beispiel grenzüberschreitend etwas zum Tag der Sprache oder zum Tag der Senioren einfallen lassen.“ Darüber hinaus sind Bildungsreisen für Rathauschefs geplant, um die Regionen noch näher zusammenzubringen.

DK



SAT.1: „Die kleine Mäusegemeinde“

Mucksmauschenstil waren die Kinder der Klasse 4b, als Abensbergs Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl aus seinem neuen Buch „Die kleine Mäusegemeinde“ vorlas. Lehrerin Stephanie Weiß und Rektorin Hermine Kroiß-Hillmann von der Aveninus Grundschule Abensberg waren ganz stolz, denn die Vorlesestunde wurde gefilmt – Redakteur Daniel Neumuth vom SAT.1 Bayern-Korrespondentenbüro Oberpfalz gestaltete einen Beitrag für seinen Sender. Das Buch „Die kleine Mäusegemeinde“ erklärt anschaulich als Tierfabel, wie eine Kommune organisiert ist; es ist im Kommunal- und Schulverlag Wiesbaden erschienen und über den Buchhandel und online erhältlich oder bestellbar. Die kleinen Mäuse aus der Klasse 4b waren übrigens sehr gut informiert – Fragen, die Autor Brandl an die Klasse stellte, wurden erstaunlich gut beantwortet. Dafür gab's ein Extralob – und viele weiße Mäuse zum Naschen.

Die Geschichte ist schnell erzählt. Auf dem Dachboden der Schule herrscht große Aufregung. Die Mäusegemeinde wird immer größer, und das Durcheinander auch. „So kann es nicht weitergehen, wir brauchen wieder mehr Ordnung“, beschließen die Mäusegeschwister Margret und Malte. Gut, dass die weise Eule Elwira Rat weiß. „Schaut euch an, wie viele Menschen in Dörfern und Städten zusammen leben. Das muss auch gut organisiert werden“, sagt sie, und erklärt Margret und Malte, wie die beiden die Gemeinschaft der Mäuse regeln können.

„Die kleine Mäusegemeinde“ erklärt anschaulich und kindgerecht die wichtigsten Prinzipien der Kommunalpolitik. Vom Bürgermeister über Haushalt bis hin zu Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger werden die wichtigsten kommunalen Themen spielerisch behandelt. Für Kinder ab 7 Jahren.

Uwe Brandl ist Bürgermeister der Stadt Abensberg, Präsident des Bayerischen Gemeindetags und Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds.

□

Erstmals Bürgerenergiepreis Oberbayern verliehen

Auszeichnung für drei Impuls-Initiativen für die Energiezukunft und ein Sonderprojekt

Zum ersten Mal hat das Bayernwerk im Rahmen einer abendlichen Festveranstaltung den mit Unterstützung der Regierung von Oberbayern ins Leben gerufenen Bürgerenergiepreis Oberbayern vergeben. Der Preis ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert. Zudem bekam das Gymnasium Dorfen im Landkreis Erding einen Sonderpreis für den jahrelangen Einsatz für den Umweltschutz. Die Preisträger aus München und den Landkreisen Altötting und Starnberg haben die Auszeichnung in den Räumlichkeiten der Regierung von Oberbayern in München entgegengenommen.

Die Gewinner des Bürgerenergiepreises Oberbayern 2017 sind: **EnergieGenossenschaft Inn-Salzach e.G.**, Preisgeld: 3.000 Euro (Neuötting, Landkreis Altötting), Projekt: „Erneuerbarer Strom und Lärmschutz – eine ideale Symbiose“

Gestaltung und Finanzierung einer Lärmschutzwand

Ein beispielhaftes Konzept für die Gestaltung und Finanzierung einer Lärmschutzwand mit integrierter Photovoltaik-Anlage wurde 2016 entlang der Staatsstraße in Neuötting realisiert. Nach Abschluss der Planungsphase konnte das Projekt innerhalb weniger Wochen umgesetzt werden. Positiv hervorzuheben ist der direkte örtliche Verbrauch des erzeugten Stroms durch eine naheliegende Schule ist. Die Schule kann das Thema Strom aus Erneuerbaren Energien praxisnah in ihren Unterricht integrieren. Interessierte Nachfragen aus ganz Deutschland haben die Energie-Genossenschaft erreicht. Dies zeigt, dass ein Vorbild für

viele weitere neu zu errichtende oder im Bestand zu sanierende Lärmschutzwände geschaffen wurde, so die Jury.

Sensibilisierung fürs Energiesparen

Mathilde-Eller-Schule, Preisgeld: 4.000 Euro (München), Projekt: „Die Energiesparfische der Mathilde-Eller-Schule“

Die Mathilde-Eller-Schule hat ein umfangreiches Energie- und Klima-Projekt auf die Beine gestellt. Ziel des Projektes ist die Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern für die Themen Energiesparen und Klimaschutz. Dies schließt die Ausbildung von Energieexperten ein. Durch den klassenübergreifenden Austausch dieser Energiesparfische wird sichergestellt, dass das erlangte Wissen über alle Klassenstufen hinweg weitergegeben wird. Das große Engagement aller Beteiligten und die langfristige Ausrichtung des Projektes bringen die Mathilde-Eller-Schule Jahr für Jahr ihrem Ziel näher, eine CO2-neut-

rale Schule zu werden. Mit dem Projekt wurde nach Ansicht der Jury ein wirkliches Aushängeschild geschaffen.

Dr. Joachim Siebenwirth, Preisgeld: 3.000 Euro (Gemeinde Berg, Ortsteil Martinsholzen, Landkreis Starnberg), Projekt: „Kleinstwasserkraftwerk Martinsholzen“

Die ehemalige Mühle Martinsholzen hat eine historische Verbindung zum Thema Wasserkraft. 1439 erstmals urkundlich erwähnt, lag das Wasserkraftpotential über 40 Jahre lang brach. Dank der Reaktivierung wird dieses nun wieder optimal genutzt.

Fischverträgliche Wasserkraft

Seit Mitte 2016 liefert die Anlage störungsfrei Strom, der rein rechnerisch 25 Haushalte rund um die Uhr versorgen könnte. Begleitend zum Bau des Kraftwerks wurde die ökologische Durchgängigkeit für die Fischpopulation mittels einer naturnahen Fischaufstiegsanlage aus Flussbausteinen und einer rauen Rampe wieder hergestellt. Das große Interesse der Bevölkerung und anderer Kraftwerksbesitzer zeigen nach Jurymeinung, dass die Entwicklung eines Lehr- und Vorzeigeprojektes gelungen ist, das viele ökologische Vorteile verbindet und einen Mehrwert für die Region schafft.

30 Jahre Umweltschutz

Sonderpreis: Gymnasium Dorfen
Den mit 2.000 Euro dotierten Sonderpreis der Jury hat das Gymnasium Dorfen im Landkreis Erding erhalten. In der Urteilsbegründung wurde das fast 30 Jahre lange Engagement für den Umweltschutz gelobt. Mit zahlreichen jahrgangsstufen- und fachübergreifenden Klimaschutzprojekten hat sich das



Regierungspräsidentin Brigitta Brunner und Bayernwerk-Repräsentant Christoph Henzel übernehmen die Auszeichnung.

Gymnasium Dorfen über Jahre hinweg zum Aushängeschild mit Vorbildfunktion entwickelt. Gestartet wurde mit einer kleinen Umweltgruppe – heute sind es zahlreiche Projekte mit Energiewarten, Umweltgruppen und Klimaschutzprojekten. Schülerinnen und Schülern haben zusammen mit Lehrkräften einen Weg gefunden, ein Bewusstsein für Energieeffizienz und Ökologie zu schaffen und aktiven Klimaschutz zu betreiben. Das langjährige Engagement aller Beteiligten und die breite Öffentlichkeitswirkung durch zahlreiche Preise und Auszeichnungen verleihen dem Projekt nach Meinung der Jury seinen Vorbildcharakter.

Jeder kann Vorbild sein

„Die Energiewende kann nicht allein von Politik und Wirtschaft zum Erfolg geführt werden. Wir brauchen Bürgerinnen und Bürger, die mit ihren Projekten und Initiativen Vorbilder dafür sind, wie sich jeder einzelne in seinem persönlichen Umfeld als Gestalter der Energiezukunft einbringen kann. Dieses besondere Engagement zeichnet das Bayernwerk mit dem Bürgerenergiepreis aus“, sagte Christoph Henzel, Mitglied der Geschäftsleitung des Bayernwerks. Die Themen Ökologie und Ener-

giezukunft würden jeden angehen. Eine erfolgreiche Energiewende könne nur mit dem Einsatz der Bürger und mit einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz gelingen.

Die oberbayerische Regierungspräsidentin Brigitta Brunner begrüßte die Zielrichtung des Bürgerenergiepreises: „Wir brauchen ein Bewusstsein, wie kost-

bar Energie ist und welche Herausforderungen in Zeiten der Energiewende auf uns als Gesellschaft zukommen.“ Diese Herausforderungen könne man nur als Gemeinschaft meistern. „Impulse, die Bewusstsein schaffen, sind daher sehr wertvoll und ein wichtiger Baustein der Energiewende in Oberbayern“, so die Regierungspräsidentin.

Neujahrsempfang für Asylhelferkreise

Aktuell leben rund 3.600 Asylbewerber im Landkreis München. Über 2.000 Ehrenamtliche helfen auch jetzt noch Tag für Tag, Woche für Woche den Männern, Frauen und Familien dabei, sich im Alltag zurechtzufinden und sich in die Gesellschaft zu integrieren. Um ihnen zu danken, lud Landrat Christoph Göbel die Helferkreise zu einem Neujahrsempfang ins Landratsamt ein.

Mehr als einen kompletten Arbeitstag – etwa neun Stunden – leistet ein freiwilliger Helfer pro Woche im Landkreis durchschnittlich: Ob Sprachkurs, Unterstützung bei Behördengängen oder einfach nur als Ansprechpartner und Freund. Tätigkeitsfelder gibt es unzählige. „Aus vielen anfangs distanzierenden Beziehungen sind mittlerweile Freundschaften geworden“, erzählte Ehrenamtskoordinatorin Elif Yildizoglu.

Landkreischef Göbel zeigte sich beeindruckt ob der Tatsa-

che, dass auch zwei Jahre nach dem großen Zustrom an Schutzsuchenden so viele Helfer aus dem Landkreis am Ball geblieben sind. „Ihre Arbeit trägt Früchte und kann gar nicht hoch genug geschätzt werden“, so der Landrat anerkennend. So verzeichne der Landkreis zum Beispiel eine zunehmend hohe Zahl an Flüchtlingen, die mittlerweile in Ausbildung und Arbeit vermittelt werden konnten.

Göbel bat um einen weiterhin engen Austausch zwischen Helferkreisen und Landratsamt.

Vorschau auf GZ 4

In unserer Ausgabe Nr. 4, die am 15. Februar 2018 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT
- Kommunikationstechnologie · Breitband · Mobilfunk
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Umweltschutz · Luftreinhaltung · Lärmschutz
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

AVA-Software

ORCA
orca-software.com

Energiedienstleistung

erdgas schwaben

Fahnenmaste + Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@knoedler.de
Internet: www.knoedler.de

FAHNEN KOCH COBURG
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 · www.fahnen-kossinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Nutzfahrzeuge



Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**



Hailo-Werk GmbH & Co. KG · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18
professional@hailo.de · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Straßenbeleuchtung

LEDiKIT® Streetlight
Digital LED-Upgrade
bestehender Straßenleuchten
mit Verstand und Verantwortung.
T 0861 90992040 **www.laternix.de**